

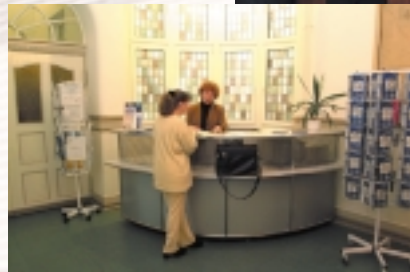


Handelskammer
Bremen



Industrie- und Handelskammer
Bremerhaven

Jahresbericht 2001



Symbole des Aufbruchs Neue Gewerbearchitektur in Bremen und Bremerhaven

Dieser gemeinsame Jahresbericht der Handelskammer Bremen und der IHK Bremerhaven ist ein Novum: Eingebunden in die Leistungsbilanz beider Kammern zeigt er Fotografien herausragender neuer Gewerbearchitektur in beiden Städten. Sie dokumentieren eine bemerkenswerte Entwicklung und stehen symbolisch für den Aufbruch des Wirtschaftsstandortes Bremen.



Fotografien von Frank Pusch

(Seiten 3, 6, 10, 15, 19, 23, 27, 29, 32,

37, 41, 45, 49, 52, 65)

Inhalt

1	Vorwort
2	Zur Lage der Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven
	Standort Bremen/Bremerhaven
4	Die bremischen Häfen: Containerverkehr im Aufwind
8	Erfolg durch Kooperation: Auf dem Weg zum Ausbau der A 1
11	Der Zwei-Städte-Staat auf dem Weg zum High-Tech-Standort
13	Die EU-Osterweiterung muss zügig kommen – Mittelosteuropa als Partnerregion des 4. Deutschen Außenwirtschaftstages
15	Handelskammer Bremen: 550 Jahre wirtschaftliche Selbstverwaltung – Tradition und Moderne gehen Hand in Hand
18	Bremen und Bremerhaven gestalten die Zukunft: Innenstadt und Stadtteilzentren im Wandel
21	Tourismus und Freizeit: Viel Raum für die Zukunft Bremens und Bremerhavens
24	Preis für Theater im Fischereihafen Bremerhaven – Wirtschaftsminister Müller bei der Stiftung der Bremerhavener Wirtschaft
	Leistungsbilanzen Bremen: Aus den Geschäftsbereichen
26	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
28	Mittelstand, Stadtentwicklung
31	Industrie, Innovation, Umwelt
35	International
37	Handel, Dienstleistungen, Recht
40	Häfen, Regionalplanung, Verkehr
43	Aus- und Weiterbildung
46	Zentrale Dienste
48	Der Juniorenkreis der Handelskammer Bremen
	Leistungsbilanzen Bremerhaven: Aus den Geschäftsbereichen
50	International
	Aus- und Weiterbildung
	Starthilfe und Unternehmensförderung
	Standortpolitik
	Anhang
56	Das Ehrenamt in Bremen, Organigramm
60	Das Ehrenamt in Bremerhaven, Organigramm
64	Ausgewählte Stellungnahmen Bremen und Bremerhaven

Impressum

Herausgeber Handelskammer Bremen, Am Markt 13, 28195 Bremen;

Industrie- und Handelskammer Bremerhaven, Friedrich-Ebert-Straße 6, 27570 Bremerhaven

Redaktion Dr. Stefan Offenhäuser

Grafik und Realisation Dr. Christine Backhaus

Fotos Jörg Baufeld, Hero Lang, Frank Pusch, Jörg Sarbach, Wolfhard Scheer,

Hochschule Bremen, Rillke und Sandelmann

Druck Druckerei Asendorf

Januar 2002

Vorwort

• Bremen entwickelt sich weiterhin positiv. Auch wenn die bundesweite konjunkturelle Flaute im Herbst nicht spurlos an unserem Bundesland vorüberging, so haben sich doch viele Branchen überregional gut behauptet. Noch haben wir beim dringend erforderlichen Strukturwandel nur Etappenziele erreicht. Dennoch verspricht die Richtung Erfolg.

Bremen als Hafenstandort; Bremen auf dem Weg zur High-Tech-City; Bremen als innovativer Dienstleistungsstandort; Bremen als eines der Zentren des deutschen Außenhandels: Das sind Stichworte für die Entwicklungsperspektiven einer Stadt, die angesichts der bevorstehenden EU-Osterweiterung weiter in den Mittelpunkt rücken wird.

Die Freie Hansestadt hat dafür viel investiert. Frühzeitiger als andere Städte in Deutschland hat sie erkannt, dass wirtschaftlicher Aufschwung nur stattfinden kann, wenn er von einer Revitalisierung der Innenstädte getragen wird. Der Bau des Space Parks ist über die Halbzeit hinaus, Haven Hööv't und viele andere Teilzentren befinden sich auf einem erfolversprechenden Weg. Zu Recht setzt Bremen große Hoffnung in die noch junge private International University Bremen (IUB) und den in ihrer Nachbarschaft entstehenden Science Park.

Bremen ist auch im Begriff, einer der führenden Technologie-Standorte in Deutschland zu werden. Kerngedanke ist die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft, deren Erfolg sich beispielsweise an dem enormen Aufschwung ablesen lässt, den der Technologiepark Universität nimmt. An ihm zeigt sich, wie gut Bremens Entscheidung war, auf die kritische Lage der öffentlichen Haushalte nicht allein mit einem strengen Sparkurs zu reagieren, sondern zugleich die Innovationskraft des Landes systematisch auszubauen.

Für diese Entwicklung ist Bremen gut gerüstet. Zu seiner wissenschaftlichen Infrastruktur gehören 50 technische Forschungsinstitute, ebenso Zentren der Produktionstechnik, Mikrosystemtechnik, der Materialwissenschaften, der Luft- und Raumfahrttechnik, der Umweltforschung, der Informations- und Telekommunikationstechnologien sowie der Informatik. Bremen ist Sitz einer der führenden Forschungsuniversitäten in Norddeutschland mit mehr als 60 Studiengängen, sechs Sonderforschungsbereichen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), international orientierter, anwendungsbezogener Fachhochschulen und der neu gegründeten IUB.

Die projektbezogene Kooperation mit anderen Kammern wird künftig noch mehr Bedeutung als bisher erhalten. Dies zeigt das Beispiel des dringend erforderlichen Ausbaus der Autobahn A 1 zwischen Hamburg und Dortmund. Nachdem diese Forderung noch vor einem Jahr kaum voranzukommen schien, ist im Laufe des Jahres 2001 durch den gemeinsamen Druck der Handelskam-

mer und acht weiterer norddeutscher Kammern Bewegung in die Sache gekommen.

In Bremerhaven zeigt sich der tiefgreifende Strukturwandel beispielhaft an erfolgreichen Überlebensstrategien in der Schiffbauindustrie durch Konzentration auf Geschäftsfeldnischen. Auf den Bremerhavener Spezialwerften entstehen inzwischen Systeme, die in ihrer Komplexität und dem erforderlichen Know-how am ehesten mit den Produktionen der Flugzeugindustrie vergleichbar sind. Ein Pilotprojekt zur Produktion von Offshore-Windkraftanlagen verdeutlicht zukünftigen Entwicklungschancen.

Als Wissenschaftsstandort entwickelt Bremerhaven zudem in engem Zusammenwirken mit der Wirtschaft richtungsweisende Initiativen. „Blaue Biotechnologie“ lautet das Stichwort, unter dem beide an neuen Produkten und Verfahren arbeiten. Die Nähe zu den Forschungseinrichtungen – auch der Hochschule und des Alfred-Wegener-Institutes für Polar- und Meeresforschung (AWI) – erlaubt dabei die in Deutschland einzigartige Ausrichtung der Biotechnologie auf die Nahrungsmittelherstellung.

Die Aufbruchstimmung in Bremerhaven resultiert aus den vorzeigbaren Erfolgen sowie ebenso aus laufenden Projekten und in Kürze anstehenden Entscheidungen. Abgeschlossen ist der Strukturwandel im Gewerbe- und Industriegebiet des Fischereihafens, noch vor uns steht die erfolgreiche Entwicklung und Ansiedlung von Firmen im neuen Gewerbegebiet Carl-Schurz-Gelände sowie Luneplate. Ein weiterer Baustein der Kammerarbeit ist die aktuelle Begleitung beim Umbau der Innenstadt. Allein 130 Millionen Mark werden in die Fußgängerzone investiert.

Aber nicht nur bei regionalen Fragen, sondern auch bei nationalen und europäischen Themen engagieren sich unsere Kammern für zukunftsorientierte Lösungen, wie beispielsweise bei der Frage des Unternehmensratings (Basel II) oder bei der Diskussion um Arbeitsmarktflexibilisierung und einer mittelstandsorientierten Steuerpolitik. Beide Kammern werden in diesen Fragen wie bisher konstruktiv mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) zusammenarbeiten, um zu sinnvollen, wirtschaftlich vernünftigen Lösungen zu kommen.

Konsequenz und Beharrlichkeit werden auch künftig das Wirken von Handelskammer und IHK bestimmen. Intensivierte Kooperation mit benachbarten Kammern, eine verbesserte interne und externe Kommunikation und die Straffung von Arbeitsabläufen führen zu einer weiteren Erhöhung der Effizienz unserer Arbeit – für unseren Wirtschaftsstandort und einen starken unternehmerischen Mittelstand.

Dr. Dirk Plump (Präses)

Ingo Kramer (Präsident)

Dr. Matthias Fonger (Hauptgeschäftsführer, I. Syndicus)

Michael Stark (Hauptgeschäftsführer)

Zur Lage der Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven

- Das Jahr 2001 stand unter dem Einfluss einer sich fortschreitend abschwächenden Konjunktur, die auf zunehmend mehr Volkswirtschaften übergriff und die Personal- und Investitionsplanungen der Unternehmen belastete. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 auf die USA haben die bereits vorhandene Verunsicherung über die weitere wirtschaftliche Entwicklung verstärkt. So ist die weltwirtschaftliche Wachstumsrate, die im Jahr 2000 bei 3,9 Prozent lag, im Folgejahr auf etwa ein Prozent zurückgegangen.

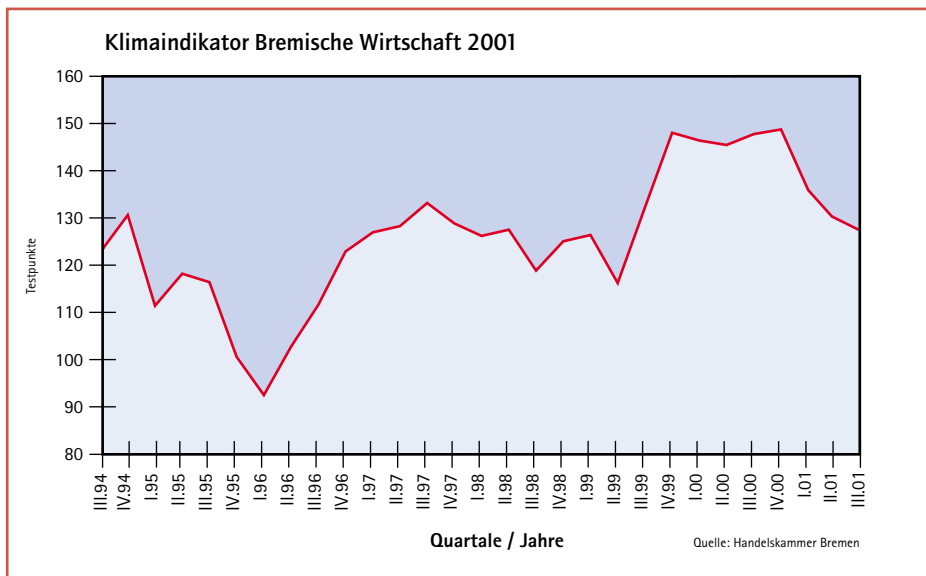
Insbesondere die Vereinigten Staaten, die in den Jahren zuvor als Lokomotive für die globale Wirtschaftsentwicklung fungierten, fielen als Impulsgeber aus. Die asiatischen Schwellenländer waren von den sich verschlechternden Exportgeschäften betroffen – Japan geriet erneut in eine Rezession. Wachsende Haushaltsrisiken mit entsprechenden Rückkopplungen auf die Konjunktur verzeichneten die lateinamerikanischen Staaten. Auch in Westeuropa hat sich das Wachstum deutlich verlangsamt, wobei sich die deutsche Produktion und Nachfrage nur noch um 0,5 Prozent ausweiten konnte. Relativ verschont blieben nur wenige Länder, beispielsweise China oder Staaten Mittel- und Osteuropas.

In diesem schwierigem Umfeld konnte die bremische

Wirtschaft ihren Aufschwung nur gebremst fortsetzen. So hat sich das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,5 Prozent im ersten Halbjahr im weiteren Jahresverlauf nochmals abgeschwächt. Die Entspannung auf dem bremischen Arbeitsmarkt erhielt zunehmend weniger Impulse von Seiten der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Zwar lieferte das Auslandsgeschäft als eine der Stützen der bremischen Konjunktur vielen Firmen noch weit in das Jahr hinein wirtschaftliche Impulse, jedoch ließ dessen Dynamik ebenfalls nach. Dennoch stellte sich die Geschäftslage in der Industrie, und hier vor allem bei den Investitions- und Verbrauchsgüterherstellern, noch vergleichsweise freundlich dar. Auch der Exporthandel konnte – nicht zuletzt wechselkursbedingt – noch zufriedenstellende Ergebnisse erzielen.

Den Import- sowie den Binnengroßhandel hingegen belastete die sich verschlechternde Binnenkonjunktur, und dem Einzelhandel mangelte es an einer durchgreifenden Verbesserung des Konsumklimas. Nicht gänzlich verschont vom Abwärtstrend blieb zudem der als Beschäftigungsmotor geltende Dienstleistungssektor. So verzeichnete etwa die Verkehrswirtschaft eine im Jahresverlauf zunehmend rückläufige Entwicklung bei gleichzeitig weiterhin steigender Kostenbelastung. Auch das bremi-





Universum, Bremen

sche Gastgewerbe erzielte tendenziell schlechtere Ergebnisse. Belastend wirkte sich hier neben dem rückläufigen Ausgabeverhalten auch ein Rückgang der Zahl ausländischer Übernachtungsgäste aus.

Unter der Voraussetzung, dass keine neuerlichen Belastungen mit entsprechenden Rückwirkungen auf die Rohstoffmärkte auftreten, bestehen indes Hoffnungen, dass sich das Vertrauen der Konsumenten und der Investoren im Verlauf des Jahres 2002 langsam festigen wird. Die Weltwirtschaft dürfte dann nach Ansicht der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute mit einer Zunahme der Wirtschaftsleistung um 1,6 Prozent insgesamt wieder moderat an Fahrt aufnehmen.

Das niedrige Zinsniveau an den europäischen Kapitalmärkten, die rückläufige Verbraucherpreisentwicklung in Deutschland und die stabilen regionalpolitischen Rahmendaten in Bremen liefern insgesamt ein Umfeld, das für ein befriedigendes Geschäftsjahr 2002 der bremischen Unternehmen sorgen könnte.

Deutscher Außenhandel nach Ländern

	Jan.-Aug. 2001 in Mrd. DM	Veränderung in % zu 2000
Ausfuhr insgesamt	835,6	+ 11,0
darunter		
EU-Länder	463,0	+ 8,1
Eurozone	362,8	+ 8,0
darunter		
Frankreich	93,7	+ 10,3
Niederlande	52,0	+ 4,0
Italien	62,6	+ 9,9
Nicht-Eurozone	100,2	+ 8,6
darunter		
Ver. Königreich	70,0	+ 10,7
Drittländer	372,6	+ 14,9
darunter		
Mittelosteuropa	90,3	+ 20,9
USA	90,0	+ 14,8
Japan	17,2	+ 4,9
China	15,4	+ 39,2
Russland	12,1	+ 57,8

Quelle: Destatis

Die bremischen Häfen: Containerverkehr im Aufwind

• Für die norddeutsche Wirtschaft sind die Seehäfen von fundamentaler Bedeutung. Bereits im Jahr 2000 wurden rund 240 Millionen Tonnen über die deutschen Häfen umgeschlagen. Ihr Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt beläuft sich auf über 13,8 Milliarden Euro. In der deutschen Küstenregion sind rund 300.000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt von den Hafenfunktionen abhängig. Dabei entfalten sich die Beschäftigungseffekte und die Standortvorteile für Unternehmen weit über die eigentlichen Hafenstandorte und insbesondere bei den bremischen Häfen auch über die Landesgrenzen hinaus.

Die Zukunftsaussichten der Seehafenverkehrswirtschaft sind außerordentlich gut. Die zunehmende Vernetzung der Weltwirtschaft wird auch weiterhin das internationale Transportvolumen ansteigen lassen, das mengenmäßig in erster Linie über den Seeverkehr abgewickelt wird. Daraus ergeben sich für die Seehäfen als Schnittstelle zum Seeverkehr erhebliche Chancen. Hafenstandorte gewinnen neben ihrer eigentlichen Umschlagsfunktion als Produktions-, Handels- und Logistikstandort am seeschifftiefen Wasser zunehmend an Bedeutung. Die Hafenvirtschaft ist somit eindeutig eine Zukunftsbranche.

Der Motor der Hafentwicklung in den Häfen der Nordrange ist der Containerverkehr. In den zurückliegenden zehn Jahren stieg der Containerverkehr in der Hamburg-Antwerpen-Range durchschnittlich um sieben Prozent pro Jahr, während das Wirtschaftswachstum jährlich nur zwischen plus zwei bis plus vier Prozent pendelte. Nach den vorliegenden Prognosen wird sich dieser Trend

grundsätzlich fortsetzen. Die überproportionale Zunahme des Containerverkehrs beruht im Wesentlichen auf der internationalen Arbeitsteilung, der Zunahme von Feeder-/Transshipment-Verkehren, dem Wirtschaftswachstum sowie der Containerisierung bislang konventioneller Verkehre. Alle Wettbewerbshäfen stellen sich auf diese Entwicklung ein und planen eine Ausweitung ihrer Umschlagskapazitäten.

Für die bremischen Häfen wird nach neueren Berechnungen davon ausgegangen, dass im Jahr 2005 rund 3,5 Millionen Standardcontainereinheiten (TEU) und im Jahr 2010 rund 4,2 Millionen TEU umgeschlagen werden können. Bereits ab einer achtzigprozentigen Auslastung der Terminals sind Wartezeiten für Schiffe nicht mehr zu vermeiden. Daher sollte im Jahr 2005 eine Terminalkapazität von rund 4,0 Millionen TEU und im Jahr 2010 von 4,8 Millionen TEU vorhanden sein um die Marktpotenziale abschöpfen zu können. Ein energischer Ausbau der Containerumschlagskapazitäten in Bremerhaven ist daher unverzichtbar, wenn die bremischen Häfen von der positiven Entwicklung profitieren wollen. Dazu gehören die Fertigstellung des im Bau befindlichen Containerterminals CT IIIa, das die jährliche Umschlagskapazität um rund 400.000 bis 500.000 TEU erhöht sowie insbesondere der forcierte Bau des CT IV. Derzeit wird mit der Fertigstellung des CT IIIa im Herbst 2003 gerechnet, CT IV soll bis zum Sommer 2006 an die Nutzer übergeben werden.

Neben dem Ausbau der Umschlagskapazitäten muss auch die seewärtige Erreichbarkeit der bremischen Häfen den Anforderungen angepasst werden. Die Parameter für den aktuellen Ausbauzustand der Außenweser wurden vor rund zehn Jahren auf Grundlage eines Containerschiffs mit 4.000 TEU festgelegt. Heute kommen jedoch mit zunehmender Tendenz Schiffe mit einer Tragfähigkeit von rund 8.000 TEU in Fahrt. Dies ist die Schiffsgröße, die auf Sicht im interkontinentalen Verkehr in erster Linie gebräuchlich sein wird.

Bremerhaven können diese Schiffe allerdings wegen ihres Tiefgangs nur eingeschränkt erreichen. Auf Grund der exakt vertakteten Umläufe und der außerordentlich hohen Betriebskosten dieser Schiffe werden Restriktionen in der Erreichbarkeit und Abfertigung von den Reedereien jedoch nicht akzeptiert. Bereits heute müssen be-

Güterumschlag führender Nordrangehäfen 1980-2000

(in Mio. t)

	1980	1990	1999	2000	Wachstum von 1980-2000
Bremische Häfen	27.0	30.2	36.0	44.8	66,1 %
Hamburg	63.1	61.4	81.0	85,1	34,9 %
Rotterdam	276.8	287.9	303.4	322.1	16,3 %
Antwerpen	81.9	102.0	115.6	130.5	59,0 %

dingt durch die Tiefgangsproblematik, Container auf Rotterdam umgeroutet werden. Auf Dauer wird dieser Zustand zu einem Abzug kompletter Liniendienste mit unabsehbaren Folgen führen. Eine zügige Vertiefung der Außenweser um rund 1,5 Meter ist daher unumgänglich.

Bremen hat den Ausbau der Außenweser zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes angemeldet. Das Bundesverkehrsministerium hat angedeutet, dass die Außenweservertiefung gegebenenfalls sogar außerhalb des Bundesverkehrswegeplans möglich sein könnte. Auf weitere Sicht ist jedoch auch mit Schiffsgrößen zu rechnen, die auf Grund ihrer Tiefgänge weder Bremerhaven noch Hamburg wirtschaftlich ausgelastet erreichen können. Im Gespräch sind Schiffe mit einer Tragfähigkeit von 10.000 bis zu 12.000 TEU und Tiefgängen deutlich über 14,5 Meter. Bislang wäre in Nordeuropa nur Rotterdam für derartige Container-Megacarrier ungehindert erreichbar. Gleichzeitig ist eine wesentliche Kapazitätserhöhung durch Verlängerung der Stromkaje in Bremerhaven über CT IV hinaus faktisch nicht möglich. Daher ist es erforderlich, für die Zeit nach 2010 zusätzliche in der Nähe gelegene Umschlagkapazitäten am Tiefwasser zu planen. Als Standort für einen derartigen Tiefwasser-Containerhafen waren sowohl Cuxhaven als auch Wilhelmshaven in der Diskussion. Auf Grund der Dimension des Projektes haben die Landesregierungen Bremens, Hamburgs und Niedersachsens am 30. März 2001 eine gemeinsame Position zum Bedarf und zum Standort eines Tiefwasser-containerhafens in der Deutschen Bucht formuliert und insbesondere wegen der bei weitem größeren Entwicklungspotenziale Wilhelmshaven als geeignetsten Standort benannt.

Die Handelskammer hatte sich – nach intensiver Beratung – bereits im Vorfeld grundsätzlich für Wilhelmshaven als Standort ausgesprochen, jedoch nur als Erweiterungsoption, wenn alle Ausbaumöglichkeiten in Bremerhaven erschöpft sind. Zugleich drängte sie auch darauf, dass eine enge Zusammenarbeit zwischen Bremerhaven und Wilhelmshaven sichergestellt wird. Nach Auffassung der Handelskammer könnte der Bau des Tiefwasserhafens in Wilhelmshaven für Bremen wichtige Perspektiven als Standort für zentrale Dienste und als Knotenpunkt für Verkehrsströme eröffnen. Darüber hinaus sieht die bremische Wirtschaft dort ein zusätzliches Betätigungsfeld für die bremische Seehafenverkehrswirtschaft.

Allerdings forderte die Handelskammer Bremen wie auch die IHK Bremerhaven im Gegenzug für die Unterstützung Bremens beim sogenannten Jade-Weser-Port die Hilfe Niedersachsens für die Außenweservertiefung und den Ausbau des Containerterminals Bremerhaven. Konkret geht es dabei um die zügige Durchführung der Planfeststellungsverfahren und die Bereitstellung geeigneter Ausgleichsflächen in Niedersachsen.



(o.) Gemeinsame Sitzung der Verkehrsausschüsse Bremen/Bremerhaven in der Handelskammer Bremen; (l.) Klaus Frerichs, Präsident der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nordwest, im Plenum der Handelskammer; (u.) Grundsteinlegung des neuen Fliesenwerkes der Norddeutschen Steingut AG im Fischereihafen Bremerhaven mit Senator Josef Hattig und Oberbürgermeister Jörg Schulz





Flughafen Bremerhaven-Luneort



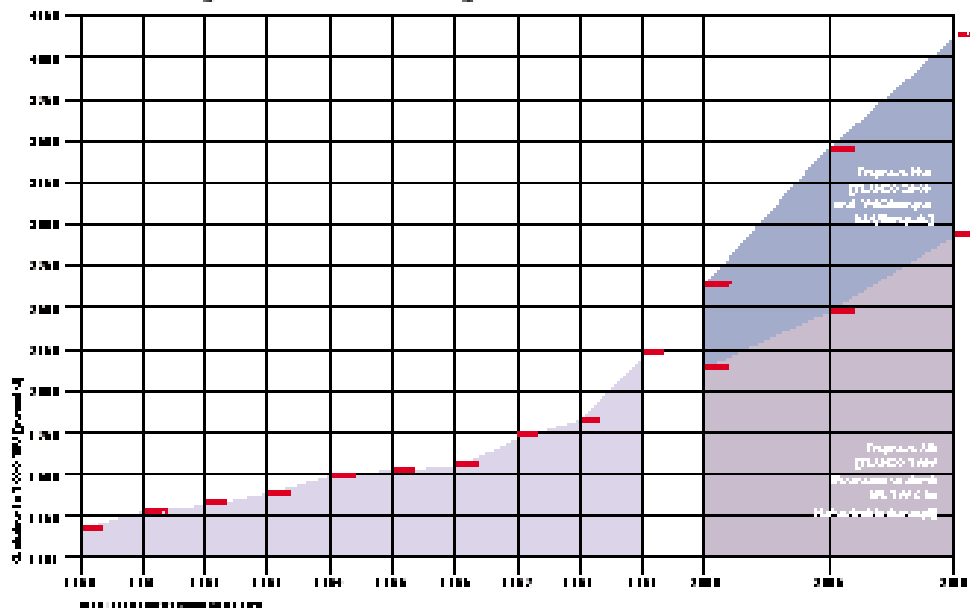
(I.) Fischereihafenschleuse in Bremerhaven; Containerbrücken

Im Ergebnis finden sich alle Kammer-Forderungen in der gemeinsamen Erklärung der Bürgermeister Ortwin Runde und Dr. Henning Scherf sowie des Ministerpräsidenten Siegmund Gabriel vom 30. März 2001 wieder. Auf Grundlage dieser Vereinbarung hat Anfang September auch die JadeWeserPort Entwicklungsgesellschaft mbH ihre Arbeit aufgenommen. Sie erstellt ein Finanzierungskonzept und bereitet das Planfeststellungsverfahren vor. Ende 2001 sollte bereits ein entsprechendes Projektdesign vorliegen. Mindestens 50 Prozent der terminalbezogenen Infrastruktur sollen privat finanziert werden. Bremen ist über die BremenPorts Management + Services GmbH & Co. KG mit 20, Niedersachsen mit 51 und die Stadt Wilhelmshaven mit neun Prozent an der Entwicklungsgesellschaft beteiligt. Hamburg hat eine Option auf 20 Prozent.

Die Entwicklung der deutschen Seehäfen war auch ein wichtiges Thema der Küstenwirtschaftsminister und -senatoren, die sich am 5. November 2001 im Vorfeld der

2. Nationalen Maritimen Konferenz in Rostock trafen. Die Küstenländer verständigten sich bei dieser Sitzung – in deren Rahmen auch ein Gespräch mit den norddeutschen Kammern stattfand – auf folgende vorrangige Projekte für die Anbindung der Seehäfen, die im Zeitraum von 2004 bis 2010 realisiert werden sollen: **Bundesschienerwege** (• Y-Trasse, Neubau-/Ausbaustrecke Hamburg/Bremen–Hannover, • Elektrifizierung der Strecke Hamburg–Lübeck/Travemünde, • Ausbaustrecke Rostock–Berlin), **Bundesfernstraßen** (• sechsstreifiger Ausbau der A 1 und der A 7, • Weiterbau der A 14 nördlich von Magdeburg, • Weiterbau der A 281–Eckverbindung in Bremen), **Bundeswasserstraßen** (• weitere Vertiefung der Unterelbe und der Außenweser, • Schleusen am Elbe-Lübeck-Kanal, • Ausbau der Mittelweser). Der Bund hat die Dringlichkeit dieser Baumaßnahmen anerkannt und positive Signale für einen baldigen Beginn der Arbeiten gesetzt. Erfreulicherweise werden die bremischen Häfen bei den Projekten in besonderem Umfang berücksichtigt.

Entwicklung des Containerumschlags der Bremischen Häfen



Das Schaubild zeigt die deutlich gestiegenen Entwicklungspotenziale für den Containerumschlag.

Beim Mittelweserausbau hatte das Bundesverkehrsministerium auf Drängen Bremens bereits eine Überprüfung der Planungen zugesagt. Bislang war für die Schleusen Minden und Dörverden eine Länge von nur 115 Metern vorgesehen, während alle anderen Schleusen rund 200 Meter lang sind. Die Handelskammer hatte wiederholt bemängelt, dass ein derartiger Engpass die Entwicklungschancen der Binnenschifffahrt insbesondere im Containerhinterlandverkehr stark gefährden würde.

Auf der 2. Nationalen Konferenz wurde auch deutlich, dass die Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Seeschifffahrt weiter verbessert werden müssten. Zum – zumindest teilweisen – Ausgleich der im internationalen Vergleich höheren Lohnnebenkosten und zur Förderung der Ausbildung sind daher bis 2005 insgesamt 212 Millionen DM vorgesehen.

Trotz sich verschlechternder weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen trägt auch der von hoher Wertschöpfung geprägte Automobilumschlag wieder zum großen Erfolg den Hafenstandortes Bremerhaven bei. Er stieg 2001 um etwa zehn Prozen. Die Zuwächse wurden bei rückläufigen Importgeschäften im Export erzielt.

Damit diese Umschlagszahlen von mehr als einer Millionen Automobile erreicht werden können, müssen über 1.000 Schiffe pro Jahr durch das Nadelöhr Nordschleuse fahren. Die Kaiserschleuse ist kein adäquater Ersatz. Um den Betrieb der Nordschleuse aufrechtzuerhalten, wird sie turnusmäßig gewartet. Die notwendige Abstimmung mit den Linienfahrern stößt zunehmend auf

Schwierigkeiten und ist nicht unbedingt ein Indiz für Zuverlässigkeit und Verlässlichkeit.

Um diesen wichtigen Standortfaktor nicht zu gefährden, muss der Engpass vor der Nordschleuse beseitigt werden. Die Kajen im Hafen müssen problemlos über zwei Schleusen erreichbar sein. Die Industrie- und Handelskammer Bremerhaven setzt sich mit Nachdruck für eine Anpassung der Kaiserschleuse ein, so dass Schiffe der Panmax-Größe die Kajen in Bremerhaven gleichzeitig über zwei gleichwertig große Schleusen erreichen können.

Mit der Eröffnung der Fischereihafenschleuse am 6. Juni 2001 wurde eine neue Ära für den Fischereihafen, einen der größten Fischverarbeitungsstandorte des Kontinents, eingeläutet. Mit einer Länge von 181 Metern, einer Breite von 35 Metern und einer Tiefe bei Normalnull von -10,50 Metern ermöglicht das 128,8 Millionen Euro (252 Millionen Mark) teure Bauwerk jetzt auch den Schiffen der Panmax-Größe einen schnellen Zugang zum Fischereihafen. Komplizierte, zeitraubende und nautisch nicht immer einfache Dockschleusungen sind nicht mehr nötig.

Der Engpass hatte den Fischereihafen lange in seiner Entwicklung behindert. Die neue Schleuse stärkt den vorhandenen industriellen Kern der dort ansässigen Unternehmen aus der Lebensmittelindustrie. Profitieren werden auch die Schiffbau- und Reparaturbetriebe im Fischereihafen, ebenso wie die Norddeutsche Steingut AG, die nach der Fertigstellung ihrer modernen Produktionsstätte im Fischereihafen nun den Import von Rohmaterial mit größeren Schiffen vornehmen kann.

Erfolg durch Kooperation: Auf dem Weg zum Ausbau der A 1

- Die Autobahn 1 (Hansalinie) ist zweifellos die zentrale Lebensader für den Wirtschaftsverkehr zwischen Nord- und Westdeutschland. Täglich rollen auf ihr bis zu 80.000 Fahrzeuge. Werktags sind davon bis zu ein Drittel Lkw. Dies ist einer der höchsten Lkw-Anteile in der Bundesrepublik. Selbst für eine sechsspurige Autobahn würde die Anzahl der Lkw einen Spitzenwert darstellen. Die aktuelle Situation auf der A 1 ist dringend korrekturbedürftig. Zwischen Hamburg und Dortmund ist die Strecke größtenteils nur vierspurig.

Die Handelskammer hat im Jahr 2001 in enger Partnerschaft mit der Oldenburgischen IHK und im Verbund mit sieben weiteren Industrie- und Handelskammern entlang der A 1 erfolgreich die Initiative zum baldigen bedarfsgerechten Ausbau der Hansalinie vorangetrieben. Sie knüpfte dabei an ein gemeinsam mit dem Landkreis Vechna am 23. November 2000 veranstaltetes Unternehmerforum an, bei dem 120 Unternehmensvertreter – quer durch alle Branchen und Regionen – die durch den unzureichenden Ausbauzustand der A 1 verursachten Probleme diskutiert hatten. Das Resümee dieser Veranstaltung war eindeutig: Nur ein durchgehender sechsstreifiger Ausbau der A 1 bietet die notwendige verkehrliche Grundlage für eine weitere positive wirtschaftliche Entwicklung unserer Region.

Am 4. April 2001 stellte Präses Dr. Dirk Plump die Dokumentation dieses Unternehmerforums den Bundestagsabgeordneten der Region sowie der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen, Angelika Mertens, bei einem Parlamentarischen Abend in der Bremischen Landesvertretung in Berlin vor. Ziel der Veranstaltung war es, das Thema „Ausbau der A 1“ zu beleben und in einem konstruktiven Dialog mit dem Bundesverkehrsministerium auf der Tagesordnung zu halten. Ein erster Erfolg war die Zusage der Staatssekretärin, sich nicht nur der Problemstellung anzunehmen, sondern am 28. Mai auch gemeinsam mit Präses Dr. Dirk Plump, Senator Josef Hattig sowie Unternehmern, Politikern und Kammernvertretern der Region die A 1 zu bereisen, um die Probleme vor Ort zu erleben.

Bei dieser Fahrt entlang der A 1 bestätigte Staatssekretärin Mertens, dass die im Raum Bremen bestehende

Verkehrsbeeinflussungsanlage in beide Richtungen entlang der A 1 verlängert werde. Darüber hinaus stellte sie Mittel für den sechsspurigen Ausbau zwischen dem Autobahndreieck Ahlhorner Heide und der Anschlussstelle Lohne/Dinklage in Aussicht. Vereinbart wurde auch, in einer Arbeitsgruppe mit Vertretern der Kammern, der beteiligten Länder und des Bundesverkehrsministeriums konkrete Maßnahmen zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der A 1 zu erarbeiten.

Damit wurde ein wichtiges Etappenziel der Handelskammer erreicht. Erstmals wurden durch Einrichtung dieser Arbeitsgruppe nicht mehr nur Argumente ausgetauscht und Ausbauwünsche formuliert, sondern tatsächlich konkrete Maßnahmen besprochen und folgende Zielvorgaben zwischen den Kammern, den betroffenen Ländern und dem Bundesverkehrsministerium vereinbart:

- 1 Alle Abschnitte außer Delmenhorst-Ost/Ahlhorner Heide werden für den neuen Bundesverkehrswegeplan zum sechsstreifigen Ausbau angemeldet. Die Planung dafür wurde zwischenzeitlich eingeleitet. Mit den ersten Planfeststellungsbeschlüssen und damit der Baureife – beispielsweise der Abschnitte Rade, Buchholzer Dreieck, Oyten, Bremer Kreuz – ist bereits im nächsten Jahr zu rechnen. Der Bau kann unmittelbar danach beginnen.

- 2 Niedersachsen hat sich zum Ausbau der A1 als vorrangiges Projekt bekannt. Damit ist sichergestellt, dass es im Rahmen der niedersächsischen Länderquote berücksichtigt wird.

- 3 Alle Beteiligten werden sich dafür einsetzen, ab 2004 die erforderlichen Mittel für den endgültigen sechsstreifigen Ausbau des Abschnitts Autobahndreieck Ahlhorner Heide – Lohne/Dinklage bereitzustellen, dessen Fahrbahndecke derzeit grunderneuert wird.

- 4 Auf der gesamten A1 zwischen Hamburg und Dortmund wird geprüft, ob sich die Standstreifen für eine mögliche provisorische Nutzung als Fahrstreifen eignen.

- 5 Der Abschnitt Osnabrück-Nord – Autobahnkreuz Lotte/Osnabrück ist im Anti-Stau-Programm. Der Planfeststellungsbeschluss wird im Sommer 2002 erwartet. Baubeginn soll 2003 sein. Das gilt ebenso für das Autobahnkreuz Münster-Süd, das für 27,6 Millionen Euro (54 Millionen Mark) ausgebaut wird.

- 6 Die Verkehrsbeeinflussungsanlage im Raum Bremen wird sowohl in Richtung Hamburg als auch in Rich-

zung Osnabrück verlängert. Dies trägt zur Verstetigung des Verkehrs und der Sicherheit der Verkehrsteilnehmer bei und erleichtert erheblich die provisorische Nutzung des Standstreifens als zusätzliche Fahrbahn.

⑦ Das Bundesverkehrsministerium prüft Überlegungen zur Privatisierung der A1 unter Verwendung der Mittel aus der Lkw-Maut für die Finanzierung der Ausbaumaßnahmen.

Insbesondere der letzte Punkt war für die Kammern von großer Bedeutung, denn es war von Anfang an klar, dass angesichts der Unterfinanzierung des Bundesstraßenbauhaushalts und der Konkurrenz der verschiedenen Verkehrsprojekte neue Finanzierungswege beschritten werden müssen. Erfreulicherweise haben auf die Kammerinitiative hin auch im Bundesverkehrsministerium entsprechende Überlegungen stattgefunden. Im Ergebnis hat Bundesverkehrsminister Kurt Bodewig am 19. Oktober im Rahmen seines Maßnahmenkonzepts „Bauen jetzt – Investitionen beschleunigen“ auch die Anwendung privater Betreibermodelle beim Ausbau von Autobahnen be-

kannt gegeben. Konkret geht es um den Ausbau von Autobahnen mittels der auf diesen Strecken eingenommenen entfernungsabhängigen LKW-Maut, die ab 2003 erhoben werden soll. Es handelt sich dabei nicht um eine zusätzliche Maut, sondern um eine Zweckbindung. Als ein Pilotprojekt ist der sechsspurige Ausbau der A1 zwischen dem Buchholzer Dreieck und dem Bremer Kreuz sowie zwischen den Autobahnkreuzen Osnabrück/Lotte und Münster/Süd vorgesehen. Insgesamt handelt es sich hierbei um 124 km, die außerhalb der vorhandenen Programme auf sechs Fahrstreifen erweitert werden sollen.

Präses Dr. Dirk Plump zeigte sich bei der Präsentation dieser Ergebnisse zufrieden und betonte, die Handelskammer werde in ihrem Bemühen nicht nachlassen, den Ausbau der A 1 weiter voranzutreiben.



(l.) Präses Dr. Dirk Plump präsentierte auf einer Veranstaltung im Haus Schütting in Anwesenheit der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium, Angelika Mertens, sowie einiger Bundestags- und Landtagsabgeordneter die Ergebnisse mehrerer Gesprächsrunden; **(o.)** Besichtigungsfahrt auf der A 1 mit Frau Mertens und Senator Hattig; **(r.)** Parlamentarischer Abend in der Bremer Landesvertretung in Berlin: Debatte über die Zukunft der A 1.





Mercedes-Benz, Kundencenter, Bremen

Fakten und Argumente zur A 1

Die der laufenden Bundesverkehrswegeplanung zu Grunde liegenden Prognosen gehen davon aus, dass der innerdeutsche Lkw-Verkehr von 1997 bis 2015 um rund 50 Prozent wachsen wird. Die grenzüberschreitenden Verkehre werden sogar deutlich über 100 Prozent wachsen – selbst im sogenannten Integrationsszenario, das für den Lkw-Verkehr weitere erhebliche finanzielle Belastungen vorsieht. Als eine der wichtigsten transeuropäischen Verbindungen wird die A 1 durch diese Entwicklung außerordentlich stark belastet werden.

Erhöht wird der Druck durch die EU-Osterweiterung, die festen Querungen im skandinavischen Raum sowie das starke Umschlagswachstum der deutschen Seehäfen.

Diese Fakten sind nicht neu. Bereits im Bundesverkehrswegeplan aus dem Jahre 1992 wurde der Ausbaubedarf auf sechs Spuren für die gesamte A 1 festgestellt. Der überwiegende Teil wurde sogar mit der höchsten Prioritätsstufe versehen, das heißt in den so genannten vordringlichen Bedarf eingestellt.

Der offizielle Verkehrsbericht 2000 des Bundesministers für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen nennt die zentralen verkehrspolitischen und gesellschaftlichen Ziele, die mit der Bundesverkehrswegeplanung verfolgt werden.

Darunter: die Gewährleistung dauerhafter Mobilität, die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland, die Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen für alle Verkehrsträger, die Verbesserung der Verkehrssicherheit, die Verringerung der Emissionen (Stichwort: Stauvermeidung)

sowie die Förderung der europäischen Integration.

Diese Ziele machen deutlich, dass bereits 1992 gute Gründe bestanden haben, den Ausbau der A 1 als vorrangigen Bedarf einzuordnen. Der Ausbau der Hansalinie wäre geradezu ein Musterbeispiel zur Umsetzung dieser Ziele.

Geändert hat sich in den zurückliegenden Jahren wenig. Zwischen Hamburg und Bremen wurden lediglich zwei Brücken erneuert, zwischen Bremen und dem Ruhrgebiet in einigen Bereichen Fahrbahnen saniert. Keine dieser Maßnahmen hat zu einer Kapazitätserweiterung geführt. Bis auf Teilmaßnahmen im Raum Osnabrück/Münster war bis Anfang 2001, also bis zum Start der Kammerinitiative, kein weiterer Ausbau in Sicht. Auch das Argument, dass Güter auf die Schiene gehören und demzufolge von der Straße auf die Schiene verlagert werden müssten, greift hier nicht. So wird bereits im bislang nicht umgesetzten Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau des Abschnitts zwischen dem Autobahndreieck Ahlhorner Heide und der Anschlussstelle Lohne/Dinklage aus dem Jahr 1996 nachdrücklich darauf hingewiesen, dass die parallele Eisenbahnstrecke Bremen-Münster mit etwa 250 Zügen pro Tag längst am Rande ihrer Aufnahmekapazität angelangt ist und auch andere Strecken entlang der A 1 völlig unzulänglich für größere Zugverkehre sind. Der Großteil des Güterverkehrs wird also unumstößlich weiter auf der A 1 verbleiben müssen, der ohnehin hohe Lkw-Anteil wird weiter zunehmen.



Der Zwei-Städte-Staat auf dem Weg zum High-Tech-Standort

- Ob „Technopolis“, „High-Tech-Offensive“ oder „Online-City“: In der bremischen Politik besteht große Einigkeit darüber, dass die richtigen Entscheidungen pro Technologie und Innovation gefällt werden müssen, damit Bremens Wirtschaft dauerhaft wachsen kann.

Die Parteien springen in der Frage der Hochtechnologie auf einen Zug auf, den die Handelskammer bereits Mitte der neunziger Jahre mit ihrer „Technologie Initiative Bremen“ ins Rollen gebracht hatte. Bei allem Konsens in der Politik gehen die Meinungen bei Einzelfragen auseinander. Beispiel dafür ist die Frage der Erweiterung des Technologieparks Universität.

Die Handelskammer verfolgt das Ziel, ihre Vordenkerrolle in Fragen der bremischen Wirtschaftsstruktur- und Technologiepolitik weiter auszubauen. Ein wichtiger Baustein war das Grundsatzpapier „Technologiestandort Bremen“, das die Handelskammer im Frühjahr 2001 veröffentlicht hat. Da dieses Papier in enger Zusammenarbeit und intensiver Diskussion mit dem Ausschuss für Industrie, Umwelt- und Energiefragen der Handelskammer entstanden ist, kann es auf eine umfangreiche unternehmerische Expertise verweisen. Ziel ist es, auf der Grundlage einer umfassenden Bestandsaufnahme zu zeigen, wie sich Bremen aufstellen muss, um auch künftig gegen die starke Konkurrenz anderer Technologiestandorte die Nase vorn zu haben.

Sieben strategische Ansatzpunkte sind nach Ansicht der Handelskammer vordringlich:

- Durch die Förderung von Wissenschaft, Innovation, Forschung und Entwicklung hat sich das Image Bremens als technologieorientierter, zukunftsgerichteter Wirtschaftsstandort merklich verbessert. Damit der Sanierungskurs weiter Erfolg hat, muss Bremen auch künftig alle Anstrengungen darauf richten, sich als Technologie- und Innovationsstandort weiter zu profilieren.
- Führende Technologiestandorte zeichnen sich durch ausgeprägte Kompetenznetzwerke – sogenannte Kompetenzcluster – aus. In Bremen sind bereits einige gut funktionierende Netzwerke entstanden, insbesondere in der Luft- und Raumfahrttechnik sowie in Transport und Logistik. Diese Netzwerke müssen gepflegt und systematisch ausgebaut werden.

- Innovationspolitisches Ziel für Bremen sollte es sein, ein vielseitiges Spektrum an Kompetenzclustern zu entwickeln. Die Handelskammer schlägt dafür in ihrem Grundsatzpapier neun Bereiche vor: die Luft- und Raumfahrttechnik, den Bereich Logistik, die Produktionstechnik, Meerestechnik und Elektrotechnik, die Umwelttechnologien, den T.I.M.E. (Telekommunikation, Informationstechnik, Multimedia, Entertainment) - Sektor, die Mikrosystemtechnik, die Gesundheitswirtschaft sowie die Nahrungsmittel- und Biotechnologie.

- Einer der wichtigsten Faktoren für die weitere Entwicklung des Technologiestandortes Bremen ist der konsequente Ausbau des Technologieparks Universität. Die im vergangenen Jahr pro Süderweiterung getroffene Entscheidung schafft Luft für wenige Jahre. Angesichts der noch deutlich ausbaufähigen Dynamik des Technologiepark-Wachstums sollte schon heute die zusätzliche Erweiterung nach Norden ins Hollerland angestrebt werden.

- Mit innovativen Konzepten machen Bremens Hochschulen auf sich aufmerksam. Dem Beispiel des Technologieparks Universität folgend schätzt die Handelskammer den Aufbau der International University Bremen (IUB) mit ihrem angegliederten Science Park als ausgesprochen chancenreich ein.

- Qualifiziertes Personal als Basis für weiteres Wachstum im High-Tech-Sektor macht Studiengänge in hoher Qualität erforderlich. Dazu müssen insbesondere im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich die notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Wichtig ist auch, bereits in den Schulen die ökonomische und technische Bildung zu verstärken.

- Bisher hat Bremen über Nordwestdeutschland hinaus noch zu wenig einen Namen als Technologie-Standort. Mit einer schlüssigen Marketing-Konzeption lässt sich gewährleisten, dass die Freie Hansestadt über die regionalen Erfolge hinaus als innovativer Wirtschaftsstandort bekannt wird.

Das Handelskammer-Grundsatzpapier „Technologiestandort Bremen“ ist in der Öffentlichkeit auf eine große Resonanz gestoßen. Nicht zuletzt durch den Impuls der Handelskammer wird beispielsweise der Senator für Wirtschaft und Häfen ein neues bremisches Innovationsprogramm entwickeln. Zum Jahresende 2001 ist zudem neue Bewegung in die Diskussion um die Erweiterung des Technologieparks gekommen.

Zwei zentrale Themen des Papiers – Wissenschaftsmarketing und Technologietransfer – waren Gegenstand eines Workshops, den die Handelskammer zusammen mit der Gesellschaft der Freunde der Universität Bremen und der International University Bremen e. V. und der Bremen Marketing GmbH organisiert hat. Hier wurden zahlreiche weiterführende Ideen und Konzepte entwickelt, wie sich Bremen als attraktive High-Tech-City profilieren kann. Dass in der Hansestadt viel Fantasie vorhanden ist, um beispielsweise das hervorragende Technologiepotential zu vermarkten, macht die „City-of-Science“-Kampagne deutlich, die von der Bremen Marketing GmbH im Herbst 2001 mit der Einrichtung einer Service-Website gestartet worden ist (www.city-of-science.de).

Initiativen wie diese zeigen: Der Anspruch ist nicht überzogen, dass sich Bremen in den nächsten Jahren in die Spitzengruppe der europäischen Innovationsstandorte vorarbeiten kann. Auf dem Weg dahin wird sich die Handelskammer weiterhin nach Kräften einbringen.

Politik, Verwaltung und Wirtschaft in Bremerhaven haben den Strukturwandel als große Chance für den Wirtschaftsraum Bremerhaven begriffen. Es werden Anstrengungen unternommen, um konkrete Vorhaben aus den

sogenannten Zukunftsbranchen auf den Weg zu bringen. So wird ein Technologiepark im Areal Alter/Neuer Hafen für Gründer sowie kleine und mittlere Unternehmen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien entstehen, wobei eine deutliche maritime Ausrichtung in den Bereichen Logistik, Lebensmittel und Tourismus angestrebt wird.

Ebenfalls maritim ausgerichtet, wird in Bremerhaven die auch als Schlüsseltechnologie der Zukunft anzusehende Biotechnologie umgesetzt. Daher entsteht dort derzeit das erste Gründer- und Entwicklungszentrum für den Einsatz moderner Biotechnologie in der Lebensmittelindustrie.

Gemeinsam mit Unternehmen sowie Forschungseinrichtungen wird sich dieses Biotechnologiezentrum unter anderem der sogenannten Blauen Biotechnologie widmen, bei der es darum geht, neue Ingredienzien und Verfahrenstechniken aus dem Meer zu entwickeln. Diese Technologie muss keinesfalls auf den Lebensmittelbereich beschränkt bleiben. Auch die Ausrichtung auf Bereiche wie Umwelttechnologie und Werkstofftechnik sind möglich und eröffnen für den Standort Bremerhaven weitreichende Perspektiven, die auch langfristig für die Zukunft Bestand haben werden.



Die Handelskammer hat sich frühzeitig für den Aufbau der IUB engagiert; Altbundeskanzler Helmut Schmidt (l.o.) hielt die Festrede auf der Eröffnungsveranstaltung (o.); (l.) Talkrunde mit Dr. Theo Sommer von der ZEIT, Wirtschaftsminister Josef Hattig, Bürgermeister Dr. Scherf und Rektor Prof. Jürgen Timm von der Universität Bremen.

EU-Osterweiterung muss zügig kommen – Mittelosteuropa als Partnerregion des 4. Deutschen Außenwirtschaftstages

- Die Erweiterung der Europäischen Union (EU) nach Osten und Südosten ist das ehrgeizigste Projekt in der Geschichte der EU. Seit Beginn des europäischen Integrationsprozesses in den fünfziger Jahren ist die EU in vier großen Beitrittsrunden von sechs auf heute 15 Mitglieder angewachsen. Die nunmehr fünfte Runde mit insgesamt 13 Beitrittskandidaten, darunter zehn aus Mittelosteuropa, wird die anspruchsvollste und größte Erweiterung sein: Die Fläche der EU wird sich um rund zwei Drittel vergrößern und die Bevölkerungszahl um etwa 45 Prozent oder um rund 170 Millionen Menschen auf 546 Millionen Menschen steigen.

Die Osterweiterung ist nach Auffassung der Handelskammer notwendiger denn je: Die veränderte weltpolitische Lage verschafft dem Projekt Europa eine neue Dringlichkeit. Denn im Kern geht es nicht nur darum, Europa so zu gestalten, dass es in einem immer schärfer werdenden globalen Wettbewerb und wegen neuer globaler Risiken Freiheits- und Wohlstandschancen für die Menschen bewahren kann. Die europäische Integration muss im Angesicht wachsender terroristischer Bedrohungen auch aus Gründen politischer Stabilität und Sicherheit zügig fortgeschrieben werden. Europa muss seine identitätsstiftende historische Kraft weiter entfalten können; ein Aufschub der Erweiterung würde die gemeinsame europäische Identität, zu der sich die Länder Mittelosteuropas ausnahmslos bekennen, beschädigen.

Der Weg ist vorgezeichnet: Die jungen Demokratien in Mittelosteuropa haben enorme Anstrengungen unternommen, sich zu reformieren, und sind ohne Zweifel schon ein großes Stück voran gekommen. Aber sie stehen gleichwohl noch vor immensen Aufgaben. So müssen sie ihre Wirtschaft und Verwaltung für die Anforderungen und Stabilitätskriterien der EU fit machen. Sie müssen die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen (Kopenhagener Kriterien) erfüllen und nachweisen, dass sie nach dem EU-Beitritt das europäische Gemeinschaftsrecht (*Acquis communautaire*) voll anwenden und durchsetzen können. Übergangsfristen und Ausnahmeregelungen wie beispielsweise bei der Arbeitnehmer-Freizügigkeit sollten die Ausnahme bleiben und so kurz wie möglich gefasst werden.

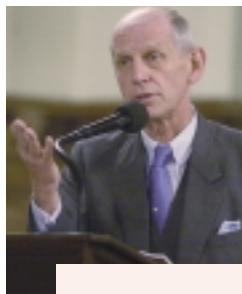
Doch die wirtschaftliche Integration wird nicht mit

dem EU-Beitritt abgeschlossen sein. Ziel muss es sein, die Beitrittsländer zwar nicht vorschnell, aber dennoch möglichst zügig auch in die Euro-Zone aufzunehmen. Voraussetzung dafür ist, dass sie die Konvergenzkriterien dauerhaft erfüllen. Dies muss Vorrang haben vor einer möglichst schnellen Einführung der Gemeinschaftswährung, damit der Euro nach innen wie nach außen dauerhaft stabil bleibt.

Die Osterweiterung setzt auch die EU-15 unter Zugzwang, denn die Gemeinschaft muss sich nach innen strukturell wie institutionell dringend reformieren. Bisher war die Bereitschaft zu Reformen im institutionellen Bereich nicht sehr ausgeprägt. Doch mit der historisch beispiellosen Erweiterung auf 28 Mitglieder stehen die Funktionsfähigkeit, Finanzierbarkeit, die demokratische Legitimität und Transparenz der europäischen Gesetzgebungs- und Entscheidungsprozesse vor einer starken Belastungsprobe. Aus Sicht der Handelskammer müssen beispielsweise Mehrheitsentscheidungen die Regel werden, um Blockaden einzelner Länder zu verhindern und den Integrationsprozess weiter voranzutreiben. Dies gilt vor allem für binnenmarktrelevante Beschlüsse.

Die Integration der zehn mittelosteuropäischen Reformländer, die zu den Wachstumsmotoren Europas geworden sind, wird ungeahnte Wachstumsimpulse auslösen und eröffnet gerade auch dem unternehmerischen Mittelstand neue wirtschaftliche Perspektiven. Das hat der 4. deutsche Außenwirtschaftstag, der vom 9. bis 10. Oktober im Congress Centrum Bremen stattfand, nachdrücklich bestätigt. Der Außenwirtschaftstag, den die Handelskammer 1995 als Lernfeld für ausländisches Engagement initiiert hat und den sie im Jahr 2001 zum vierten Mal mit den maßgeblichen außenwirtschaftlichen Verbänden Deutschlands im Congress Centrum ausgerichtet, widmete sich aus aktuellem Anlass der EU-Osterweiterung. Das Motto hieß „Europa Plus: Neue Märkte in Mittelosteuropa – Praxis und Perspektiven.“

Rund 600 Tagungsgäste nutzten das kompakte, praxisnahe und in dieser Form einmalige Informationsangebot in den Workshops, auf der begleitenden Fachmesse und der Kontaktbörse, um ihre Geschäftschancen im Osten auszuloten. In den zwei Veranstaltungstagen wurden auch eine Fülle sehr unterschiedlicher Erfolgsstories



(v. o.) BGA-Präsident Anton F. Börner eröffnete den 4. Deutschen Außenwirtschaftstag im Congress Centrum; während des Festaktes in der Oberen Rathauhalle, auf dem DIHK-Präsident Ludwig Georg Braun die Festansprache hielt, wurde der Preis der Deutschen Außenwirtschaft verliehen; die Kammer präsentierte ihr Angebot den Fachbesuchern auf einem eigenem Stand; Hauptgeschäftsführer Dr. Fonger im Gespräch mit Hans-Jürgen Müller vom Bundesverband des Deutschen Exporthandels

präsentiert, die einmal mehr die außerordentlichen Absatz- und Ertragschancen eines Engagements in Mitteleuropa aufzeigten. Einer der Höhepunkte des Außenwirtschaftstages war die Verleihung des Preises der Deutschen Außenwirtschaft. 1999 erstmals vergeben, ging die Auszeichnung diesmal an den Krefelder Chemiehändler C. H. Erbslöh, der mit einer intelligenten, kreativen, wohl-durchdachten, mutigen und auch beschäftigungswirksa-

men Außenwirtschaftsstrategie neue Märkte in Europa erobert hat und damit für andere Unternehmen Vorbild ist.

Erbslöh kann gerade auch für Bremer Unternehmen Anreiz sein. In dem künftig noch größeren Europa wird die Hansestadt, in der knapp ein Drittel der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung auf hafen- und außenwirtschaftsbezogene Tätigkeiten entfallen, noch mehr als bisher eine zentrale Rolle einnehmen. Zusammen mit den traditionell guten Kontakten Bremer Kaufleute in die Länder Mitteleuropas und ihren über Jahrhunderte gewachsenen Erfahrungen im internationalen Geschäft bietet die Osterweiterung deshalb gerade der bremischen Wirtschaft beste Rahmenbedingungen, neue und aussichtsreiche Geschäftsbeziehungen aufzubauen.

Schon vor dem Fall des Eisernen Vorhangs gehörten Bremer Firmen zu den Vorreitern wirtschaftlichen Engagements in Mitteleuropa. Namhafte Unternehmen sind bereits in Polen, im Baltikum und in anderen Staaten Mitteleuropas tätig. Ihr Beispiel zeigt, dass wirtschaftliches Vorankommen heute wie schon in vergangenen Jahrhunderten die Bereitschaft voraussetzt, mit unternehmerischem Mut und kalkuliertem Risiko neue Märkte zu erschließen.

Dabei ist der Fokus auf die mitteleuropäischen Kandidatenländer berechtigt, denn sie haben signifikante Fortschritte bei der Umstellung von der Plan- auf die Marktwirtschaft gemacht. Aufbruchstimmung und wirtschaftliche Dynamik sind unverkennbar. Sie verfügen teilweise bereits über funktionierende Marktwirtschaften. Allerdings gibt es noch eine Reihe struktureller Defizite und ein beträchtliches Wohlstandsgefälle. Gemessen in Kaufkraftstandards lag das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in den Bewerberländern bei 35 Prozent des EU-Durchschnitts. Slowenien (71 Prozent) und Zypern (82) bewegen sich bereits auf vergleichbarem Niveau wie die EU-Staaten Griechenland (68), Portugal (74) und Spanien (81).

Das Wirtschaftswachstum in Mitteleuropa könnte in den nächsten Jahren doppelt so hoch ausfallen wie in der EU. Deshalb haben Wirtschaftsexperten für die marktwirtschaftliche Vorhut der Region – Polen, Tschechien, Slowenien, Estland und Ungarn – bereits die neue Formel von den „europäischen Tigerstaaten“ geprägt. Jede zehnte deutsche Mark wird bereits im Ostgeschäft verdient. Der deutsche Handelsverkehr mit den Beitrittskandidaten ist so groß wie das Geschäft mit den gesamten USA: 48 Milliarden DM investierten deutsche Unternehmen in die Ostmärkte, auch der Außenhandel expandiert. Doch das Potenzial ist noch lange nicht ausgeschöpft – auch vor dem Hintergrund, dass sich die „Wachstumsbranche“ Außenwirtschaft über alle Krisen hinweg als sehr robust erweist.

Handelskammer Bremen: 550 Jahre wirtschaftliche Selbstverwaltung – Tradition und Moderne gehen Hand in Hand

- 550 Jahre Tradition der Unabhängigkeit: Bremen blickt auf die längste Tradition wirtschaftlicher Selbstverwaltung in Deutschland zurück. Dies bezeugt die „Ordinantie von 1451“, die heute im Archiv der Handelskammer aufbewahrt wird und das älteste schriftliche Zeugnis dieser Tradition ist. Grund genug für die Handelskammer, dieses außergewöhnliche Jubiläum in der mehr als tausendjährigen Wirtschaftsgeschichte Bremens im Oktober 2001 mit einem Reigen an Aktivitäten zu begehen – zumal dieser Rückblick auf 550 Jahre Geschichte zusammenfiel mit dem 50. Jahrestag der Wiedereinweihung des im Zweiten Weltkrieg zerstörten Hau-

ses Schütting. Der Wiederaufbau war durch zahlreiche Spenden von Unternehmern finanziert worden.

Das Doppeljubiläum stieß auf eine herausragende öffentliche Resonanz in Bremen und rief ein starkes mediales Interesse an Geschichte und Gegenwart der Kammer hervor. Es war aber nicht nur Anlass für die historische Würdigung einer fest verankerten wirtschaftlichen Selbstverwaltung. Es symbolisierte zugleich eine neue Kammer-Ära, die von Transparenz und Offenheit gekennzeichnet ist und ihren Ausdruck in einem neuen Corporate Design findet.



DaimlerChrysler,
Lackzwischenlager,
Bremen

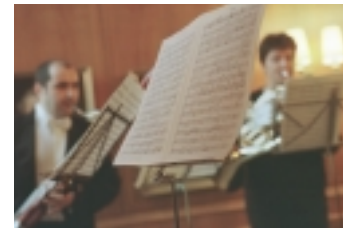
Identitätsstiftende Tradition allein kann kein Wegweiser für die Zukunft sein. Ihre Kraft entfaltet sie nur im Zusammenspiel mit einem zeitgemäßen Engagement der Kammer für die Wirtschaft und mit hoher Kundenorientierung. Deshalb wird die Handelskammer auch künftig konsequent die Rolle des Impulsgebers für den Standort Bremen und des Dienstleisters für die bremische Wirtschaft übernehmen, sie ausbauen und Bremen gemeinsam mit Politik und Gesellschaft voranbringen.

Rund 400 Ehrengäste aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aus ganz Norddeutschland nahmen an dem offiziellen Jubiläums-Festakt am 2. Oktober 2001 teil, bei dem Hans-Dietrich Genscher den Festvortrag hielt. Der ehemalige Bundesaußenminister würdigte die „europäische Freiheitsrevolution“ des Jahres 1989, an der die Deutschen maßgeblich beteiligt waren. Heute stehe die europäische Staatskunst vor der Aufgabe, die Einheit Europas zu vollenden und am Bau einer neuen Weltordnung mitzuwirken.

Präses Dr. Dirk Plump erinnerte in seinem Festbeitrag an die positive Entwicklung, die Bremen in den letzten Jahren genommen habe. Es herrsche eine „konstruktive Grundstimmung“, die Kammer werde alles daran setzen, dass diese Entwicklung sich fortsetze: „Wir können uns als Handelskammer in Bremen auf eine Tradition verlassen, die uns in unserer Haltung Sicherheit und Ruhe gibt. Die Sicherheit nämlich, dass 550 Jahre wirtschaftliche Selbstverwaltung zahlreiche Erfolge für Bremen gebracht haben. Diese lange Tradition wäre nicht zu einer Tradition der Unabhängigkeit geworden, wenn es sich bei der wirtschaftlichen Selbstverwaltung um ein Auslaufmodell handelte.“

Wirtschaftssenator Josef Hattig, der der Handelskammer im Namen der Landesregierung gratulierte, würdigte die politische Bedeutung der Bremer Kaufleute und ihren Einsatz für das bonum commune. Damals wie heute symbolisiere der Schütting das wirtschaftliche und politische Rollenverständnis der bremischen Kaufmannschaft: „Erzeugt von der Bereitschaft zum Dialog mit den jeweils Regierenden, wie von dem Anspruch auf Mitwirkung und Mitgestaltung. Dieses konstruktive Spannungsverhältnis zwischen hüben und drüben ist in Bremen so gegenwärtig wie es seine lange Tradition hat.“

Zahlreiche Unternehmer besuchten das Haus Schütting am Tag der Mitglieder am 3. Oktober 2001, der in dieser Form erstmals stattfand. Ziel war es, allen 29.000 Mitgliedern deutlich zu machen, dass die Kammer ein offenes Haus ist und sich als Diskussions- und Informationsforum für die Bremer Unternehmen versteht. Das umgebaute Foyer mit Glastür und neuem Empfangscounter zeigt beispielhaft die neue Offenheit und das moderne Selbstverständnis. Dies hat unter anderem auch



der zum Jubiläum produzierte Imagefilm auf besondere Weise akzentuiert.

In einer Jubiläumsausstellung im Börsensaal gab die Handelskammer Einblick in ihre lange Geschichte. Ein zentrales Ausstellungsstück war die „Ordinanz von 1451“. Auch die Ausstellung blieb nicht am Gestern haf-



(v. o.) Ex-Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher war der Ehrengast auf dem Festakt zum Kammerjubiläum; Präses Dr. Plump zeichnete den verdienten und Bremen sehr verbundenen Staatsmann mit der Silbernen Verdienstmedaille aus, der höchsten Auszeichnung der bremischen Wirtschaft; über 400 Gäste waren der Einladung zur Festveranstaltung ins Haus Schütting gefolgt, unter ihnen z. B. BLG-Chef Detthold Aden und Intendant Prof. Klaus Pierwoß. Erstmals öffnete die Kammer ihre Türen auch für einen exklusiven „Tag der Mitglieder“ am 3. Oktober; zahlreiche Mitglieder nutzten die Gelegenheit, hinter die Kulissen des Schüttings zu schauen. Auf großes Interesse stieß dabei die Jubiläumsausstellung, die nicht nur die Geschichte der Elterleute nachzeichnete (l. im Schaukasten zu sehen das Große Wappenbuch), sondern auch Einblick in die Vielfalt der heutigen Kammer-Aufgaben gab.

ten, sondern behandelte ausführlich die aktuellen Aufgaben der Kammer. Zahlreiche Besucher konnten sich damit einen guten Überblick über das heutige Leistungsspektrum verschaffen.

Wer sich noch eingehender informieren will, dem steht jetzt erstmals eine umfassende Chronik der Handelskammer und ihrer Vorgängerin, des Collegium Seniorum, in Buchform zur Verfügung. In Zusammenarbeit mit dem Archiv der Handelskammer hat die Wirtschaftshistorikerin Dr. Lydia Niehoff eine detaillierte Dokumentation erstellt, die dem Bogen vom 15. Jahrhundert bis in die Gegenwart hinein spannt. Auf 219 Seiten schildert sie die 550-jährige Historie der wirtschaftlichen Selbstverwaltung in Bremen und bettet sie in die bremische (Wirtschafts-)Geschichte ein.

Der Chronistenblick über mehr als ein halbes Jahrtausend bremische Wirtschaftsgeschichte macht deutlich, dass Bremen wesentlich durch die Wirtschaft mitgestaltet wurde: „Den Elterleuten, wie das Führungsgremium der Selbstverwaltung lange Zeit hieß, genügte es nicht, sich allein auf wirtschaftliches Gedeihen zu konzentrieren. Sie hatten immer auch das Gemeinwohl der Stadt im Blick“, betonte Präses Dr. Plump. „Dies war vor 550 Jahren ebenso ungewöhnlich wie heute, wenn wir als moderne Handelskammer sagen, dass die Aufgaben einer wirtschaftlichen Selbstverwaltung nicht beim Einsatz für die Wirtschaftsinteressen enden können. Unser Fokus ist die Gesamtentwicklung des Standorts Bremen.“

Der Festakt im Haus Schütting bot auch Gelegenheit, den gebürtigen Hallenser, mit Bremen sehr verbundenen Hans-Dietrich Genscher für seine Verdienste um den Weltfrieden, die deutsche Wiedervereinigung und die Entspannung zwischen Ost und West mit der Silbernen Verdienstmedaille auszuzeichnen. Sie ist die höchste Auszeichnung der bremischen Wirtschaft und wurde bisher nur einmal – 1990 an Prof. Dr. Wilhelm Wortmann – verliehen. Präses Dr. Plump würdigte Genscher in seiner Laudatio als „einen Politiker, der für die Bürger unseres Landes wie kaum ein anderer für politische Integrität steht.“ Viele für den Welthandel wegweisenden Vereinbarungen trügen seine Handschrift – „mit Ergebnissen, die auch den Außenwirtschaftsstandort Bremen außerordentlich beflügelt haben.“ Für die bremische Wirtschaft habe die tiefgreifende Entspannung des einstigen Kalten Krieges es ermöglicht, wieder an alte Handelskontakte anzuknüpfen, wie sie beispielsweise über viele Jahrhunderte zum Baltikum bestanden hätten.

Dr. Plump würdigte ferner Genschers enge Verbundenheit zu Bremen, in der er lange Zeit als renommierter Anwalt wirkte und zu der er noch heute über eine bedeutende Kanzlei in Verbindung stehe. Auch gehöre Genscher zu den Councilors der International University Bremen.

Bremen und Bremerhaven gestalten die Zukunft: Innenstadt und Stadtteilzentren im Wandel

- Die Entwicklung der Innenstadt und der Stadtteilzentren war 2001 vor allem durch den Beginn von Projekten gekennzeichnet, deren Vollendung sich erst allmählich abzeichnet. Dabei ist für die Innenstadt festzustellen, dass der Trend des Verbraucherinteresses, wie auch schon in den letzten Jahren, weg von der Grünen Wiese hin zur Stadt geht. Das Sofortprogramm Innenstadt trägt dem Rechnung. Bremen ist dabei unter den Großstädten in Deutschland einer der Trendsetter und Vorzeigeobjekt.

Der erste Teil der Umgestaltung der Innenstadt wurde mit der Fertigstellung der Obernstraße abgeschlossen. Neue Projekte gab es in den Stadtteilzentren. Besonders der Space Park in Gröpelingen wird nach seiner Fertigstellung auf einer Fläche von insgesamt 260.000 Quadratmetern Bremens Anziehungskraft auch überregional stärken. Wo früher Schiffe gebaut wurden, wird im Herbst 2002 eine Einkaufs- und Freizeitwelt rund um das Thema Raumfahrt öffnen. Damit wird Bremen im Wettbewerb der Shopping- und Entertainment-Center eine bislang einzigartige Attraktion anbieten können.

Ein starker, maritimer Charakter ist vom neuen Einkaufszentrum Haven Hööv zu erwarten. Dieses Einkaufszentrum mit einer Gesamtgröße von rund 33.000 Quadratmetern wird die Funktion des Mittelzentrums Vege sack erheblich stärken und somit neue Impulse in den gesamten Stadtteil geben. Außerordentlich wichtig ist die beabsichtigte Vernetzung mit dem Mittelzentrum.

Grundlage für die zahlreichen positive Veränderungen in der Innenstadt ist das Sofortprogramm Innenstadt und Nebenzentren, das 1998 auf Initiative der Handelskammer mit einem Volumen von 51,1 Millionen Euro (100 Millionen Mark) gestartet wurde. Die Neupflasterung der Fußgängerzone in der Obernstraße gehört zu diesem Programm, ebenso die Aufwertung einzelner Geschäftsfassaden. Das Programm fußt auf einer ungewöhnlichen und unkonventionellen Public-Private-Partnership. In bisher einmaliger Weise beteiligen sich Kaufleute aus der Bremer Innenstadt an Planungs- und Erstellungskosten, um ihren Beitrag zur Aufwertung der Innenstadt zu leisten. Erstmals wachen Verwaltung und Wirtschaft gemeinsam in einem Arbeitskreis über den Projektfortschritt. Insgesamt geht es um 76 Einzelprojekte in der Innenstadt bis zum

Jahr 2004. Die Pflasterung der Sögestraße, die Neugestaltung des Marktplatzes und des Schlüsselkorbs gehören z. B. dazu.

Die Bemühungen um die Wiederbelebung des Faulenquartiers laufen entsprechend der Koalitionsvereinbarung unvermindert weiter. Insbesondere gibt es zurzeit Überlegungen, Radio Bremen mit einem Medienkompetenzzentrum als entscheidenden Frequenzbringer in den Bereich Faulenstraße/Bamberger Haus zu verlegen. Dar aus würde sich eine attraktive Achse über Obernstraße Hutfilterstraße, Durchbruch B 75 zum Space Park ergeben. Die Brillkreuzung ist nach wie vor ein innerstädtisch ungelöstes Problem. Sie muss möglichst bald attraktiver werden.

Neben der Aufwertung der Innenstadt ist der Stadtteil Gröpelingen das zweite wichtige Stadtgebiet, das durch das Sofortprogramm erfasst wird. Auch dort wurden zahlreiche Einzelprojekte vorangebracht. Insbesondere die Lindenhofstraße als Mittelpunkt des Stadtteils ist bereits deutlich aufgewertet worden. Darüber hinaus gibt es eine Fülle weiterer Einzelmaßnahmen.

Trotz erster Erfolge werden künftig noch erhebliche Anstrengungen notwendig sein, um die Situation des bremischen Handels – auch über die Schwerpunktaufgaben hinaus – zu verbessern. Die großen Baumaßnahmen dürfen nicht über die unbefriedigende Lage in einigen Stadtteilen hinwegtäuschen. Die Handelskammer hat dies erkannt und im Herbst 2000 den Arbeitskreis der Werbe- und Interessengemeinschaften gegründet. Obwohl stadtteilübergreifende Ziele erst noch definiert werden müssen, wurde hiermit eine Basis für gemeinsame Gespräche geschaffen. Persönliche Gespräche sind wichtig, um den Kontakt in den Stadtteilen zu halten. Die Errichtung einer Plattform zum Informationsaustausch und die Diskussion gemeinsamer Bedürfnisse bringt auch Synergien für die Interessen- und Werbegemeinschaften untereinander. Wie wichtig die Zusammenarbeit ist, zeigen einzelne Initiativen, die gemeinsam mit Werbegemeinschaften begonnen haben. Für Baumaßnahmen im Bereich der Schwaneweder Straße ist es beispielsweise gelungen, Wirtschaft und planende Behörden nach ursprünglich fruchtlosen Gesprächen an einen Tisch zu bringen. Darüber hinaus wurden weitere Gespräche



Kirchenplatz, Bremerhaven



geführt, in denen erstmals die Notwendigkeit der Baumaßnahme in allen Details geklärt wurde. Auch wurde erreicht, dass die Bedürfnisse des örtlichen Handels verstärkt in die Planungen einfließen.

Für eine wirtschaftsgerechte Umgestaltung der Hamburger Straße hat sich die Handelskammer in ähnlicher Weise eingesetzt. Nachdem die umfangreichen Baumaßnahmen bekannt wurden, moderierte die Handelskammer eine Begehung mit Vertretern der planenden Behörde. Dadurch wurde gewährleistet, dass die individuellen Bedürfnisse des Handels in der Hamburger Straße berücksichtigt wurden.

Auch in aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen steht die Handelskammer dem Handel zur Seite. Veranstaltungen zur Einführung des Euros in verschiedenen Stadtteilen oder Informationen zum Wegfall des Rabattgesetzes sind Dienstleistungen, die dem Handel geldwerte Informationen bieten. Langfristiges Ziel der Handelskammer-Initiativen für Stadtteilzentren ist es, politische Impulse zu setzen und die die positiven Erfahrungen aus dem Sofort-

programm Innenstadt und Nebenzentren auf einzelne Stadtteile zu übertragen.

Auch in Bremerhaven hat die Zukunft begonnen. Als besonderes Geschenk zum 175-jährigen Bestehen bekommt die Stadt eine neue City. Rund 127 Millionen Mark werden in den nächsten Monaten in die Fußgängerzone investiert, um die zentrale Einkaufsmeile wieder zu einem attraktiven Ziel für Besucher aus nah und fern zu machen. Mehr als die Hälfte ist bereits geschafft. Während vor der Großen Kirche bereits das neue bunte Leben eingekehrt ist, schreitet das Projekt „Neue Stadtmitte“ auch in den übrigen Bereichen rasant voran. Als dritter Bauabschnitt begannen Ende 2001 die Arbeiten am Theodor-Heuss-Platz, die rechtzeitig zur 175-Jahr-Feier am 19. Mai 2002 abgeschlossen werden sollen. Wie schön das Leben in der neuen Stadtmitte sein kann, ist täglich zwischen Karstadt und der Großen Kirche zu sehen. Längst bummeln Bremerhavener und ihre Gäste über das fertige Teilstück. Für den Einzelhandel endete mit dem Beginn des Weihnachtsgeschäftes eine längere Durststrecke, denn auf Grund der Belastungen durch die Bauarbeiten

kamen weniger Kunden als in den Vorjahren, so dass die Umsätze zum Teil deutlich einbrachen.

Seit dem 28. September rollen die Busse über die neue Fahrbahn durch die City. Wie ein großes S zieht sich diese Trasse durch die Innenstadt. Die Streckenführung war Voraussetzung, um Raum für neue interessante Angebote wie den großzügigen Platz vor der Großen Kirche oder die in der „Bürger“ geplanten Cafés und Restaurants zu schaffen. Im Gegensatz zu der ursprünglich geplanten großräumigen Umleitung wird die jetzige Linienführung auch den Interessen derjenigen gerecht, die mit dem Bus in die Innenstadt fahren. Auch für sie bleibt Bremerhaven eine Stadt der kurzen Wege, denn die Busse halten nach wie vor praktisch direkt vor den Geschäften.

Dass die „Bremerhaven-Busse“ künftig auf neuen Wegen durch die City fahren, ist dennoch nur ein Randaspekt des großen Vorhabens. Ein ganzes Maßnahmenbündel soll nach Aussage der Planer garantieren, dass es einfach Spass macht, in der „Bürger“ zu bummeln und einzukaufen. Mehr als 20 Jahre, nachdem die Bürgermeister-Smidt-Straße zur Fußgängerzone umgebaut wurde, soll die „Bürger“ im Sommer 2002 zum Abschluss des Projektes „Neue Stadtmitte“ die Bezeichnung „Flaniermeile“ wieder zu Recht tragen.

Der Weg zur „Neuen Stadtmitte“ führt über viele Stationen. Eine neue Pflasterung macht die Meile optisch attraktiver; neue gläserne Vordächer werden die Passanten noch besser vor der norddeutschen Witterung schützen; transparente Pavillons in der Straßenmitte lockern das Gesamtbild auf. Zugleich sollen die Kunden auf direk-

tem Weg zum Einkaufen gehen können; das neue Parkhaus an der Rampenstraße wird einen entscheidenden Beitrag dazu leisten.

Die neue Bremerhavener Stadtmitte soll eng mit den Tourismus-Planungen am Alten und Neuen Hafen verknüpft werden, weil die Projekte Besucher und damit Kaufkraft in die Stadt holen werden. Schon jetzt arbeitet das Planungsamt an ersten Entwürfen, wie die Spange zwischen City und Weserdeich-Gelände am besten hergestellt werden kann. Die Rahmenplanungen sehen drei Achsen vor. Die wichtigste Verbindung verläuft quer durchs Columbus-Center: Vom Kirchenplatz aus sollen die Besucher durch die Hafentpassage an Karstadt vorbei zum Deich geleitet werden.

Parallel zu den Investitionen im Zentrum hat die Stadt Bremerhaven inzwischen damit begonnen, auch die größeren Stadtteilzentren aufzuwerten. Nachdem im Stadtteil Geestemünde ein privater Investor mit dem Dienstleistungszentrum am Konrad-Adenauer-Platz einen ersten Akzent setzte, hat die Stadt inzwischen ein von der Europäischen Union gefördertes Projekt initiiert, um das Areal rund um den Neumarkt aufzuwerten. Ein Marketingkonzept soll außerdem die Marktposition des durch Fachgeschäfte geprägten Einzelhandels in Geestemünde festigen.

Ende 2001 kündigte die Stadt ein weiteres Projekt zur Aufwertung des Stadtteils Lehe an. Bei dieser ebenfalls mit EU-Geldern geförderten Maßnahme geht es neben der Stabilisierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch um eine Verbesserung des Wohnumfeldes und der sozialen Beziehungen in dem Stadtteil.



(o.) Traditioneller Gästeabend des Einzelhandels in Bremen; (l.) Dienstleistungszentrum Konrad-Adenauer-Platz in Bremerhaven: gelungener Branchenmix

Tourismus und Freizeit: Viel Raum für die Zukunft Bremens und Bremerhavens

- Die Tourismus- und Freizeitwirtschaft ist in Bremen eine tragende Säule der wirtschaftlichen Entwicklung mit hervorragenden Perspektiven für die Zukunft. Sie ist in der Lage, ein positives Bremen-Image zu vermitteln, das sich auch auf andere Wirtschaftszweige vorteilhaft auswirkt: Die Zuwachsraten bei den Gästeankünften haben sich in den zurückliegenden Jahren über dem Trend liegend entwickelt. 2001 wurde das hohe Niveau nur knapp gehalten. Dabei bestimmen Qualität und Quantität des touristischen Angebotes den langfristigen Erfolg der Tourismus- und Freizeitwirtschaft, ebenso der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes Bremen. Unabdingbar ist eine kontinuierliche, die Änderungen in den Marktbedingungen berücksichtigende Weiterentwicklung. Vorrangiges Ziel der Tourismuswirtschaft und der Tourismuspolitik muss daher sein, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass eine langfristige, positive Entwicklung gesichert wird.

Die Handelskammer sieht sich in diesem Prozess als Partner der Politik und will mit ihrem 2001 gegründeten Arbeitskreis Tourismus die Vorstellungen der Wirtschaft für die zukünftige Ausrichtung der Tourismuspolitik formulieren. Ende des Jahres 2001 hat die Handelskammer in einem Schwerpunktpapier diese Vorstellungen zusammengefasst.

Einer der Kernpunkte aus Sicht der Handelskammer war, die Bedeutung des Tourismus als Wirtschaftsfaktor herauszustellen. Unbestritten ist die Tourismuswirtschaft ein ökonomischer und gesellschaftlicher Faktor von hohem Wert. In keiner anderen deutschen Wirtschaftszweige stehen mehr Arbeitsplätze zur Verfügung. Den Umsätzen der Tourismus- und Freizeitwirtschaft kommt große Bedeutung zu für die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Erhaltung und Förderung der regionalen Wirtschaftskraft. Vom Tourismus profitieren nicht nur das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, sondern auch der Einzelhandel, Kulturinstitutionen und Dienstleistungsanbieter.

Die Zahlen für Bremen sind auf den ersten Blick beeindruckend. Laut einer Untersuchung des Bremer Instituts für Wirtschaftsforschung (BAW) waren 1997 in der Stadt Bremen 7.285 Arbeitsplätze direkt und 2.185 indirekt vom Tourismus abhängig (Quelle: BAW, 8/1998:

Städtetourismus als Wirtschaftsfaktor). Die indirekten Beschäftigungsauswirkungen eingeschlossen, wird für das Jahr 2000 geschätzt, dass in der Stadt Bremen etwa 11.000 Beschäftigte in den unmittelbaren und tourismusnahen Bereichen tätig waren (inkl. Teil- und Saisonarbeitskräften). Im Vergleich mit anderen Städten gleicher Größenordnung, beispielsweise mit Nürnberg, zeigt sich trotzdem, dass der Tourismus in Bremen noch große Entwicklungschancen hat, die es in der Zukunft zu nutzen gilt. Gerade in den Bereichen Städtetourismus und Geschäftsreisen sieht die Handelskammer noch Möglichkeiten, die touristische Attraktivität Bremens zu erhöhen.

Nach Ansicht der Handelskammer wird die Bedeutung des Tourismus für Bremen in der Politik noch unzureichend wahrgenommen. Sein hoher wirtschaftlicher Stellenwert muss auch in der Politik verstärkt sichtbar werden. Letztlich kann das Wachstumspotential des Tourismus nur dann vollständig ausgeschöpft werden, wenn Politik und Verwaltung auf allen Ebenen die geeigneten Rahmenbedingungen schaffen. Darüber hinaus ist wichtig, dass Unternehmer und politische Entscheidungsträger gemeinsam dafür Sorge tragen, strukturelle Wachstumshindernisse zu beseitigen.

Dies kann geschehen, indem die Tourismusbranche in stärkerem Maße als bisher in politische Entscheidungen eingebunden wird. Andererseits müssen auch die städteübergreifenden touristischen Organisationsstrukturen überdacht werden. Teil der Aktivitäten der Handelskammer für den Tourismus in der Freien Hansestadt war daher, einen Kommunikationsprozess zwischen Tourismusträgern in Bremen zu unterstützen. Zu diesem Zweck hat die Handelskammer in Zusammenarbeit mit dem Industrieforum Bremen-Nord und dem Wirtschaftsrat Bremen-Nord am 20. Juni 2001 in Vegesack eine Veranstaltung in der Reihe Dialog-Forum Bremen-Nord mit dem Thema „Tourismusvermarktung Bremen-Nord“ angeboten. Die im Rahmen dieser Veranstaltung angestoßenen Diskussionen führten zu weiteren Gesprächen, an deren Ende eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Tourismusträgern stehen wird. Am Ende der Veranstaltung stand die gemeinsame Überzeugung, dass eine erfolgreiche touristische Vermarktung Bremens nur im Zusammenspiel aller Tourismusverantwortlichen erreicht werden kann.

Zu den Zielen des Kammer-Arbeitskreises Tourismus gehört auch die Förderung einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Tourismusakteuren in Bremerhaven und Bremen. Daher begrüßen der Arbeitskreis wie auch der Tourismusausschuss der IHK Bremerhaven das Vorhaben, einen Tourismusbeirat auf Staatsratsebene einzurichten, der die Bremer Touristik Zentrale (BTZ) wie auch die BIS Bremerhaven einbezieht, um in Zukunft eine noch engere Zusammenarbeit zu fördern. Letztlich muss die Tourismusförderung auch in Bremen künftig von dem Gedanken bestimmt sein, dass eine erfolgreiche Vermarktung des Landes nur möglich ist, wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen. Letztlich muss die Tourismusförderung auch in Bremen künftig von dem Gedanken bestimmt sein, dass eine erfolgreiche Vermarktung des Landes nur möglich ist, wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen. In diesem Zusammenhang sieht die Handelskammer auch ihr Votum für die Anmeldung des ge-

gesamten Bremer Marktplatzes als „Weltkulturerbe der Menschheit“ bei der UNESCO.

In Bremerhaven verzeichnete der Tourismus im Jahr 2001 einen Zuwachs von drei bis fünf Prozent. Es gab keine besonderen Höhepunkte wie etwa im Sail-Jahr 2000, aber auch keine Einbrüche im Tourismusgeschäft. Zuwächse sind ohne eine entscheidende Strukturverbesserung nicht zu erwarten, urteilt die für die Tourismusförderung zuständige Wirtschaftsförderungsgesellschaft BIS. Einen entscheidenden Anteil an der gegenwärtig noch positiven Entwicklung haben „Nischenprodukte“ wie der „Windjammer-Kontor“ oder der „Landgang für Kreuzfahrer“ als Kooperationsprojekt mit Reedereien.

Die Bremerhaven-Touristik hat sich unter dem Motto „Bremerhaven. Erleben und staunen“ neu positioniert. Diese durchgängige Orientierung soll auch für die nächste Zukunft beibehalten werden und fügt sich in die konsequent maritime Ausrichtung des Stadtmarketings ein.

Bis zum 24. Oktober 2001 wurden 4.700 direkte Anfragen von Kunden an die Bremerhaven-Touristik gerichtet. Die meisten davon kamen aus dem Ruhrgebiet, dem östlichen Westfalen, dem Gesamtbereich südliches Niedersachsen sowie aus Berlin und dem Großraum Hamburg. Darüber hinaus stabilisiert sich zunehmend die Nachfrage aus der Region Frankfurt/Stuttgart, was auch auf Messeaktivitäten in diesem Bereich zurückzuführen ist. Bremerhaven stand 2001 wieder ganz im Zeichen der großen Schiffbauaufträge. In diesem Bereich wurden 2,8 Prozent mehr Ankünfte (71.229) und 4,3 Prozent mehr



(g. o.) Geschäftsreisen sind eine Entwicklungschance für den Tourismus in Bremen. Mit dem Space Park (g. l.) schafft die Hansestadt eine neue Attraktion mit überregionaler Ausstrahlung. Die Bremerhaven-Touristik hat sich unter dem Motto „Bremerhaven. Erleben und staunen“ neu positioniert. Gut angenommen wurde der Hafentourbus (l.). Der Strand in der City (o.r.) gehört zu den Besonderheiten der Seestadt.

Übernachtungen (159.361) verzeichnet. Der Bremerhaven-Tourismus stützt sich vorwiegend auf Einzelreisen über den Katalog „Meer erleben“ sowie auf Gruppenreisen über das Verkaufshandbuch „Bremerhaven. Erleben und staunen“. Daran zeigt sich, dass es richtig war, den Katalog „Meer erleben“ aufzubauen, der jetzt zum sechsten Mal erschienen ist.

Nachdem es im Jahr 2001 eine Pause bei der Betreuung des Leuchtturms Rotersand gegeben hat, ist es der Bremerhaven-Touristik gelungen, für 2002 die Zusammenarbeit mit der Deutschen Stiftung Denkmalschutz wieder aufzunehmen. Damit kann wieder mit einem hochattraktiven Produkt für die maritimen Qualitäten Bremerhavens geworben werden. Zu den Marketingerfolgen gehört auch der Hafentour. Bis zum 14. Oktober 2001 buchten mehr als 21.000 Touristen eine Rundfahrt durch Stadt, Überseehafen, über Containerterminal und Lloyd Werft. Mit einer Auslastung von 75 Prozent aller Plätze liegt der Erfolg deutlich höher als kalkuliert. Auch im Winter wird es an den Wochenenden Busfahrten durch den Hafen geben. Zur Strategie der touristischen Erschließung des stadtbremischen Überseehafens gehört auch die Restaurierung und Übernahme des 23 Jahre alten Container-Aussichtsturms an der Nordschleuse.

Wachstumswerte gibt es auch für den Sonderparkplatz für Wohnmobile. Etwa 6.700 Gäste übernachteten dort bisher – die Zielgruppe der Wohnmobilisten ist von Jahr zu Jahr attraktiver geworden. Ein weiterer Pluspunkt ist das Weser-Strandbad. Auch wenn es 2002 vorwiegend eine Baustelle sein wird: Der Strand in der City gehört zu den Besonderheiten Bremerhavens.

Die geographische Lage der Stadt – umgeben von Niedersachsen – empfiehlt Kooperationen in der Touristik, die darauf reagieren, dass Urlauber Erlebnisregionen und Naturräume im Blick haben, ohne sich um Landesgrenzen zu kümmern. Dies bedeutet, dass das niedersächsische Umland künftig ein immer wichtigerer Partner im touristischen Alltag, im Tourismusmarketing und im Verkauf sein wird. Auf dieser Grundlage haben sich neben der seit 1998 bestehenden Kooperation mit der Bremer Touristik Zentrale (BTZ) und der BIS Bremerhaven Touristik neue und wichtige Arbeitsebenen verschiedenster Art zu Niedersachsen ergeben.

Die Profilierung der touristischen Leistungen im Bundesland Bremen wird vom Senator für Wirtschaft bis zunächst 2004 verlängert. Bremen und Bremerhaven profitieren gemeinsam mit 5,8 Millionen Mark von diesen Marketingmitteln. Eine der Aufgaben wird es sein, die Leistungsfähigkeit des Tourismusstandortes Bremerhaven zu verbessern. Dazu wird 2002 ein zentrales Buchungs- und Reservierungssystem beschafft, das kompatibel sein soll mit den Systemen der Kooperationspartner.



Kristallpalast, Bremen

Preis für Theater im Fischereihafen Bremerhaven

– Wirtschaftsminister Müller bei der Stiftung der Bremerhavener Wirtschaft

- Die Stiftung der Bremerhavener Wirtschaft, gegründet aus Anlass des 125-jährigen Bestehens der IHK Bremerhaven im Jahr 2000, hat ihren ersten Preisträger: Das Theater im Fischereihafen (TiF). Mit einem einstimmigen Votum durch die Jury der jungen Stiftung ging der Preis an das TiF.

Erklärtes Ziel der Stiftung ist es, Initialzündungen im Bereich von Kunst., Kultur, Bildung oder Wissenschaft zu geben und damit die weichen Standortfaktoren in Bremerhaven herauszustellen. Das Theater im Fischereihafen gilt als Musterbeispiel dafür, wie diese weichen Faktoren die Entwicklung des Standortes entscheidend beeinflussen können. „Das TiF ist der kulturelle Kern, ohne den der wirtschaftliche Erfolg des Schaufensters Fischereihafen nicht möglich gewesen wäre“, sagte IHK-Präsident Ingo Kramer in seiner Laudatio.

Das Schaufenster Fischereihafen hat sich innerhalb weniger Jahre aus einem brach liegenden Hafenbecken zu einem lebendigen Treffpunkt für Menschen nicht nur aus Bremerhaven, sondern aus der gesamten Region und der Stadt Bremen entwickelt. Das TiF setzt dabei einen besonderen Akzent in der bunten Mischung aus Gastronomie, Handel und aktivem Wirtschaftsleben. Zu den Erfolgsfaktoren des noch jungen Theaters zählt es unter anderem, Kleinkunst auch einmal gegen den Strich konventioneller Kulturbetriebe auf die Bühne zu bringen. Dieses bunte und abwechslungsreiche Programm ist nach Auffassung von Kramer entscheidend für den Erfolg, den das Theater im Fischereihafen hat.

Die positive Entwicklung im Fischereihafen ist richtungsweisend für andere Projekte in Bremerhaven, vor allem für die Tourismus-Planungen im Gebiet Alter und Neuer Hafen. „Der Erfolg des TiF und damit des gesamten Schaufensters Fischereihafen kann zum Vorbild für die künftigen Schritte auf dem Gebiet am Weserdeich genommen werden,“ sagte Kramer während der Preisverleihung.

Dorothee Starke, künstlerische Leiterin des Theaters im Fischereihafen, dankte der Stiftung Bremerhavener Wirtschaft „für die unglaublich schöne Anerkennung“ im Namen aller Mitarbeiter. Sie erinnerte an Peter Koettlitz als geistigen Vater des TiF und gab bekannt, wie das

Preisgeld in Höhe von 10.000 Euro verwendet werden soll: „Wir wollen das Geld für eine Eigenproduktion einsetzen und das Stück ‚Novecento‘ von Alessandro Barrico auf die Bühne bringen. Die Regie wird Peter Koettlitz übernehmen.“

Die Theater-Chefin sah in der Preisverleihung auch ein Signal an die ganz Kulturszene Bremerhavens. „Es ist unserer Arbeit nicht angemessen, dass wir immer nur als Bittsteller betrachtet werden. Der wirtschaftsfördernde Aspekt von Kultur – und damit meine ich nicht nur die Wirtschaften gegenüber des TiF – darf nicht vergessen werden.“ Starke erinnerte die rund 300 Vertreter aus Wirtschaft, Politik und öffentlicher Hand daran, dass Kultursponsoring oft günstiger als eine Anzeige sei: „Ich hoffe auf den Beginn einer wunderbaren Freundschaft zwischen Wirtschaft und Kultur.“

Bremens Regierungschef Dr. Henning Scherf, der bei der Stiftungsgründung gemeinsam mit Arndt Oetker als Stiftungspate fungiert hatte, war in seiner Rede voll des Lobes: „Das ist eine Bremerhavener Initiative vom Feinsten. Ich konnte mir letztes Jahr beim IHK-Jubiläum nicht ausmalen, dass das so schnell geht, etwas Reelles wird und eine reizvolle Perspektive eröffnet.“ Scherf, der selbst mehrfach im TiF war, lobte die Stiftung Bremerhavener Wirtschaft: „Sie machen das, um der Stadt zu zeigen, wir wollen uns in der Gesamtheit engagieren. Man kann die Leute begeistern, indem man zeigt: ‚So geht das‘. Herzlichen Glückwunsch: Das TiF ist ein tolles Stück Bremerhaven.“

Gastredner der Preisverleihung war Bundeswirtschaftsminister Dr. Werner Müller. Dem Preisträger TiF wünschte der Bundesminister „allzeit volle Säle und spannende, attraktive Produktionen“. Die Verleihung des Stifterpreises an ein Theater, das in einem Teil Bremerhavens den Strukturwandel ermöglicht habe, brachte den Minister dazu, in launigen Worten, aber mit ernstem Hintergrund über „Das Theaterstück Strukturwandel“ im Stil eines tragikomischen Dramas zu sprechen: „Das Stück ‚Strukturwandel‘, mit immer ähnlichen Inszenierungen, ist ja bekannt. Nur kann man es bei allen Problemen nicht vom Spielplan streichen: Der Strukturwandel kommt.“ Strukturen einfach zu konservieren helfe nicht weiter, sie zu zerstören aber auch nicht. „Die Umgestaltung im Fischerei-

hafen zeigt, dass Strukturen immer auch ein Potenzial für einen Neuanfang sind.“

Als besonders starken Motor eines Strukturwandels sieht der Bundeswirtschaftsminister die Unternehmen des Mittelstands. „Sie waren es schon immer, die in ökonomischen Umbruchsituationen die Richtung vorgeben und das Tempo bestimmt haben.“ Die Politik habe für einen reibungslosen Lauf des Innovationsmotors Politik zu sorgen. Hier habe die Bundesregierung mit der Steuerreform eine zentrale Weichenstellung vorgenommen, um mit der starken Entlastung mehr Raum für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung zu geben. In Bezug auf den Schiffbau am Standort Bremerhaven führte Dr. Werner Müller die zweite Maxime an, die für einen Strukturwandel unerlässlich sei: Man müsse den Unternehmen genügend Zeit lassen, sich auf anstehende Veränderungen einzulassen.

Für den Fortbestand der Werften bleibe die Hilfe von Seiten der Politik unerlässlich, stellte der Wirtschaftsminister fest. Eine unlautere Niedrigpreispolitik der subventionierten südkoreanischen Werften schaffe einen unfairen Wettbewerb. „Die Bundesregierung wird dem Vorschlag der EU-Kommission zustimmen, befristete auftragsbezogene Wettbewerbshilfen für betroffene Werften einzuführen, darunter Hilfen für den Bau von Containerschiffen, Chemikalien- und Produktentankern.“ Subventionen sind für den Wirtschaftsminister aber keine dauerhafte Lösung sein: „Deutsche Werften müssen sich einem strukturellen Wandel unterziehen und weitergehende Kooperationen untereinander entwickeln.“

Dr. Müllers Fazit: „Ich begrüße es daher umso mehr, dass die IHK Bremerhaven sich nicht nur als ein kompetenter Sachwalter der Interessen der Bremerhavener Wirtschaft versteht, sondern – und das ist ja wohl ein Novum in Deutschland – mit ihrer Stiftung auch engagiert wissenschaftliche und kulturelle Leistungen fördert.“

Die Initiative der IHK stößt aber nicht nur bei dem Minister auf Zustimmung: Weitere Stifter, darunter Firmen und Privatpersonen, haben sich inzwischen gemeldet, um das Stiftungskapital weiter zu erhöhen. Die Stiftung der Bremerhavener Wirtschaft verleiht den Förderpreis jährlich im Herbst.



(o.) Wirtschaftsminister Dr. Müller trägt sich im Beisein von Oberbürgermeister Schulz ins Goldene Buch der Stadt Bremerhaven ein; (Mitte) IHK-Präsident Kramer (v.l.) beglückwünscht in Anwesenheit von Bürgermeister Dr. Scherf und Minister Dr. Müller die künstlerische Leiterin des Theaters, Dorothee Starke, und den Theater-Geschäftsführer Jürgen Ahlf; (unten) Preisverleihung im Weser-Forum



Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Der Blick auf die Kammer

Handelskammer mit neuem Marketingkonzept

Mit einem grundlegend neu gestalteten Außenauftritt präsentiert sich die Handelskammer seit 1. Juli 2001 noch deutlicher als Dienstleister der bremischen Wirtschaft. Das neue Corporate Design, das sämtliche Druckschriften der Handelskammer, die Gestaltung von Veranstaltungen und auch einige innenarchitektonische Umgestaltungen im Haus Schütting beinhaltet, wurde Ende Juni bei einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Neugestaltung des Außenaufttritts ist logische Konsequenz im Rahmen der Umsetzung eines umfassenden Marketingkonzeptes, dessen Auftakt die Eröffnung des Service-Centers hinter dem Schütting im April 1999 bildete. Zur neuen Konzeption gehörte unter anderem auch die Schaffung einheitlicher Produkt- und Veranstaltungsreihen und die Erweiterung der Internetpräsenz.

Als besonders umfassende „bremische Variante“ fügt sich das neue Handelskammer-Marketing in ein bundesweites Marketingkonzept der 82 deutschen Industrie- und Handelskammern ein, dessen Ziel ist, die Leistungen der Kammern transparenter zu machen und die Kundenorientierung in den Vordergrund zu rücken. Auf Basis ihrer regionalen Stärken verstehen sich die Kammern als entscheidende, gestaltende Kraft in der Entwicklung des Standortes Deutschland, als kritischer Partner der Politik, als unabhängiger Anwalt des Marktes und als kundenorientierter Dienstleister der Wirtschaft.

Das Marketingkonzept der Kammern basiert auf sechs Geschäftsfeldern, die einprägsame Stichworte für die vielfältigen Leistungen der Industrie- und Handelskammern in Deutschland sind:

- **Standortpolitik** – meint den regionalen Einsatz für eine leistungsfähige Infra-

struktur, für Regional- und Stadtentwicklung, für den Ausbau der Forschungsinfrastruktur oder auch für die Durchsetzung praxisorientierter Verkehrskonzepte.

- **Starthilfe und Unternehmensförderung** – meint die Hilfestellung für Unternehmen im wirtschaftlichen Strukturwandel durch Existenzgründungsberatung, Vermittlung in Fragen der Unternehmensnachfolge, durch Fördermittel-Informationen und die Präsentation regionaler konjunktureller Stimmungsbilder durch Handelskammer-Konjunkturberichte.

- **Aus- und Weiterbildung** – meint den Einsatz für die Sicherung der Qualität des beruflichen Aus- und Weiterbildungssystems und die marktorientierte Weiterentwicklung der Berufsbilder und Weiterbildungskonzepte.

- **Innovation und Umwelt** – meint das Engagement zur Förderung der Innovationskraft der Unternehmen, des Einsatzes von Umwelttechnologien und des nachhaltigen Wirtschaftens auf betrieblicher Ebene.

- **International** – meint die Hilfestellung für Unternehmen beim Markteintritt auf ausländischen Märkten, die weltweite Vermittlung von Absatzkanälen und Geschäftsanbahnungen sowie die Hilfe bei der internationalen Suche nach Zulieferern.

- **Recht und Fair Play** – meint den Einsatz für die Chancengleichheit zwischen den Unternehmen und meint ebenso die Förderung des Wettbewerbs sowie das Engagement, staatliche Eingriffe zurückzudrängen, indem die Selbstregulierungsfähigkeit der Wirtschaft erhöht wird.

„Wirtschaft in Bremen“ – modern, sympathisch, richtungsweisend

Die „Wirtschaft in Bremen“ wurde 2001 kontinuierlich weiterentwickelt. Ziel auch künftiger Modifikationen ist es, bei Senkung der Herstellungskosten eine weitere Verbesserung der Qualität dieses wichtigsten Magazins der Handelskammer zu erreichen. Im zurückliegenden Jahr wurde das gestalterische wie auch das inhaltliche Konzept weiterentwickelt – mit dem Ziel, das Magazin moderner, lesefreundlicher, noch informativer und für den Wirtschaftsstandort richtungsweisend zu entwickeln.

Handelskammer – ein Partner der Medien

Offenheit und Präsenz bilden auch in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Handelskammer die Leitlinien. Der Ausbau der Veranstaltungsreihen und Aktivitäten spiegelt sich in einer deutlich gewachsenen Anzahl der Pressemitteilungen wider. Mit rund 60 Pressemitteilungen wurden diese Medienkontakte nach einer Steigerung im Jahr 2000 weiter erhöht. Die Resonanz stieg im Vergleich zum Jahr 2000 um 40 Prozent auf insgesamt mehr als 600. Umfangreichere und komplexere Themen wurden den Bremer Medien in zwölf Pressekonferenzen sowie bei anderweitigen Veranstaltungen vorgestellt.

Jubiläum mit Auswirkungen auf die Zukunft

Das Jubiläum der Handelskammer im Oktober 2001 bot den Anlass, die 550-jährige Geschichte der wirtschaftlichen Selbstverwaltung in Bremen vielschichtig zu beleuchten. Das im Vorfeld entstandene 219 Seiten starke Buch „550 Jahre Tradition der Unabhängigkeit. Chronik der Handelskammer Bremen“, eine für die



Fraunhofer-Institut für angewandte Materialforschung, Bremen

Öffentlichkeitsarbeit einsetzbare Kurzfassung dieser Geschichte, ein moderner Handelskammer-Film und zahlreiche Elemente der vielbeachteten Jubiläumsausstellung werden für die Präsentation der Handelskammer nach Außen auch weiterhin wichtige Instrumente sein. So wird beispielsweise der zehnmünütige Film bei vielen Anlässen vorgeführt, um schnell, modern und auf sympathische Weise einen Überblick über die vielfältigen Aktivitäten und über das Selbstverständnis der Handelskammer zu geben.

Wirtschaft IN BREMEN



Bremen: Stadt der Luft- und Raumfahrt
Einmalig in Europa

- Kammerjubiläum im Zeichen von Tradition und Moderne
- Konjunktur: Wirtschaftliche Lage belastet Bremen
- Club zu Bremen neu eröffnet
- Grün und Mauz Laser: Spitzenforschung aus Bremen
- Perspektiven: 4. Deutscher Außenwirtschaftstag im CCB

Das Magazin der Handelskammer Bremen

11/2001 H 4835

Mittelstand, Stadtentwicklung

Leitlinien der Handelskammer: Schubkraft für den Mittelstand

Ein Jahr nach der Veröffentlichung der gemeinsamen Leitlinien zur bremischen Mittelstandspolitik haben Handelskammer und Wirtschaftssenator eine positive Bilanz der Umsetzung gezogen. Ziel der Leitlinien war es, den Standort Bremen mit einer konsequent mittelstandsfreundlichen Wirtschaftspolitik noch besser zu positionieren. Zentrale Punkte waren notwendige Investitionen in Gewerbe- und Wohngebäudeflächen, eine Erhöhung der Kundenorientierung und Transparenz in der Mittelstandsförderung, eine Stärkung der Dienstleistungsbranchen, eine Ausweitung der Zahl von Existenzgründungen, eine Stärkung der Motivation zu unternehmerischem Handeln sowie eine Erleichterung des Zugangs zu Wagniskapital. Auch die Frage des Ratings (Basel II) bleibt ein Thema, dessen Entwicklung die Handelskammer gemeinsam mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) weiter verfolgen wird.

Als positives Beispiel von vielen für die erfolgreiche Umsetzung dieser Forderungen zählt die Gewerbeflächenpolitik. Im zurückliegenden Jahr wurden 45 Hektar Gewerbefläche verkauft, auf denen private Investitionen von rund 219,9 Millionen Euro (430 Millionen Mark) vorgenommen, 2.700 Arbeitsplätze gesichert und fast 1.400 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Mittelstandsenquête

Ein wichtiges Projekt der Handelskammer mit anderen Wirtschaftsverbänden und dem BAW Institut für Wirtschaftsforschung ist die auf drei Jahre angelegte bremische Mittelstandsenquête. Ziel dieser Untersuchung ist es, ein zuverlässiges Bild der realen Lage des Mittelstandes zu erhalten und damit eine systematische und fortlaufende Betrachtung der Ent-

wicklung des Mittelstandes in Bremen. Voraussetzung sind die Ermittlung von Basisdaten, vergleichende Analysen von Förderprogrammen und -strukturen. Darüber hinaus sollen Spezialthemen wie Standortkosten, Benchmarking, die Vermittlung unternehmerischer Qualifikation in Schulen und Hochschulen sowie das Thema Deregulierung aufgegriffen werden. Die Finanzierung erfolgt in Public-Private-Partnership. Erste Ergebnisse dieser Studie werden 2002 vorliegen. Die Handelskammer wird das Projekt in einem ad-hoc-Arbeitskreis des Mittelstandsausschusses begleiten.

Bilanz der Grundstücksvermarktung

Die Handelskammer setzt sich seit Jahren für ein ausreichendes Angebot an gut erschlossenen attraktiven Gewerbeflächen in Bremen ein. Mittlerweile hat sich die Lage deutlich verbessert. Die Bilanz der WfG Bremer Wirtschaftsförderung GmbH für die letzten vier Jahre fällt ausgesprochen positiv aus. Bleibt die Nachfrage so gut wie bisher, sollten besonders im Bremer Osten mit den Gewerbegebieten Horn-Lehe-West und Osterholz-Mahndorf, dem Gewerbepark Hansalinie, dem Büro- und Technologiepark Oberneuland und dem Technologiepark Universität die Erschließungsmaßnahmen zügig fortgesetzt werden.

Die WfG hat zwischen 1997 und 2000 insgesamt 224 Grundstücke mit einer Fläche von 152 Hektar vermarktet. Das Volumen der auf den Grundstücken geplanten Investitionen stieg von 110,4 Millionen Euro (1997) auf 234,2 Millionen Euro (2000) bzw. 216 Millionen auf 458 Millionen Mark, mithin eine Steigerung von 112 Prozent. Die Zahl der durch die Vermarktung entstehenden neuen Arbeitsplätze stieg um das Vierfache, von 428 (1997) auf 1.735 (2000).

Die größte Nachfrage bei den An- und

Umsiedlern sowie bei den Erweiterungen bestand in den Gebieten Technologiepark und Airport-Stadt sowie Horn-Lehe-West und Hansalinie. Dort wurde auch am meisten (81 %) investiert und wurden die meisten Arbeitsplätze (91 %) geschaffen.

Mit Blick auf die Branchenentwicklung wird deutlich, dass im Dienstleistungssektor der Anteil der Investitionen mit 55 Prozent und der Anteil der neu geschaffenen Arbeitsplätze mit 63 Prozent am höchsten ausfallen, obwohl dieser Sektor nur 26 Prozent der Grundstücksfläche beansprucht. Das verarbeitende Gewerbe dagegen ist flächenintensiver. Es benötigt 46 Prozent der gesamten Vermarktungsfläche bei einem Anteil von 31 Prozent an den Investitionen und 30 Prozent bei den Arbeitsplätzen. Mittelfristig verfügbar sind Gewerbegrundstücke in Bremen-Süd mit dem GVZ/Niedervieland als auch im Bereich Airport-Stadt Ost (Großmarkt-Gelände).

Die Gewerbeflächensituation in Bremen-Nord ist unzureichend. Mit Ausnahme des Industrieparks und am Steindamm sind zwischen Burglesum und Farge kaum noch Flächen vorrätig.

Wohnungsbau in Bremen

Die bremische Politik sollte alle Bemühungen darauf richten, gerade einkommensstarke Bevölkerungsschichten in Bremen zu halten und Neubürgern attraktive Wohngebiete anzubieten. Dies wäre ein wichtiger Beitrag zur Sanierung Bremens.

Das BAW Institut für Wirtschaftsforschung kam im Jahr 2001 in einer Studie zu dem Schluss, dass pro Jahr rund 1.500 Familien aus Bremen in das niedersächsische Umland abwandern. Der Großteil verfügt über eine überdurchschnittliche Steuerkraft. Die fortschreitende Abwanderung dieser Gruppe bedeutet für Bremen einen qualitativen wie quantitativen Verlust. Laut BAW haben etwa 58 Prozent der



BEGO Bremer Goldschägerei, Technologiepark Universität Bremen

abgewanderten Familien anfangs in Bremen nach adäquatem Wohnraum gesucht.

Borgfeld bietet beispielsweise gute Reserven für steuerkräftige Bürger. Das BAW empfiehlt, weitere Flächen in Oberneuland zu untersuchen. Auch die Stadt hat begonnen, gegenzusteuern und das Flächenangebot in jüngster Zeit ausgeweitet. Das zeigen die Neubaugebiete in Arsten, Brokhuchting, Horn, Weidedamm und Osterholz.

Gewerbepark Hansalinie

Seit Jahren hat sich die Handelskammer für eine schnelle gewerbliche Entwicklung im Bremer Osten, insbesondere in der Hemelinger Marsch eingesetzt. Nach einer Zwischenbilanz der BIG Bremer Investitions-Gesellschaft mbH wurden im Gewerbepark Hansalinie im vergangenen Jahr rund acht Hektar verkauft. Mit diesem gegenüber dem Vorjahr weiter gestiegenen Verkaufsvolumen war dieser Gewerbepark Spitzenreiter bei den Verkaufszahlen

unter allen bremischen Gewerbegebieten. Die Nachfrage nach Flächen in dem verkehrsgünstig direkt an der A 1 gelegenen Gebiet bleibt nach Einschätzung der zuständigen Vermarkter weiter hoch.

Seit Beginn der Vermarktung wurden bereits knapp 18 Hektar (bis Jahresende 2000) vergeben. Aktuelles Großprojekt ist das Euro-Dienstleistungszentrum mit einem Volumen von über 50 Millionen Mark. Auf Grund seiner Lage direkt am Eingang des Gewerbeparks Hansalinie hat es eine Schlüsselfunktion für die gesamte Entwicklung. Mit den vertraglich bereits abgesicherten Unternehmensansiedlungen (17 Projekte) sind rund 1.000 Arbeitsplätze verbunden. In diesem Zusammenhang werden etwa 81,8 Millionen Euro (160 Millionen Mark) von den Unternehmen am neuen Standort investiert.

Des Weiteren ist in den nächsten Jahren die gewerbliche Erschließung der Arberger- und Mahndorfer Marsch geplant. Die Qualität dieses Geländes wird

insbesondere durch die Nähe der Autobahn A 1 bestimmt. Die Entwicklungsstufen vollziehen sich von West nach Ost im Anschluss an die Hemelinger Marsch.

Die nach Auffassung der Handelskammer zu einem vollständigen Kleeblatt zu erweiternde Anschlussstelle Bremen-Hemeligen ist für die Wirtschaftsverkehre von und nach Bremen eine der wichtigsten Verknüpfungen mit der BAB A 1. Zugleich dient der zu verlängernde Autobahnzubringer der Erschließung des Gewerbeparks Hansalinie und ist damit zugleich Voraussetzung für seine weitere erfolgreiche Entwicklung.

Die Handelskammer erachtet daher den beabsichtigten Ausbau der Anschlussstelle Hemeligen auf Grund der festgestellten hohen verkehrlichen Belastungen als dringend erforderlich und unterstützt das Vorhaben in jeder Hinsicht. Um die Entwicklung des Gewerbeparks nicht zu gefährden, sollten die Baumaßnahmen zum frühestmöglichen Zeitpunkt beginnen.

Hoffnung und Kontrapunkt: Aufwind in Bremen-Nord

Die Region Bremen-Nord hat wie kaum eine andere Region stark unter dem Strukturwandel gelitten. Der Zusammenbruch des Bremer Vulkans als einstmals größter Arbeitgeber hat tiefe Spuren hinterlassen, das Mittelzentrum hatte Kaufkraftabflüsse zu verkraften.

Die Zeichen für eine Belebung stehen jedoch gut: Das im Bau befindliche Urban Entertainment Center Haven Hööv't, die fortschreitende Umstrukturierung des ehemaligen Vulkan-Geländes mit einem Besatz von gegenwärtig mehr als 50 Firmen, die Projekte zur Revitalisierung des Vegesacker Altstadt-kerns, wie z. B. die Hafenspromenade oder die International University Bremen (IUB), die im September ihren Lehrbetrieb aufgenommen hat und die Keimzelle des Wissenschaftsstandortes Bremen-Grohn bildet, fügen sich insgesamt zu einem hoffnungsvollen Ansatz.

Auf dem ehemaligen Lürssen-Gelände zwischen Vegesacker Hafen und Lesum-Mündung entsteht mit dem Haven Hööv't ein Erlebnis-, Einkauf- und Dienstleistungszentrum. Nach Verhandlungen über viele Jahre über das 76,7-Millionen-Euro-Projekt (150 Millionen Mark) erfolgte im Oktober 2000 der Spatenstich. Haven Hööv't soll auch einen Kontrapunkt zum Space Park in Gröpelingen setzen. Auf einer Gesamtgröße von rund 33.000 Quadratmetern sollen folgende Nutzungsschwerpunkte miteinander verknüpft werden: Versorgungs- und Erlebniseinkauf, (Themen-) Gastronomie, Freizeitgestaltung (Kino, Bowling/Tourismus), Kultur und Unterhaltung, Dienstleistung und Arbeit, Wohnen und Aufenthaltsqualität. Die Eröffnung ist für Ende 2002/Frühjahr 2003 vorgesehen.

Für eine unternehmensfreundliche Politik

Erstmals in der Geschichte der Hansestadt gab es im Mai 2001 eine Demonstration auf dem Marktplatz, zu der 14 Wirtschaftsverbände – unter ihnen die Handelskammer – aufgerufen hatten. Die bremische Wirtschaft wandte sich öffentlich gegen die geplante Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes und forderte u. a. keine Aufstockung der Betriebsräte, keine Ausdehnung der Freistellungen, keine Ausweitung der Betriebsratskompetenzen sowie

eine Mindestwahlbeteiligung bei verkürzten Wahlverfahren. Mehrere hundert Unternehmer waren dem Aufruf gefolgt.

Bremens Profil stärken: Kulturpolitik muss gestalten

Der Arbeitskreis Kultur-Wirtschaft der Handelskammer, gegründet im Januar 2000, dem paritätisch Repräsentanten aus Kunst und Kultur sowie der Wirtschaft angehören, hat sich im Jahr 2001 mit einer Vielzahl kulturpolitischer Themen befasst. Im Mittelpunkt standen dabei der Meinungsaustausch mit dem neuen Kultursenator Dr. Kuno Böse über Stand und Perspektiven der Kulturpolitik in Bremen und den Mitgliedern des Finanz- und Haushaltsausschusses der Bremischen Bürgerschaft, die Beratungen zum Kulturhaushalt 2002/03, die Einrichtung eines Kreativitätsfonds, die Planung der ersten Bremer Kulturbörse und des ersten Bremer Stiftertages, Fragen des Kultursponsorings und Fundraisings sowie die Beteiligung der Handelskammer am Bremer Musikfest.

Die Kulturpolitik in Bremen braucht eine Vision wie auch den nüchternen Blick auf die mittelfristigen finanzpolitischen Rahmenbedingungen.

Ziel der Kulturentwicklung ist die Schärfung des Profils Bremens als Kulturstadt. Die Planung hat Entwicklungsziele zu formulieren und die materiellen und immateriellen Ressourcen im Rahmen der Möglichkeiten bereitzustellen. Dazu ist das Verhältnis zwischen dauerhaft zu sichernder kultureller Grundversorgung und in besonderer Weise profilbildenden Aktivitäten zu bestimmen. Voraussetzung dafür ist eine kritische und differenzierte Bestandsaufnahme von Angebot und Angebotsnutzung, erbrachter Leistung und eingesetzter Ressourcen. Die dabei ermittelten Stärken gilt es besonders herauszustellen und schwerpunktmäßig zu fördern.

In der Definition der kulturellen Grundversorgung muss nach Ansicht der Handelskammer die Stadtentwicklung und -gestaltung wie auch das Bildungswesen einbezogen werden. Für die Entscheidung



(o.) Erstmals fand während des Musikfestes 2001 auch ein Konzert im Schütting statt;
(r.) Dr. Jens Schröder, Geschäftsführer Industrie, Innovation, Umwelt, begrüßt die Gäste einer Veranstaltung zur Unternehmensnachfolge.

Darüber hinaus hat die Handelskammer in 2001 zur Vorlage des „Rahmenplans für die Kulturentwicklung in Bremen“ durch den Senator für Inneres, Kultur und Sport Stellung genommen. Sie ermutigt hierin die Kulturpolitik ausdrücklich, den ihr zukommenden Gestaltungsanspruch wahrzunehmen und auf der Grundlage nachvollziehbar formulierter Wertorientierungen Entscheidungen auch dann zu treffen, wenn diese in Teilbereichen konfliktrück-

und Umsetzung der Maßnahmen des Kulturentwicklungsplans muss ein verbindlicher Finanz- und Zeitplan aufgestellt werden. Das schließt eine transparente, leistungsfähige und effiziente Verwaltungsstruktur ein. Darüber hinaus ist Kultur stärker als bisher als politische Querschnittsaufgabe zu verstehen. Im Sinne dieser Anregungen begrüßt die Handelskammer auch den Auftrag des Parlaments an die Kulturverwaltung, die Bewerbung Bremens als Kulturhauptstadt Europas 2010 zu prüfen.

Kulturstiftung: ein sinnvolles Modell für Bremen

Bei der in der Großen Koalition diskutierten Frage der Verwendung der Impulsgelder aus dem Investitionssonderprogramm (ISP) empfiehlt die Handelskammer, diese Mittel schwerpunktbezogen einzusetzen, anstatt sie für eine Vielzahl kleinerer Projekte zur Verfügung zu stellen. Der Vorschlag, diese Mittel in eine Stiftung einzubringen und damit eine dauerhafte Lösung zu erreichen, ist daher sinnvoll.

Durch die Gründung einer Kulturstiftung für Bremen würde die gemeinsame Stiftungsinitiative des Bremer Kultursenators und der Handelskammer einen wichtigen Impuls erhalten und könnte zu einem wirkungsvollen Public-Private-Partnership-Projekt entwickelt werden. Eine Kulturstiftung würde überdies dem Anspruch gerecht, Bremen als attraktiven Kulturstandort weiterzuentwickeln.

Ziel der gemeinsamen Stiftungsinitiative von Senator und Handelskammer ist es, bestehenden und potenziellen Stiftungen größtmögliche Unterstützung zu bieten. Dazu hat es unter anderem ein gemeinsam mit der Deutschen Stiftungsakademie veranstaltetes Grundlagenseminar zum Stiftungsmanagement gegeben.

Stiftungen – Dienst am Gemeinwohl

Im Land Bremen gibt es mehr als 200 Stiftungen. Die Anzahl der Stiftungen, die dem Gemeinwohl dienen, ist in den vergangenen zwölf Jahren um 55 Prozent gestiegen.

Im Stiftungswesen sieht die Handelskammer einen wichtigen Beitrag, die positive Entwicklung des Standortes Bremen zu begleiten und zu fördern. So hat die Handelskammer eine Reihe von Angeboten entwickelt, um Stifter und potenzielle Stifter bei ihren Vorhaben zu unterstützen. Dazu gehört eine Hotline, unter der es aktuelle Informationen zu Fragen rund um das Thema „Stiftungen“ gibt. Erstmals wurde auch ein Grundlagenseminar zum Stiftungsmanagement angeboten. Dabei standen Fragen der Vermögensverwaltung, der Finanzplanung, der Mittelverwendung, der Organisation und der Haftung im Mittelpunkt.

Darüber hinaus wird die Handelskammer künftig regelmäßig Stiftungsberatungen durch Fachleute anbieten und Listen qualifizierter Fachanwälte und Steuerberater zu Stiftungsthemen führen. Außerdem ist im Jahr 2002 ein Stiftertag geplant.

Industrie, Innovation, Umwelt

Dynamisches Wachstum in Bremens New Economy

Das Wachstum der Bremer IT-/Multimedia-Wirtschaft ist derzeit so rasant, dass die statistische Erfassung zwangsläufig hinterherläuft. Niemand weiß daher genau, wie groß die New Economy in Bremen derzeit tatsächlich ist. Die Handelskammer und der von der Handelskammer mitgegründete Wirtschaftsverband *bremen multimedial e. V.* haben diesen Mangel zum Anlass genommen, auf der Basis des in beiden Organisationen vorhandenen Datenmaterials eine fundierte Hochrechnung zu erstellen. Um die Ergebnisse auf sichere Beine zu stellen, wurde zu Beginn des Jahres außerdem eine umfassende Befragung durch ein Call Center bei Unternehmen der Bremer IT-/Multimedia-Wirtschaft vorgenommen.

Die Ergebnisse sind eindrucksvoll. IT und Multimedia ist in Bremen zu einem nicht mehr zu übersehenden Wirtschaftsfaktor geworden. Aktuell gibt es rund 600

Unternehmen in der Bremer IT-/Multimedia-Wirtschaft, in denen zu Beginn des Jahres 2001 rund 6.500 Menschen beschäftigt waren. Anfang 2002 werden es 7.500 Beschäftigte sein. Noch beeindruckender als das prognostizierte Wachstum der Beschäftigtenzahlen ist die Steigerung der Ausbildungsplatzzahlen. So haben Anfang des Jahres 2001 die Bremer IT-/Multimediaunternehmen knapp 340 Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt. Anfang 2002 sollen es 450 sein. Dies entspricht einer Steigerung um 30 Prozent.

„Mittelstand online“ erfolgreich am Start

Bremen erlebte in 2001 eine besondere Premiere. Im Rahmen des „Jahres des E-Business“ der deutschen Kammerorganisation hat die Handelskammer die Messe „Mittelstand online“ mitinitiiert, die vom 29.-31. August erstmals im Messezentrum Bremen stattfand. Mehr als 120 Aussteller aus dem gesamten Bundesgebiet präsentierten





Siemens, Technologiepark Universität, Bremen

Produkte und Dienstleistungen rund um Internet, E-Business und Online-Services. Stark frequentiert war das mit 130 Präsentationen umfangreiche Informations- und Vortragsprogramm. Mit mehr als 2.500 Besuchern an drei Messetagen war dies ein insgesamt erfolgreicher Start, der zu einer Neuauflage im Jahr 2002 ermutigt.

Aktiv bei der Vermittlung öffentlicher Aufträge

In Deutschland werden jährlich Aufträge in einer Gesamthöhe von rund 400 Milliarden Mark durch öffentliche Auftraggeber ausgeschrieben. Ein Großteil davon, insbesondere Aufträge der Bundeswehr, wird durch die Auftragsberatungsstellen der Länder vermittelt. Die Auftragsberatungsstelle im Lande Bremen ist bei der Handelskammer angesiedelt. Ihre Aufgabe ist es zu beraten, zu benennen und zu informieren. So hat sie im Jahr 2001 mehr als 2.000 Anfragen von öffentlichen

Auftraggebern bearbeitet. Auf der Basis einer laufend aktualisierten Datenbank wurden daraufhin rund 500 Benennungen für Unternehmen weitergegeben, die ihre Produkte oder Dienstleistungen anbieten können.

Bremen in T.I.M.E.: Programm mit klaren Schwerpunkten

Das Land Bremen setzt einen Schwerpunkt seiner Wirtschaftspolitik auf die Unterstützung des sogenannten T.I.M.E.-Sektors (Telekommunikation, Informationstechnik, Multimedia, Entertainment). Dazu wurde im Sommer 2001 das Programm „Bremen in T.I.M.E.“ verabschiedet. Bis zum Jahr 2005 sollen 51,1 Millionen Euro (100 Millionen Mark) fließen. Zusätzliche Mittel kommen aus den Kooperationsrahmenvereinbarungen, die das Land Bremen zur Umsetzung von Projekten mit der Deutschen Telekom AG und der Microsoft GmbH geschlossen hat.

Die Handelskammer hat im Sinne der bremischen Wirtschaft von Beginn an in zahlreichen Stellungnahmen, Gesprächen und Hearings Einfluss auf die Gestaltung dieses Programmes genommen. So konnte unter anderem eine klarere Wirtschaftsorientierung und eine konkretere Schwerpunktsetzung erreicht werden. Die Schwerpunkte von Bremen in T.I.M.E. lauten nunmehr E-Business-Beratungszentrum, E-Learning, Medienwirtschaft, mobile cooperative work (mobile Arbeits- und Geschäftsprozesse) sowie Bremerhaven als „Sonderthema“. In 2001 hat die Handelskammer insbesondere starken Einfluss auf die Ausgestaltung des E-Business-Beratungszentrum im Sinne der Wirtschaft und im Sinne eines bestmöglichen Erfolges genommen. Ziel ist, durch eine enge Kooperation von Beratungszentrum und lokaler Wirtschaft die Kompetenz der heimischen IT-/Multimedia-Unternehmen zu nutzen, um so einen optimalen Beratungserfolg sicherzustellen.

40 Jahre Raumfahrt in Bremen

40 Jahre Raumfahrt in Bremen – Bremen feierte 2001 ein in Deutschland einmaliges Jubiläum. Begonnen hat es 1961 mit der Arbeitsgemeinschaft „Entwicklungsring Nord“ ERNO. Dort liegen die Wurzeln der Astrium GmbH, die heute unter anderem im Auftrag der Europäischen Weltraum-agentur ESA als Systemführer das Wissenschaftslabor „Columbus“ für die Internationale Raumstation (ISS) entwickelt und baut. Der nächste Schritt ist die Etablierung der Betriebsphase, die unter Führung der Astrium GmbH in Bremen laufen wird. Zukunftsweisend ist auch die Entwicklung des Flugdemonstrators „Phoenix“ zur Erprobung eines neuen, wiederverwendbaren Trägersystems für Transporte zur ISS.

Im Projekt beos (Bremen Engineering Operations Science) arbeitet Astrium eng mit der OHB Orbitale Hochtechnologie Bremen – System GmbH sowie mit dem ZARM Zentrum für angewandte Raumfahrt und Mikrogravitation zusammen. OHB ist unter anderem im Bereich Kleinsatelliten, Telekommunikation und Erdbeobachtung erfolgreich tätig. Beim ZARM laufen die Arbeiten zur Fertigstellung des Katapultsystems, mit dem der Zeitraum für die Schwerelosigkeitsexperimente im Bremer Fallturm auf mehr als neun Sekunden ausgedehnt werden kann.

„Existenzgründung für Schüler“

Seit Jahren hat es sich die Handelskammer auf die Fahnen geschrieben, in Bremen eine „Kultur der Selbstständigkeit“ zu fördern. Dazu gehört auch, bereits an den Schulen für das Unternehmertum zu werben. Im Rahmen der Gründungstage 2001 hat die Handelskammer daher die Veranstaltung „Perspektive Existenzgründung“ für Bremer Schülerinnen und Schüler organisiert. Sie ist ein gelungenes Beispiel für das Vorhaben, mit kundiger Information und motivierenden Beispielen die unternehmerische Selbstständigkeit als eine Alternative der persönlichen Lebensplanung ins Blickfeld zu rücken.

Diese Veranstaltung wurde durch die Teilnahme von Präses Dr. Dirk Plump

und Senator Josef Hattig sowie durch die Präsentation von Projekten insbesondere des Schulzentrums in den Sandwehen und der integrierten Stadtteilschule an der Hermannsburg unterstützt.

Business Angel Netzwerk Bremen

Im Jahr 2001 wurde die Business-Angel-Initiative weiter vorangebracht und in der Bremer Wirtschaftsregion verfestigt. Ihre Initiatoren sind die BIG Bremer Investitionsgesellschaft und die Handelskammer.

Die Initiative unterstützt insbesondere Existenzgründer und junge Unternehmen, die in der entscheidenden Phase des „Take off“ neben Fachkenntnis, Erfahrungen und Beziehungen auch Kapital benötigen. Sie erhalten die Gelegenheit, ihre unternehmerischen Konzepte vor potenziellen Business Angels aus Bremen und Umgebung zu präsentieren, die gegebenenfalls Interesse haben, sich mit Kapital und Know-how an den Unternehmen zu beteiligen. Für das Jahr 2002 plant die Handelskammer, den Kreis der Business Angel weiter zu vergrößern und noch mehr Unternehmen die Möglichkeit zugeben, ihre Unternehmensidee zu präsentieren.

Neue Umweltaudit-Verordnung

Am 27. April 2001 trat die neue EU-Umweltauditverordnung in Kraft und löste die bestehende Öko-Audit-Verordnung ab. Diese neue Verordnung über die freiwillige Beteiligung von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung (EMAS) enthält im Vergleich zur bisherigen Regelung Veränderungen und neue Begrifflichkeiten für teilnehmende Unternehmen. Während die Teilnahme am bisherigen Umweltmanagementsystem nur einem eingeschränkten Kreis von Unternehmen vorbehalten war, sind jetzt alle Organisationen zur Teilnahme berechtigt, die ihre Umweltleistungen verbessern wollen. Die Registrierungsverfahren werden von den deutschen Kammern betreut.

Die Handelskammer hat die Bremer Unternehmen frühzeitig und qualifiziert über die neuen gesetzlichen Anforderungen und Voraussetzungen informiert. In enger Zusammenarbeit mit der RKW Bre-

men GmbH wurden zahlreiche Mitgliedsunternehmen direkt beraten.

Zwangspfand belastet Wirtschaft

In der 2001 geführten Diskussion um die Einführung des sogenannten „Zwangspfandes“ für Getränkeeinwegverpackungen war die Haltung der Bundesländer recht uneinheitlich. Rund drei Viertel der Länder lehnten das Zwangspfand ab. Bremen hat sich bei der Abstimmung im Bundesrat enthalten. Eine rheinland-pfälzische Initiative schlug vor, die von der Industrie zu erfüllende 72-prozentige Mehrwertquote durch eine Mindestabfüllmenge von 23 Milliarden Litern zu ersetzen.

Auf Anregung der Handelskammer machte der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Ludwig Georg Braun, gegenüber dem Bundesminister für Wirtschaft und Technologie nochmals deutlich, dass das drohende selektive Zwangspfand zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gehe und Arbeitsplätze koste. Die Handelskammer wird sich auch weiterhin gemeinsam mit dem DIHK für eine moderate und ökonomisch wie ökologisch vernünftige Verpackungspolitik einsetzen.

Bremisches Bodenschutzgesetz – Eingriff in Unternehmensautonomie

Bereits 1998 trat das Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz – BBodSchG) in Kraft. Die bundesgesetzliche Regelung ist aber nicht abschließend; sie bedarf der Ausführung durch das Landesrecht. Bei dieser Umsetzung werden vom Senator für Bau und Umwelt in Bremen zum vorgelegten Gesetzentwurf eines bremischen Bodenschutzgesetzes unter anderem Möglichkeiten zur Festlegung von Bodenbelastungsgebieten sowie deren Überwachung, Regelungen zur Führung eines Bodenkatasters und Konkretisierung der im BBodSchG vorgesehenen Entschädigungsleistung genannt.

Dem bremischen Entwurf stehen die Handelskammer Bremen und die Industrie- und Handelskammer (IHK) Bremerhaven äußerst kritisch gegenüber, weil die Gefahr besteht, dass die autonome Ent-

scheidung der Unternehmen über ihr Eigentum sowie ihr Handeln und ihr Produzieren unverhältnismäßig eingeschränkt werden. Behördliche Ermessensspielräume erscheinen viel zu weit gesteckt, so dass unkalkulierbare Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu erwarten sind.

Die beiden Kammern werden sich bei der anstehenden Erörterung im Dialog mit dem Senator für Bau und Umwelt weiterhin für die Berücksichtigung der Anregungen und Bedenken der Wirtschaft einsetzen.

Oberflächenwasserentnahmegebühr – ein großer Schritt zurück

1998 hatte der Bremer Senat erstmals versucht, eine Gebühr für die Wasserentnahme aus oberirdischen Gewässern einzuführen. Nachdem dieses Ansinnen, unter anderem auf Intervention der Handelskammer, zunächst scheiterte, wird es derzeit wieder aufgegriffen. Der entsprechende Gesetzentwurf („Änderung des Gesetzes über die Erhebung einer Grundwasserentnahmegebühr – Einbeziehung von Oberflächenwasser“) zielt ausschließlich auf die Ausschöpfung von Einnahmepotenzialen für den Landeshaushalt.

Die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven haben gegenüber dem Senator für Bau und Umwelt ausführlich dargelegt, dass die Einführung einer Oberflächenwasserentnahmegebühr eine rückwärtsgerichtete, wirtschaftsfeindliche Maßnahme sei. Sie belastet Bremer Unternehmen mit neuen Abgaben, bringt zusätzlichen bürokratischen Aufwand, aber weder für die Umwelt noch für die bremische Wirtschaft einen Nutzen. Die Kammern setzen sich vehement dafür ein, den Gesetzentwurf nicht weiter zu verfolgen.

Grundwassereinleitungsgebühr verteuert das Bauen in Bremen

Die Handelskammer unterstützt alle Bemühungen, mehr preiswerten und attraktiven Wohnraum zu schaffen, um insbesondere die Abwanderung von Familien ins Umland zu stoppen und neue Einwohner für Bremen zu gewinnen. Als wenig hilfreich ist es deshalb, dass in Bremen bei Baumaßnahmen für die Einleitung von abgepumptem Grundwasser in das öffentliche Kanalsystem – je nach Qualität – ein

Entgelt zwischen 0,50 und 1,00 Euro pro Kubikmeter erhoben wird. Hierdurch steigen die Nebenkosten sowohl im Gewerbebau als auch im privaten Wohnungsbau. In den meisten Umlandgemeinden fällt eine vergleichbare Gebühr faktisch nicht an.

Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft der freien und privaten Wohnungsunternehmen im Lande Bremen e. V. ergreift die Handelskammer Maßnahmen, die dieser Gebührenbelastung entgegenwirken. So konnte in der Vergangenheit erreicht werden, dass die Gebühr nicht höher ausfällt. Beide setzen sich weiter für eine flexible Ausnutzung aller sachlichen und verwaltungsrechtlichen Möglichkeiten ein, um bei möglichst vielen Baumaßnahmen das Entgelt zu reduzieren oder sogar zu vermeiden.



(v.o.) Gründungstage 2001 im Bremer Messezentrum: Besonderes Augenmerk galt den Schülern, um ihr Interesse an der Selbstständigkeit zu wecken; (l.) die Handelskammer war Mitinitiator der „Mittelstand online“, der ein guter Start gelungen ist; (o.) auf einer Veranstaltung zum Thema Rating traf sich geballter Sachverstand für den Finanz-TÜV im Unternehmen: Vizepräsident Prof. Dr. h.c. Bernd-Artin Wessels begrüßte sechs Experten; (u.) auf dem zweiten Mentorinnen-Seminar in der Kammer gaben Unternehmerinnen ihr Know-how an Existenzgründerinnen weiter; Bremens Frauenbeauftragte Ulrike Hauffe und vdu-Präsidentin Inge Sandstedt waren mit dabei.

Neuer Service für ausländische Unternehmen

Im Rahmen einer Kooperation mit der Ausländerbehörde bietet die Handelskammer Bremen seit Februar 2001 einen neuen Service für ansiedlungswillige ausländische Unternehmen. Er umfasst nicht nur die Ausgabe der Anträge auf selbstständige Gewerbeausübung und die entsprechende Aufenthaltsgenehmigung, sondern auch eine umfangreiche Beratung über alle notwendigen Informationen zur Realisierung des jeweiligen Geschäftsvorhabens. Die Handelskammer leitet den Antrag mit den erforderlichen Unterlagen und einer Stellungnahme an die Ausländerbehörde weiter. Dies verkürzt die Wege der EU-Ausländer und die Wartezeit der Gründungswilligen auf Erteilung des Visums oder der Aufenthaltsgenehmigung. Dadurch wird die Attraktivität Bremens als Investitions- und Niederlassungsstandort für international tätige Unternehmen ausgebaut und die bereits spürbare Zunahme bei Unternehmensgründungen durch Ausländer und Ansiedlungen von Vertriebs- und Vertretungsbüros ausländischer Firmen weiter gefördert.

Handlungsleitlinien für die bremische Außenwirtschaftsförderung

Nachdem bereits im Jahr 2000 wesentliche Teile der staatlichen bremischen Akquisitions- und Außenwirtschaftsförderaktivitäten unter der einheitlichen Leitung der BIG Bremer Investitionsgesellschaft gebündelt und die ehemalige Bremen Business International GmbH (BBI) in die Holdingstruktur der BIG überführt worden war, hat die BIG 2001 die Prognos AG mit der Entwicklung von Handlungsleitlinien für die Umsetzung einer strategischen Ansiedlungsakquisition und die staatliche Außenwirtschaftsförderung beauftragt. Das Hauptaugenmerk lag dabei auf der

Identifizierung und Darstellung von prozessorientierten Maßnahmenbereichen und den dazu gehörigen Instrumenten als Basis für ein erfolgsorientiertes, Synergien einsetzendes und flexibles Akquisitions- und Außenwirtschaftsförderungskonzept im Lande Bremen. Ziel der Handlungsleitlinien ist es, Vorgehensweisen für eine künftig einheitliche Akquisition ansiedlungswilliger Unternehmen aus dem In- und Ausland, den Betrieb des World Trade Centers, den Einsatz der bremischen Auslandsrepräsentanzen und die außenwirtschaftsbezogene Unterstützung bremischer Unternehmen (einzelbetriebliche Förderung) zu schaffen.

Die Handelskammer hat sich intensiv für eine klare Aufgabendefinition insbesondere der staatlichen Außenwirtschaftsförderung, ein Höchstmaß an Transparenz, eine eindeutige Ausrichtung an den Unterstützungsbedarfen insbesondere der mittelständischen bremischen Außenwirtschaftsunternehmen eingesetzt. Ferner hat sie auf eine engere Verzahnung von Akquisitionspolitik, staatlicher und nichtstaatlicher Handelsförderung sowie der Unterstützung bremischer Unternehmen im Ausland hingewirkt.

Die Entwicklung der Handlungsleitlinien war verbunden mit einer Zusammenführung der einzelbetrieblichen Außenwirtschaftsförderung mit den übrigen Wirtschaftsförderungsprogrammen des Landes Bremen. Hier hat die Handelskammer gegen eine Verschiebung der Förderungsschwerpunkte zugunsten der für den Standort besonders wichtigen internationalen Wirtschaftsaktivitäten Stellung bezogen.

Gesetzesinitiative für Steuerlager

Die Handelskammer verfolgte auch im Jahr 2001 das Interesse Bremer Unternehmen an der Einrichtung von Steuerlagern weiter. Ziel der Initiative ist es, Benachteiligungen von Importeuren zollfreier Nichtgemeinschaftswaren gegenüber Mitbewerbern in anderen EU-Mitgliedstaaten zu vermeiden. Anders als in anderen europäischen Mitgliedstaaten können diese nach geltender Rechtspraxis grundsätzlich kein Freilager mit der Folge beanspruchen, dass die dort gelagerten Waren für die Erhebung von Einfuhrabgaben einschließlich der Einfuhrumsatzsteuer als nicht im Zollgebiet der Gemeinschaft befindlich angesehen werden.

Veränderungen der Zollabfertigung in Bremen

Anlässlich der anstehenden, tiefgreifenden Strukturveränderung der Bundesfinanzverwaltung hat sich die Handelskammer gemeinsam mit der IHK Bremerhaven in einem Positionspapier gegenüber der Oberfinanzdirektion Hannover dafür eingesetzt, die personelle Besetzung, technische Ausstattung und räumliche Ansiedlung der Zollämter und -abfertigungsstellen den Bedürfnissen der Wirtschaft anzupassen. Ziel müsse sein, zentrale Auskunft- und Servicestellen bei den Hauptzollämtern zu schaffen sowie den mobilen Zollabfertigungsdienst und die Öffnungszeiten der Zollämter auszudehnen.

Auch in der Frage der von der Aufhebung der Freihafenzone rechts der Weser betroffenen Unternehmen hat die Handelskammer die Verhandlungen mit dem Senator für Wirtschaft und Häfen begleitet. In vielen Veranstaltungen wurden die Unternehmen über die zum Jahresende 2001 anstehenden Veränderungen der Zollabfertigung durch die Einführung des elektronischen ATLAS-Verfahrens informiert. Gemeinsam mit der Zollverwaltung hat die Handelskammer Wege zur Einführung und Nutzung des neuen Verfahrens auch für mittelständische Unternehmen aufgezeigt.

Handelskammer hilft bei neuen Wirtschaftskontakten im Ausland

Riga/Lettland vom 16. bis 19. Mai 2001 – Im Rahmen der 800-Jahrfeier der Stadt Riga und anlässlich der europäischen Kooperationsbörse „Baltic Sea Partneriat“ reiste eine 15-köpfige Bremer Delegation mit der Handelskammer nach Riga. Insgesamt 2.000 Besucher informierten sich über die Angebote von mehr als 300 estnischen, lettischen und litauischen Firmen. Neben Firmenkontakten waren auch rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen für die Kooperation zwischen Lettland und Deutschland Thema eines Workshops.

Tallinn/Estland vom 21 bis 23. September 2001 – Nach den Unternehmerforen der Wirtschaftsjuvenen in Danzig (1998) und in Riga (1999) hat die Handelskammer gemeinsam mit den Wirtschaftsjuvenen das Forum 2001 in Estland ausgerichtet. Estland befindet sich wie Polen und Lettland auf dem Sprung in die Europäische Union. Als Schnittstelle zwischen Skandinavien und Russland hat es eine hervorragende geografische Lage. Bisher nimmt Deutschland bei seinem wirtschaftlichen Engagement in diesem Land nach Schweden, Finnland, Dänemark, den USA und Großbritannien allerdings nur den sechsten Platz ein.

Am Forum 2001 nahmen 40 deutsche und 60 estnische Unternehmer teil, ebenso 20 ehemalige Wirtschaftsstudenten. In Fachvorträgen und Betriebsbesichtigungen wurden praxisbezogene zentrale Infor-

mationen über den Standort gegeben. Zum Forum gehörte erstmals eine Kooperationsbörse, die von der Handelskammer und der Delegation der Deutschen Wirtschaft in Estland vorbereitet wurde.

Kuba vom 29. Oktober bis 2. November 2001 – Nach der Reise von Bundeswirtschaftsminister Dr. Werner Müller zeigt sich Kuba am weiteren Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen interessiert. Gemeinsam mit der Handelskammer haben der Bundesverband des Deutschen Exporthandels, der Ibero-Amerika-Verein, der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels sowie der Verein Bremer Exporteure eine Unternehmerreise zur Internationalen Handelsmesse in Havanna organisiert. Ziel war es, Unternehmerrisikoprüfung zur Markterkundung zu führen, neue Kontakte aufzunehmen und Informationen über die Rahmendaten von Geschäften zu gewinnen. Wichtiger Bestandteil der Reise war auch der Erfahrungsaustausch mit Entscheidungsträgern in Ministerien, Banken und Institutionen der Wirtschaft.

Tschechische und Slowakische Republik vom 9. bis 14. September 2001 – Unternehmen der Umwelt- und Energietechnik reisten gemeinsam mit den nordwestdeutschen und den nordniederländischen Kammern nach Tschechien und in die Slowakei. Die Beteiligung von kleinen und mittleren Unternehmen wurde durch das Land Bremen, durch Niedersachsen und die niederländischen Provinzen gefördert. Auf der Grundlage dieser Begegnun-

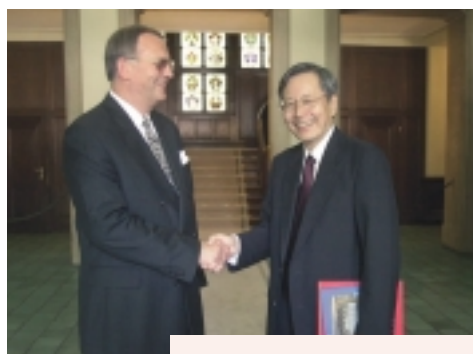
gen haben mehrere Teilnehmer erfolgsversprechende Verträge geschlossen.

DIHK zur WTO und einer neuen Verhandlungsrunde

Im Rahmen der Sitzung des Außenwirtschaftsausschusses des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHK) in den Räumen der Handelskammer Bremen äußerte sich die IHK Organisation zu der neuen WTO-Verhandlungsrunde in einem Positionspapier.

Die deutschen Kammern sehen in dem internationalen Ordnungssystem der Welthandelsorganisation (WTO) einen wesentlichen Beitrag zur langfristigen Sicherung politischer und wirtschaftlicher Stabilität. Das im Vertragswerk formulierte Ziel der Marktöffnung auf Gegenseitigkeit fördert die Effizienz des Wirtschaftens durch Arbeitsteilung und Wettbewerb und dient damit Unternehmen und Konsumenten. Regeln für den Außenwirtschaftsverkehr helfen vor allem kleinen Partnerländern, ihre Rechte und Interessen zu wahren.

Moderne Technologien und neue wirtschaftliche Verhaltensweisen erfordern laufende Anpassungen dieser Regeln. Daher wünscht der DIHK multilaterale Regierungsverhandlungen zur Überarbeitung von Disziplinen des WTO-Regelwerks sowie zur weiteren Öffnung der eigenen und fremden Märkte für alle Formen grenzüberschreitender Unternehmenstätigkeit.



(v.l.) Die Handelskammer führte im Verlauf des Jahres 2001 eine Vielzahl von Wirtschaftsinformationsgesprächen mit ausländischen Diplomaten. So empfing Vizepräsident Dr. Patrick Wendisch den Botschafter Litauens, Prof. Dr. Vaidievutis Gerasimavicius; Vizepräsident Prof. Dr. h.c. Bernd-Artin Wessels traf den japanischen Generalkonsul im Schütting. Auch Israels Botschafter Shimon Stein war Gast in der Handelskammer.



Atlantic Hotel, Bremen

Handel, Dienstleistungen, Recht

Einzelhandel – Maskottchen „Buddel“ als Sympathieträger

Das Sofortprogramm Innenstadt hat im Jahr 2001 seine ersten sichtbaren Spuren hinterlassen. Die neugestaltete Oberstraße und die sogenannte „Kulturmeile“ sind die deutlichsten Ausprägungen der Bemühung, Bremen auch in Zukunft als einen attraktiven Standpunkt für Einzelhandel und Tourismus darzustellen. Die in dieser Form bisher nicht bekannte Zusammenarbeit aller Beteiligten in Politik und Wirtschaft ist aus Sicht der Handelskammer einer der bemerkenswertesten Aspekte des Sofortprogramms. Der bekannteste Bremer des Sommers 2001 – das Maskottchen „Buddel“ – hat zu dieser positiven Atmosphäre einen großen Teil beigetragen.

Das während der Fassadensanierung verhüllte Rathaus, die Neugestaltung der Pappelstraße, die Gestaltung der neuen

Ortsmitte in Huchting mit dem Marktplatz, die Entwicklung des so genannten Müllerlochs in Blumental sind nur einige der Projekte, die im Jahr 2002 weiterverfolgt werden, um Bremen als attraktiven Einzelhandelsstandort zu stärken. Diese Maßnahmen sind um so wichtiger, als die Gesamtsituation des Einzelhandels bei kaum vorhandenen Zuwachsraten nach wie vor als nicht befriedigend anzusehen ist.

Space Park schon mehr als zur Hälfte fertig

Mit dem Bau des Space Parks im Bremer Westen geht es in großen Schritten voran. Im Oktober 2001 war Halbzeit. Bis Ende 2002 soll der Space Park als ein wichtiger neuer Anziehungspunkt für Bremen fertiggestellt sein. Neben Attraktionen wie einer High-tech-Achterbahn entstehen auf dem 32.000 Quadratmeter großen Areal

des früheren Geländes der AG Weser rund 120 Geschäfte und Restaurants, ein Wellnesscenter, ein Spielcasino, eine große Freifläche für Open-Air-Veranstaltungen sowie ein Multiplexkino. Die Handelskammer wird darauf achten, dass die mit der Planung des Space Parks verbundenen Anforderungen wie eine leistungsfähige, direkte Verbindung zwischen Innenstadt, Hafenviereln und Space Park erfüllt werden. Auch darf die Größe der Verkaufsfläche nicht über 44.000 qm ausgeweitet werden.

Euro-Bargeldeinführung

Der Euro löst am 1. Januar 2002 die D-Mark auch als gesetzliches Zahlungsmittel ab. Zugleich endet in zwölf Ländern der Europäischen Union die Zeit der unterschiedlichen Währungen. Preise werden transparenter, Reisen und Einkaufen wird erleichtert, Unternehmen erhalten bessere Vergleichsmöglichkeiten zu ihren europäischen Konkurrenten.

Um den Unternehmen den Übergang zum Euro zu erleichtern, hat die Handelskammer im Jahr 2001 in knapp 20 Veranstaltungen die einzelnen Aspekte der Euroeinführung erläutert. Dabei hat sie mit der Landeszentralbank, dem Bremischen Bankenverband, der Sparkasse Bremen, der Polizei, dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und vielen anderen Beteiligten zusammengearbeitet. Insgesamt hat die Organisation der Industrie- und Handelskammern im Jahr 2001 mit mehr als 500 Veranstaltungen zur Euroeinführung die Unternehmen auf das neue Geld und die Umstellungserfordernisse vorbereitet.

Existenzgründungsberatung: Der Schritt zum Erfolg

Die Zahl der Existenzgründungsgespräche ist im Bereich des Handels mit rund 200 auch im Jahr 2001 auf konstant hohem Niveau geblieben. Bemerkenswert ist die zunehmende Vielfalt an Gründungsideen im Dienstleistungsbereich. Um dieser Vielfalt entsprechen zu können, sind permanent neue Informationen aus der Dienstleistungswirtschaft nötig. Die Herausforderung besteht mittlerweile darin, dass sich einzelne, ursprünglich klar abgegrenzte Berufsbilder zu einem neuen Serviceangebot vermischen und somit völlig verschiedene gesetzliche Normen und Vorschriften erfasst werden.

Ähnlich stellt sich hier die Lage für Existenzgründer dar. Die teilweise schwierige Branchenentwicklung in diesem Bereich verlangt allerdings eine stark differenzierte Betrachtung der einzelnen Gründungsideen. Da der Handel generell durch hohen Konkurrenzdruck und sinkende Margen gekennzeichnet ist, gewinnt die kritische Prüfung der Marktfähigkeit einer Gründungsidee bei der Beratung immer mehr an Bedeutung.

Grundsätzlich kann das Risiko einer Unternehmensgründung durch eine exakte Planung deutlich verringert werden. Ein erstes Orientierungsgespräch in der Handelskammer ist eine wichtige Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg.

Wettbewerb: Sicherheit in rechtlichen Fragen

Die Beratungstätigkeit der Handelskammer für ihre Mitglieder im Wettbewerbsrecht stand im Zeichen des Wegfalls des Rabattgesetzes und der Zugabeverordnung. Bereits im Februar 2001 haben Experten in einer Informationsveranstaltung der Handelskammer den Bremer Unternehmern die Konsequenzen aus dem Wegfall der genannten Gesetze für die Unternehmenspraxis erläutert. Dem Einzelhandel wurden Möglichkeiten vorgestellt, positiv mit dem Wegfall des Rabattgesetzes umzugehen, z. B. der Einsatz von Bonuskarten als Kundenbindungsinstrument am Beispiel Eichstätt. Der Einzelhandelsverband Nordsee e. V. hat dieses Thema aufgegriffen und überprüft in Abstimmung mit der Handelskammer und verschiedenen Stadtteilinitiativen die Umsetzbarkeit für die Stadt Bremen

Dass sich mit dem Wegfall der genannten Gesetze die wettbewerbsrechtliche Grundausrichtung geändert hat und nicht durch Anwendung allgemeiner Regelungen konterkariert werden darf, hat die Handelskammer immer wieder betont. Zugleich hat in vielen Einzelberatungen und in Publikationen deutlich gemacht, dass auf absehbare Zeit mangels gefestigter Rechtsprechung die Rechtslage zum Teil unsicher bleibt und häufig nur allgemeine Richtlinien gegeben werden können. Darüber hinaus zeigt sich, dass der Informationsbedarf zu Themen wie dem elektronischen Geschäftsverkehr und den

neuen Medien steigt – nicht nur in der Beratungspraxis, sondern auch bei der Einigungsstelle für Wettbewerbsstreitigkeiten der Handelskammer Bremen.

Dies nimmt die Handelskammer zum Anlass, das Thema Werbung in den neuen Medien zu einem weiteren Schwerpunkt im Service für die Mitglieder zu machen.

Schuldrechtsreform: Handelskammer informiert frühzeitig

Der Bundestag hat den Entwurf zur Modernisierung des Schuldrechts im Oktober 2001 beschlossen; das neue Gesetz trat zum 1. Januar 2002 in Kraft. Damit hat die Bundesregierung das umfassendste Reformvorhaben des Bürgerlichen Gesetzbuches seit dessen Inkrafttreten vor 100 Jahren auf den Weg gebracht. Ursache dieser Reform war in weiten Teilen die notwendige Umsetzung Europäischer Richtlinien wie beispielsweise die Richtlinie über den elektronischen Zahlungsverkehr.

Die Handelskammer hat über den Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) die Novellierung mit Stellungnahmen, Umfragen und in Expertenanhörungen beeinflusst, um Veränderungen im Gesetzgebungsverfahren im Sinne der Unternehmen durchzusetzen. So wurde auf massiven Druck der Wirtschaft die ursprünglich vorgesehene Gewährleistungsfrist von drei auf zwei Jahre reduziert.

Insgesamt kritisieren Handelskammer wie auch die anderen deutschen Kammern nach wie vor die überhastete Eile der Umsetzung zugunsten der Verbraucher. Davon unbeschadet hat die Handelskammer ihre Mitgliedsunternehmer frühzeitig auf die Änderungen hingewiesen. Eine Informationsveranstaltung bereits im September 2001 ist auf großes Interesse der Unternehmer gestoßen. Auch 2002 wird es dazu Veranstaltungen, Merkblätter und Broschüren geben.

Landesinvestitionsprogramm (LIP)

Aus Mitteln des Wirtschaftspolitischen Aktionsprogramms (WAP) des Landes Bremen bietet das Landesinvestitionsprogramm (LIP) im Wesentlichen sachkapitalbezogene Investitionszuschüsse für kleinere und mittlere Unternehmen. Förderfä-



(v.o.) Basel II und die geplanten Eigenkapitalvorschriften standen im Mittelpunkt einer Veranstaltung mit dem Münsteraner Professor und Rating-Experten Jörg Baetge (m.), hier Dr. Torsten Slink (l.), Geschäftsführer Handel, Dienstleistungen, Recht, und dem Bremer Steuerexperten Professor Franz Jürgen Marx. Viel Brisanz steckt in dem Thema Unternehmensnachfolge, über das die Kammer auf zwei Veranstaltungen als Teil einer ganzen Veranstaltungsserie informierte.

hig sind Einzelvorhaben im Unternehmen sowie der Erwerb einer von Stilllegung bedrohten Betriebsstätte oder die räumliche Verlagerung im Lande Bremen. Die Handelskammer prüft die über die Wirtschaftsförderungsgesellschaft eingereichten Unterlagen. Da das Erreichen der Förderziele durch testierte Verwendungsnachweise eines Steuerberaters oder Wirtschaftsprüfers belegt werden muss, bietet das Landesinvestitionsprogramm ergänzt durch die fachkundige Prüfung der Handelskammer ein geeignetes Instrument zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur.

Sachverständige mit aktuellen Informationen

Gerichte, Behörden und Wirtschaft kommen ohne die Arbeit von Sachverständigen nicht aus. Die von den Handelskammern vorgenommene Benennung der Sachverständigen hat sich dabei als ein Service mit hohem Nutzen für die Mitglieder der Kammern erwiesen. Im Vergleich zu anderen Kammern ähnlicher Größe liegt die Handelskammer Bremen mit 170 öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen weit über dem Durchschnitt.

Die Handelskammer Bremen legte erstmals gemeinsam mit der IHK Bremerhaven ein aktualisiertes Sachverständigenverzeichnis vor. Es führt die Sachverständigen aus dem Land Bremen und Niedersachsen auf. Im Zuge der Betreuung der Sachverständigen hat die Handelskammer im April 2001 erstmals einen Info-Brief an 170 öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige versandt. Drei bis vier Mal pro Jahr werden die Sachverständigen künftig mit aktuellen Informationen versorgt.

Ein aktuelles Thema der Sachverständigentätigkeit ist die sogenannte Fertigstellungsbescheinigung. Im August 2001 veranstaltete die Handelskammer zur Information der Sachverständigen gemeinsam mit der Architekten- und der Ingenieurkammer ein Seminar zu diesem Thema. Die Fertigstellungsbescheinigung ist ein neues Betätigungsfeld für Sachverständige und eine wichtige neue gesetzliche Regelung für viele Unternehmen, die durch die gesunkene Zahlungsmoral ihrer Auftraggeber oft in Liquiditätsschwierigkeiten geraten.

Anerkennung von Sachverständigen

Der Gesetzgeber hat mit §36 der Gewerbeordnung ein Instrumentarium geschaffen, nicht nur Gerichten und Privatpersonen, sondern auch Behörden Sachverständige zur Verfügung zu stellen, deren besondere Sachkunde und persönliche Eignung in einem strengen Auswahlverfahren überprüft werden und deren Tätigkeit von der zuständigen Bestellungskörperschaft überwacht wird.

Die Übertragung der Zuständigkeit der Anerkennung von Sachverständigen nach §18 des Bundes-Bodenschutzgesetzes von den fünf norddeutschen Bundesländern auf die Handelskammern zeigt, dass den Kammern zugetraut wurde, innerhalb kurzer Zeit ein geeignetes Anerkennungsverfahren aufzubauen und umzusetzen. Ziel war es, bis zum Jahresende 2001 ein solches Anerkennungsverfahren aufzubauen, damit von 2002 an entsprechende Prüfungen durchgeführt werden können.

In enger Kooperation mit den Handelskammern der fünf norddeutschen Bundesländern hat sich die Handelskammer Bremen intensiv an den Arbeiten für den rechtlichen Rahmen und für den Aufbau von Prüfungsausschüssen beteiligt. Von 2002 an steht ein solches Anerkennungsverfahren den Antragstellern in Bremen zur Verfügung.

Fortbildungen für die Zukunft: Unterrichtungen der Handelskammer

Ein besonderer Schwerpunkt bei den Weiterbildungsangeboten im Bereich Handel lag im Jahr 2001 mit rund 500 Teilnehmern bei dem zweimal monatlich stattfindenden Unterrichtsverfahren nach dem Gaststättengesetz. Darüber hinaus hat die Handelskammer erstmals in Kooperation mit dem Bildungszentrum der Wirtschaft im Unterwesergebiet (BWU) zahlreiche Seminare für das Bewachungsgewerbe mit etwa 300 Teilnehmern veranstaltet, ebenso Schulungen mit abschließenden Prüfungen für die Gebiete „freiverkäufliche Arzneimittel“ und „Chemikalien-Verbotsverordnung“.

Verkehr, Häfen, Regionalplanung

BremenPorts – Bremen als Vorreiter

Die Handelskammer hat die Privatisierung der bremischen Hafenverwaltung durch Gründung der BremenPorts Management + Services GmbH & Co. KG konstruktiv und kritisch begleitet. Mit der privatwirtschaftlichen Ausrichtung ist Bremen Vorreiter für die norddeutschen Seehäfen. Neben einer Kosteneinsparung soll durch die Gründung von BremenPorts insbesondere die externe Vermarktung der Dienstleistungen der ehemaligen Hafenverwaltung ermöglicht werden und das hervorragende Fachwissen der rund 460 Mitarbeiter auch über die Grenzen Bremens hinaus eingesetzt werden. So konnte sich Bremen über BremenPorts am „Jade-Weser-Port“ in Wilhelmshaven beteiligen.

Im Fokus der Bemühungen der Handelskammer stand bei der Gründung der BremenPorts die Sicherstellung der Interessenvertretung der bremischen Seehafenverkehrswirtschaft in der neuen Konstruktion. Gleichzeitig wurde angemahnt, auch beim Senator für Wirtschaft und Häfen weiterhin angemessenen Sachverstand zu erhalten, um damit der Bedeutung der Bremischen Häfen für das Land Bremen gerecht zu werden.

Im Ergebnis ist die Handelskammer im Aufsichtsrat vertreten; zusätzlich wird ein Beirat mit Repräsentanten der verschiedenen Bereiche der bremischen Seehafenverkehrswirtschaft eingerichtet, um einen engen Kontakt zu gewährleisten. Erfreulicherweise konnte in diesem Zusammenhang auch die auf ihre ministerielle Funktion sowie Grundsatz- und Leitlinienvorgaben konzentrierte Hafenteilung des Senators für Wirtschaft und Häfen wieder in Bremen zusammengefasst werden.

Alte Hafentreviere – neue Chancen

Die Nutzungsintensität der alten Freihäfen rechts der Weser hat auf Grund des

Strukturwandels in der Seehafenverkehrswirtschaft und insbesondere als Folge der Containerisierung stark abgenommen. Zudem entsprachen die baulichen Anlagen nicht mehr den Anforderungen der heutigen Hafenverkehrswirtschaft. Daher ist in den letzten Jahren eine Debatte um die Möglichkeiten der Revitalisierung dieses Gebietes geführt worden.

Die Handelskammer hat sich frühzeitig in die Diskussion um ein Nutzungskonzept für dieses Areal eingeschaltet. Ziel der Bemühungen war und ist die Sicherung des Bestandes und der Entwicklungsmöglichkeiten der rund 300 hier ansässigen Unternehmen mit 6.300 Arbeitnehmern und zum anderen die Entwicklung des gesamten Gebietes zu einem modernen Gewerbestandort am seeschifftiefen Wasser.

Im Ergebnis hat der Senat im Juni 2000 eine Entwicklungskonzeption verabschiedet, die neben der Sicherung und Förderung des vorhandenen Unternehmensbestandes die Aufwertung des Gebietes durch neue Nutzungen innerhalb der nächsten 20 Jahre vorsieht. In einem ersten Schritt wird der Großmarkt hier neu angesiedelt.

Für die Handelskammer steht außer Frage, dass die Revitalisierung der alten Hafentreviere ein langwieriger Prozess sein wird, in dessen Verlauf die Interessen der betroffenen Unternehmen und der gesamten bremischen Wirtschaft ständig vertreten werden müssen. Die Handelskammer, die im Aufsichtsrat der mit der Umsetzung der Entwicklungskonzeption beauftragten Überseestadt GmbH vertreten ist, beobachtet die Umsetzung der Entwicklungskonzeption daher genau und wird bei Bedarf entsprechend tätig.

Verkehrsprojekte in Bremen

Die Handelskammer hat sich auch im Jahr 2001 stark für den Ausbau der bremi-

schen Verkehrsinfrastruktur eingesetzt. Nicht zuletzt durch dieses Engagement konnte eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen vorangebracht werden.

Was in Planung ist ...

Unverändert stellt die Komplettierung des Autobahnringes um Bremen mittels Bau der A 281 einschließlich Weserquerung das wichtigste Straßenbauprojekt für Bremen dar. Im abgelaufenen Jahr wurde hier das Planfeststellungsverfahren für den Abschnitt zwischen Neuenlander Ring und Warturmer Heerstraße eingeleitet. Der Baubeginn Mitte 2002 ist absehbar. Auch für die möglichst zeitnahe Weiterführung der A 281 an das Güterverkehrszentrum schafft Bremen derzeit die Voraussetzungen. Darüber hinaus wurde auch das von der Kammer mit initiierte Konzept einer mautfinanzierten Weserquerung bei seiner Vorstellung im Bundesverkehrsministerium durchaus positiv aufgenommen. Per Senats- und Bürgerschaftsbeschluss wurde einer Mautfinanzierung ausdrücklich zugestimmt, die bremischen Entscheidungsträger wurden aufgefordert, die Schließung des Autobahnringes bis zum Jahr 2010 voranzutreiben. Hier sind die Positionen von Politik und Handelskammer deckungsgleich.

Gleiches gilt auch für den dringend notwendigen Ausbau der A 27 zwischen Verteilerkreis Bremen-Nord und der Anschlussstelle Freihafen. Da Bremens Mehrbedarf an Mitteln für Bundesautobahnen zwischenzeitlich auch vom Bund anerkannt wurde, rückt das Projekt einer in diesem Abschnitt sechsspurigen A 27 in greifbare Nähe. Die Bauarbeiten hierzu könnten bereits im Herbst 2002 beginnen und würden etwa vier Jahre in Anspruch nehmen.

Für die zweispurige Verlängerung der B 74 in Bremen-Nord, die jetzt A 270 heißt, zwischen Kreinsloger und Farger

Straße wurde im Jahr 2001 ein neuerliches Planfeststellungsverfahren eröffnet. Bevor die Maßnahme realisiert werden kann, muss sie allerdings in den vordringlichen Bedarf des neuen Bundesverkehrswegeplanes aufgenommen werden. Wann mit einem Baubeginn zu rechnen ist, lässt sich derzeit nicht absehen.

Zwar liegt seit Sommer 2000 ein Verkehrsgutachten zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Umfeld des Gewerbegebietes Bremer Kreuz vor, doch will die bremische Verwaltung noch eine Wirkungsanalyse abwarten, um Kosten und Nutzen der von den Gutachtern empfohlenen Maßnahmen abschätzen zu können. Die Handelskammer steht hier in engem Kontakt sowohl mit den Spitzen der Verwaltung als auch mit den in einer Interessengemeinschaft organisierten Unternehmen am Bremer Kreuz, um endlich lang angemahnte und dringend notwendige Abhilfe auf den Weg zu bringen.

Für die sogenannte Funkschneisen-trasse zwischen dem Gewerbegebiet Funkschneise und der Osterholzer Heerstraße stehen inzwischen konkrete Maßnahmen an. So fand im Jahr 2001 das Anhörungsverfahren zu den Bebauungsplänen statt, die Finanzierung des Vorhabens ist gesichert. Baubeginn könnte Mitte 2002 sein, so dass die Maßnahme in etwa zeitgleich mit der Freigabe des Hemelinger Tunnels vollendet sein könnte.

Um die Gewerbegebiete sowohl an der Funkschneise als auch am Bremer Kreuz miteinander zu verbinden, fordert die Handelskammer die Verlängerung der Hans-Bredow-Straße in Richtung Funkschneise möglichst mit Anschluss an die Arberger/Mahndorfer Heerstraße – so wie es auch von den Gutachtern zum Bremer Osten nahegelegt wird.

Was in Bau ist ...

Der Bau des Hemelinger Tunnels geht planmäßig voran. Ab Mitte 2003 wird eine leistungsfähige Verkehrsachse zur Verfügung stehen, die einen wesentlichen Beitrag zur Sanierung des Stadtteils Hemelingen leistet und den Wirtschaftsverkehr im gesamten Bremer Osten positiv beeinflussen wird. Hierzu wird insbesondere die von der Handelskammer stets geforderte Vierspurigkeit beitragen.



Weser-Flex, Bremen-Hemeligen

Begonnen haben im zurückliegenden Jahr die Arbeiten an der Linie 4 entlang der Lilienthaler Heerstraße. Die von der Handelskammer initiierte Aufweitung des Autobahnzubringers Horn/Lehe sowie das kompetente Baustellenmanagement tragen wesentlich dazu bei, dass die aktuellen Verkehrsbehinderungen nicht in ein verkehrliches Chaos übergegangen sind.

Darüber hinaus wird am Rembertikreisel gebaut. In diesem verkehrstechnisch sensiblen Bereich werden die Kanäle saniert. Die umsichtige Baustellenplanung hat maßgeblich dazu beigetragen, dass keine nennenswerten Verkehrsbehinderungen eingetreten sind.

Und was fertiggestellt ist ...

Mitte 2001 wurde die Georg-Bitter-Straße vollendet, die im Ortsteil Hastedt zwischen Werderbrücke und Bismarckstraße/Stresemannstraße für eine neue Verkehrsführung gesorgt hat. Damit wurde der Forderung der Handelskammer nach einer möglichst kurzen Bauzeit entsprochen, so dass nunmehr auch die nachfolgenden flankierenden Maßnahmen zwischen Stader und Hamburger Straße sowie der Fährstraße angegangen werden können.

Abgeschlossen wurden auch die Baumaßnahmen entlang der sogenannten Kulturmeile zwischen dem alten Polizeihaus am Wall und dem Goethetheater.

Die Handelskammer kritisiert unverändert, dass mit der Umgestaltung Park- und Haltestreifen weggefallen sind und somit insbesondere den Theaterbesuchern, die mit Reisebussen anreisen, die Zufahrt deutlich erschwert wird.

In Vorbereitung der späteren Großbaustelle A 281 wurde in Höhe Wal-Mart eine neue Abfahrt von der B 75 fertiggestellt. Die Leistungsfähigkeit der B 75 und ihrer Knoten zum weiteren Straßennetz in der Neustadt stellen eine Grundbedingung für eine erträgliche Baustellensituation dar, wenn ab dem Jahr 2002 mehrjährig an der A 281 zwischen Flughafen und GVZ gebaut wird.

Zehn Jahre Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen

Im Juni 2001 beging der Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e. V. sein zehnjähriges Bestehen. Ursprünglich als Dialogforum zwischen den niedersächsischen Gemeinden und dem Oberzentrum Bremen gegründet, hat er sich zur regionalen Interessenvertretung der Städte und Gemeinden im Raum Bremen/Oldenburg weiterentwickelt. Derzeit vertritt der Kommunalverbund 37 Städte und Gemeinden mit insgesamt rund 1,3 Millionen Einwohnern. Themen für die kommenden Jahre sind insbesondere die regionale Vernetzung der touristischen Zusammenschlüsse, die Weiterführung von IMAGE, einem interkommunalem Abstimmungs- und Moderationsverfahren bei der Ansiedlung von Vorhaben des großflächigen Einzelhandels, sowie ein verstärktes Regionalmarketing.

Darüber hinaus vertiefen die Kommunen im Raum Bremen ihre Zusammenarbeit auf dem Gebiet der räumlichen Entwicklung. Zu diesem Zweck haben sich 30 Städte und Gemeinden sowie fünf Landkreise erstmals auf ein gemeinsames Planungsprojekt verständigt. Zur engen Abstimmung ihrer räumlichen Entwicklungen beabsichtigen sie, ein Interkommunales Raumstrukturkonzept (INTRA) für die Region Bremen kooperativ zu erarbeiten. Ziel ist eine intensive Abstimmung und Verzahnung der Siedlungs-, Freiraum-, Verkehrs- und Infrastrukturentwicklung zwischen den Kommunen. Das im Ergebnis vorliegende informelle Konzept soll über eine Selbstbindung der Kommunen in die

jeweiligen Flächennutzungspläne der Gemeinden oder regionalen Raumordnungsprogramme der Landkreise einfließen.

Über die Teilnahme an der Arbeitsgruppe Verkehr ist die Handelskammer in die wesentlichen Projektarbeiten eingebunden.

Neue Hanse Interregio (NHI)

Mit einem Empfang im Bremer Rathaus durch die im Jahr 2001 vorsitzende Freie Hansestadt Bremen feierte die Neue Hanse Interregio (NHI) am 20. März 2001 ihr zehnjähriges Bestehen. Sie beschreibt einen grenzüberschreitenden Kooperationsverbund auf staatlicher Ebene, in dem Bremen, Niedersachsen sowie die vier nord-niederländischen Provinzen Groningen, Drenthe, Fryslân und Overijssel zusammenarbeiten. Ziel der NHI war und ist es, die interregionale Kooperation der sechs NHI-Partner zu verbessern, regionale Interessen zu formulieren und zu Gehör zu bringen – in Berlin ebenso wie in Den Haag oder Brüssel. Damit ist die NHI Plattform und Netzwerk zugleich.

Die NHI wird zukünftig verstärkt die EU-Gemeinschaftsinitiative Interreg IIIc nutzen, um gemeinsam mit anderen Regionen Zukunftsthemen zu entwickeln. Letztlich geht es aber auch darum, den Unternehmen der Region die Möglichkeit zur Erschließung sowohl alter als auch neuer europäischer Märkte zu eröffnen.

Als aktives Mitglied der Arbeitsgruppe Wirtschaft trägt die Handelskammer dazu

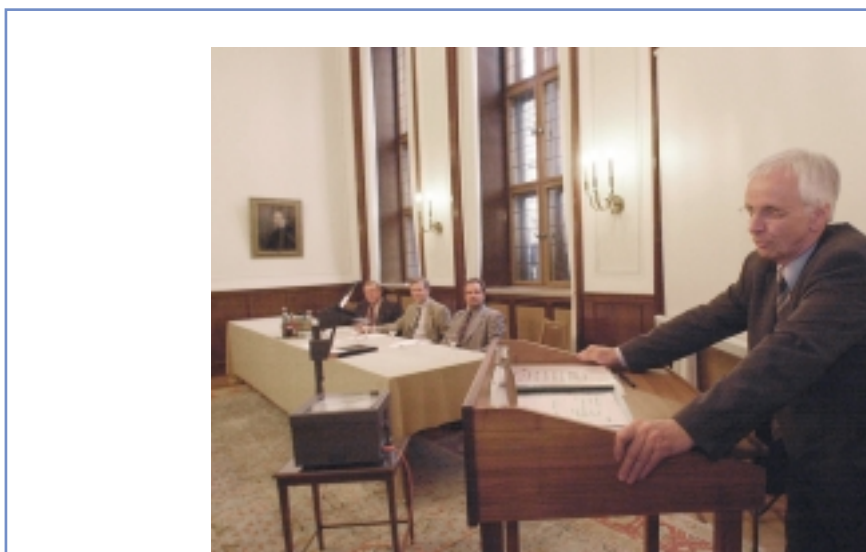
bei, den Einfluss und das Gewicht der NHI sowohl im Sinne der Region als auch der hiesigen Wirtschaft einzusetzen.

Schulung, Fortbildung, Prüfungen

Die Handelskammer übernimmt auf Grund verschiedener Rechtsverordnungen hoheitliche Aufgaben im Verkehrsbereich. Unter anderem ist sie zuständig für die Überwachung und Anerkennung der Schulung und Fortbildung von Gefahrgutfahrern und Gefahrgutbeauftragten sowie für die Durchführung der entsprechenden Prüfungen einschließlich der Ausstellung der ADR-Bescheinigungen („Gefahrgutführerschein“) und der EG-Schulungsnachweise des Gefahrgutbeauftragten.

Insgesamt wurde im Jahr 2001 rund 950 Fahrern und 85 Gefahrgutbeauftragten die vorgeschriebene Fachkenntnis im Umgang mit gefährlichen Gütern bescheinigt.

Die Handelskammer ist darüber hinaus mit der Abwicklung der Prüfungen für angehende Unternehmer im Güterkraftverkehr und Personenverkehr betraut. Im zurückliegenden Jahr nahmen 90 Personen an diesen Prüfungen teil. Als zusätzliche Aufgabe wurde der Handelskammer die Anerkennung leitender Tätigkeiten als fachliche Eignung zur Führung von Unternehmen des Güterkraftverkehrs- bzw. des Personenbeförderungsgewerbes übertragen. Die Bilanz waren 20 Anerkennungsverfahren in diesem Bereich.



Aus- und Weiterbildung

Ausbildungsplätze 2001

Seit 1996 ist die Anzahl der betrieblichen Ausbildungsplätze im Bereich der Handelskammer kontinuierlich angestiegen – bis zum Jahr 2000 um insgesamt 15 Prozent. Trotz der Schwächen auf dem Arbeitsmarkt konnten in Bremen die Unternehmen in Handel, Industrie und Dienstleistungen auch in 2001 insgesamt für eine ausgeglichene Ausbildungsbilanz sorgen: 2.945 neue Verträge wurden eingetragten, 20 weniger als im Vorjahr.

Während in traditionellen Bereichen wie der Metalltechnik, dem Bau- und Gastgewerbe, in Handel und Industrie zum Teil geeignete Bewerber fehlten, führte die Attraktivität der neuen Berufe im Informations- und Telekommunikationsbereich (plus fünf Prozent) und im Medienbereich (plus 20 Prozent) erneut zum Teilanstieg im Vergleich zum Vorjahr. Neueste Berufsbilder wie beispielsweise Kaufmann/Kauffrau im Gesundheitswesen, Sport- und Fitnesskaufmann/-kauffrau, Veranstaltungskaufmann/-kauffrau und Bühnenmaler/-malerin erschlossen neue betriebliche Ausbildungskapazitäten.

Für die Entwicklung von Ausbildungsangeboten ist – auch im Blick auf die prognostizierten Schülerentwicklungszahlen in diesem Jahrzehnt – die Flexibilisierung der Ausbildungsmöglichkeiten von entscheidender Bedeutung. Die im Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung (KWB) zusammengeschlossene Wirtschaft hat Ende 2001 Berufsvorschläge für die Arbeitswelt vorgelegt, die sowohl den betrieblichen als auch den bildungspolitischen Notwendigkeiten entsprechen.

Die Ausbildungsberatung der Handelskammer bringt auch neue Impulse – in Informationsveranstaltungen, Messen, Beratungen und Kontaktgesprächen mit den Ausbildungsbeteiligten und den potenziellen Ausbildungspartnern. Zunehmend beteiligen sich Unternehmer ausländischer Herkunft an der beruflichen Erstausbildung. Hier wurden weitere Reserven für die Ausbildung im Touristikbereich erschlossen.

Einen ausgezeichneten Beitrag zur Flexibilisierung der beruflichen Erstausbildung leistet nach wie vor die Bremer Akademie der Wirtschaft, die im Jahr 2001

im Studiengang mit Erstausbildung mehr als 50 Plätze besetzt hat.

Die Handelskammer wird ihre Aktivitäten zur Sicherung und Optimierung der beruflichen Ausbildung im dualen System unvermindert fortsetzen.

Schule und Wirtschaft im Dialog

Durch verstärkte Kooperation der beiden Partner Betrieb und Berufsschule im dualen System soll in Bremen die Qualität der Berufsausbildung verbessert und ihre Attraktivität gesteigert werden. Angestrebt wird die Ausschöpfung der betrieblichen Ausbildungspotenziale, um mehr Ausbildungsplätze zu schaffen und Jugendlichen eine aussichtsreiche berufliche Perspektive zu bieten.

In der Kooperation Schule – Wirtschaft ist das Engagement der Bremer Wirtschaft und der berufsbildenden Schulen gefragt. Durch eine enge Zusammenarbeit soll die Effizienz in der Berufsbildung verbessert und die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Wirtschaft erhöht werden. Ziel einer modernen, arbeitsorien-



(v.l.) Der Konzernbeauftragte für die Länder Niedersachsen und Bremen der Deutschen Bahn AG, Hans-Jürgen Meyer, auf der gemeinsame Sitzung der Verkehrsausschüsse Bremen und Bremerhaven im Schütting; Vizepräsidenten Jürgen Roggemann zeichnete die Preisträger der Leverenz-Stiftung aus; Plenarmitglied und Hotelchef Fritz Rößler stand auf der Berufsorientierungsbörse Moderator Achim Kienzle in einer Talk-Einlage Rede und Antwort.

tierten Schulbildung muss auch sein, das allgemeine Wissen über Ökonomie zu verbessern.

Die Kooperationsbeziehung zwischen Schule und Wirtschaft muss weiter intensiviert und wechselseitig gepflegt werden. Insbesondere Betriebserkundungen und -praktika für Lehramtsstudenten wie auch für Lehrer gilt es unter stärkerer Berücksichtigung ökonomischer Bildung weiter zu entwickeln. Ein beispielhaftes Modellvorhaben für eine engere Verzahnung von Bildung und Wirtschaft ist der Verein „Schuloffensive 2000“. Er unterstützt Schulen außerhalb der staatlichen Aufgabe durch Spenden und Vermittlung von Schulpatenschaften.

Berufsausbildung braucht weitere Reformen

Die Berufsausbildung in Deutschland, wesentlich getragen durch das duale System in Betrieb und Berufsschule, braucht weitere Reformen. Dazu gehören vor allem bessere Rahmenbedingungen, unter denen Unternehmen betriebliche Ausbildungsplätze anbieten können. Ohne eine arbeitsplatzschaffende Ausgestaltung der Steuer-, Sozial- und Tarifpolitik wird den Bemühungen von Unternehmen und Handelskammer, das Angebot zu steigern, der Boden entzogen.

Der Einstieg in die Arbeitswelt erfolgt für zwei Drittel der Jugendlichen über eine Berufsausbildung im dualen System. Wenn die Unternehmen auch in Zukunft die berufliche Vorbereitung leisten sollen, brauchen sie geeignete aktuelle Ausbildungsprofile, die den Anforderungen der Praxis entsprechen. Deshalb ist eine regelmäßige Aktualisierung der Berufsbilder sowie die Ergänzung und Erweiterung des Ausbildungsspektrums durch Profile für neue Aufgabenfelder unverzichtbar. Die Handelskammer plädiert für die schnellere Aktualisierung von Ausbildungsberufen, die Schaffung von neuen Berufsbildern in neuen Beschäftigungsfeldern, die Differenzierung für unterschiedliche Begabungen und Anforderungen, die Flexibilisierung der Ausbildungsstrukturen und eine effizientere Gestaltung der Berufsausbildung. Erfolgversprechend sind die drei neuen Berufe Kaufmann/frau im Gesundheitswesen, Sport- und Fitnesskauf-

mann/frau sowie Veranstaltungskaufmann/frau.

Um die Ausbildungsmöglichkeiten der bremischen Wirtschaft umfassend zu nutzen und insbesondere auch junge Betriebe in neuen Dienstleistungsbranchen für die Ausbildung zu gewinnen, aber auch um den Ausbildungsinteressen und -voraussetzungen der Jugendlichen differenziert gerecht zu werden, sind weitere Ausbildungsberufe für unterschiedliche Branchen, Tätigkeitsfelder und Unternehmen erforderlich. Den aktuellen Handlungsbedarf verdeutlicht auch ein erheblicher Fachkräftemangel in vielen Dienstleistungsbranchen bei gleichzeitig hohen Arbeitslosenzahlen.

Fremdsprachen werden auf Grund der steigenden internationalen Verflechtung von Unternehmen für die berufliche Qualifikation immer wichtiger. Mitarbeiter sichern sich damit Arbeits- und Einsatzplätze, Unternehmen verbessern ihre Marktchancen. Deshalb muss der Fremdsprachenunterricht in den Berufsschulen bedarfsorientiert und berufsspezifisch einen höheren Stellenwert erhalten und für bestimmte Berufsbilder zur Pflicht werden. Auch die allgemein bildenden Schulen haben hier Nachholbedarf. Praxisnahe handlungsorientierte Angebote zur Vermittlung von Sprachkompetenz sind aber auch in der Weiterbildung unerlässlich.

Berufliche Schulen reformieren

Das duale Berufsausbildungssystem mit praktischer Ausbildung im Betrieb und Theorievermittlung im Rahmen der Berufsschulpflicht bildet für die Mehrzahl aller Schulabgänger die entscheidende Qualifikationsbasis mit vielen Karriereoptionen. Mit diesem bewährten und arbeitsmarktnahen Ausbildungssystem stehen der Wirtschaft bedarfsgerecht gute Fachkräfte zur Verfügung, ebenso wird die Integration von Jugendlichen in das Berufs- und Arbeitsleben auf hohem Niveau ermöglicht.

Die bremische Wirtschaft begrüßt grundsätzlich den Ansatz, die beruflichen Schulen durch die Befreiung von bürokratischen Fesseln zu mehr Autonomie, Flexibilität und Kundenorientierung zu veranlassen. Die angestrebten Gestaltungsspielräume für die Schulleitung und die

Lehrkräfte zur Verbesserung der Qualität und Profilbildung der Berufsschulen entsprechen den schon länger erhobenen Forderungen der Wirtschaft. Allerdings ist bei notwendigen Änderungen sicherzustellen, dass die berufsbildende Schule ihren gesetzlichen Kernauftrag, der auf die Vermittlung von Berufstheorie für bundesweit geltende Ausbildungsberufe zielt, auch ordnungsgemäß erfüllt.

Bei den zur Zeit vorliegenden Konzeptentwürfen für die Weiterentwicklung der beruflichen Schulen zu Kompetenzzentren ist erkennbar, dass durch die Verlagerung von Aufgaben der Personalbewirtschaftung, Sachausstattung und Gebäudeverwaltung auf die beruflichen Schulen erheblicher zusätzlicher Raum-, Sach-, und Personalbedarf entstehen würde. Auf Grund der bestehenden Engpässe bei den Lehrkräften und Finanzmitteln, die schon jetzt für die Erfüllung des gesetzlichen Auftrags kaum ausreichen, ist es nicht ersichtlich, wie mit diesen Ressourcen kostenaufwendige Maßnahmen insbesondere im Weiterbildungsbereich bewältigt werden sollen. Eine Interessenkollision mit der Kernaufgabe der Berufsbeschulung ist absehbar und eine Qualitätsabsenkung zu befürchten.

Ausbildungsreife erforderlich

Eine qualifizierte Berufsausbildung setzt Ausbildungsreife voraus. Die bremischen Betriebe beklagen zunehmend, dass es Jugendlichen an Motivation, Eigeninitiative sowie elementaren allgemein bildenden Kenntnissen fehlt. Erfahrungen von Unternehmen in Einstellungstests lassen oftmals deutliche Zweifel an der Leistungsfähigkeit des allgemein bildenden Schulwesens aufkommen. Die Handelskammer hat mehrfach gefordert, das Bewusstsein von Schülern für Leistungsprofile zu stärken, die für die Aufnahme einer Ausbildung notwendig sind, sowie Eigenschaften und Verhaltensweisen zu fördern, die unabdingbare Voraussetzungen für den Eintritt in das Berufsleben sind. Über das breite Spektrum von chancenreichen Ausbildungsberufen in allen Wirtschaftsbereichen müssen die Jugendlichen vor der Berufswahl informiert sein.

Bei Initiativen der Handelskammer wie der „Top Job“, bei Berufsorientierungsver-



Schulschiff-Haus Deutschland, Bremen-Vegesack

anstellungen und Informationsveranstaltungen mit Partnern trägt die Handelskammer ihren Teil dazu bei, Ausbildungsplatzsuchende kompetent und umfassend über bremische Ausbildungsmöglichkeiten zu beraten.

In der beruflichen Weiterbildung nimmt die Handelskammer einen gesetzlichen Gestaltungsauftrag wahr. Sie versteht sich dabei als kompetenter Partner der Unternehmen und arbeitet eng mit bewährten Bildungsanbietern in Bremen zusammen.

Die Handelskammer hat auch im Jahr 2001 Weiterbildungsprüfungen abgenommen, die den zukünftigen Branchenbedürfnissen entsprechen, etwa in den Bereichen Geprüfter Versicherungsfachwirt, Geprüfter Verkehrsfachwirt, Geprüfter Immobilienfachwirt und Geprüfter Industriemeister Metall.

Einen steigenden Zulauf verzeichnen auch die arbeitsmarktgerechten und praxisnahen IHK-Zertifikatslehrgänge im Rahmen der Anpassungsbildung, beispielsweise der von Bremen initiierte Call-Center-Agent IHK.



(l.) Bildungssenator Willi Lemke war prominenter Besucher des Standes der Handelskammer auf der Berufsorientierungsbörse; (r.) Plenarmitglied Berend Jürgen Erling (r.) verlieh als Vorsitzender des Fördervereins für Mittelstandsforschung e. V. an Hanno Meier, Julia Unger und Dr. Michael Adler den Studienpreis 2001 in einer Feierstunde im Haus Schütting.

Zentrale Dienste

Schütting-Umbau – transparenter und offener

Transparenz und Offenheit sind Stichworte, mit denen die Handelskammer ihr umfassendes Marketingkonzept auch architektonisch umsetzt. Um auch baulich deutlich zu machen, dass das Haus Schütting nicht nur Sitz der Handelskammer, sondern vor allem ein für die Wirtschaft offenes Diskussions- und Informationsforum ist, wurde der Eingangsbereich des Gebäudes baulich und optisch geöffnet. Der Windfang wurde hell und freundlich durch eine Glastür gestaltet, die ehemalige Pforte wurde in einen modernen Empfangsbereich umgestaltet und durch ein neues Lichtkonzept erhielt das Foyer eine offenere Ausstrahlung.

Grundlegend umgestaltet wurde auch der Börsensaal, der sich jetzt als Veranstaltungs- und Sitzungsraum mit modernster Medientechnik präsentiert. Für 2002 sind weitere Arbeiten geplant, die den Service der Handelskammer weiter verbessern werden. So werden Archiv und Bibliothek im Erdgeschoss des Schütting gemeinsam eine eigene Serviceebene bilden.

Die Handelskammer als Hausherr und Vermieter des Clubs zu Bremen hat sich 2001 ideell und im Falle der Öffnung des Clubs zum Marktplatz durch bauliche Maßnahmen auch planungstechnisch an der Neuorientierung des Clubs zu Bremen beteiligt. Nach der Neugestaltung durch das Designbüro Rahe + Rahe verkörpert der Club jetzt auch in seiner architektonischen Gestalt sein Selbstverständnis: ein geeignetes Umfeld für moderne und engagierte Bremer Bürger zu sein, um Kontakte zu knüpfen, Freundschaften zu pflegen und geistigen Austausch zu ermöglichen.

Gut gebrüllt Löwe: Restaurierung der Fassaden-Figuren

Die Sandsteinfiguren über dem Schütting-Portal wurden im Sommer 2001 einer

„Frischzellenkur“ unterworfen. Unter fachlicher Beratung von Dr. Peter Hahn vom Landesamt für Denkmalpflege wurden die Figuren über mehrere Monate in einer Bremer Fachwerkstatt restauriert. Die Erhaltungssanierung der historischen Sandsteinfiguren am denkmalgeschützten Schütting war überfällig: Witterungs- und insbesondere feuchtigkeits- und frostbedingte Risse und Abplatzungen hatten den Figuren im Laufe der Jahrzehnte zugesetzt. Pünktlich vor den Sommerferien nahmen die restaurierten Sandsteinfiguren ihren Platz oberhalb des Schütting-Portals wieder ein.

Dienstleistungen für die Wirtschaft: Das Service-Center

Das Mitte 1999 eröffnete Service-Center direkt hinter dem Haus Schütting wartet nach zweieinhalb Jahren mit einer erfreulichen Bilanz auf: Täglich nutzen rund 70 Kunden die Möglichkeit, sich ohne lange Wege durch das Haus direkt und sachkundig durch das Mitarbeiterteam beraten zu lassen. Bis Ende 2001 wurden rund 40.000 Kunden im Service-Center bedient. Den mehr als 29.000 Mitgliedsunternehmen wird auf diese Weise eine kundenfreundliche Anlaufstelle für das breite Dienstleistungsspektrum der Kammer geboten.

Die Fülle der Dienstleistungen erstreckt sich von Informationen zur Aus- und Weiterbildung über die Firmenrecherche bis zur Erstberatung für Existenzgründer. Darüber hinaus werden Ursprungszeugnisse ausgestellt, Carnets bearbeitet und Messekarten verkauft. An einem Info-Terminal können außerdem viele Informationen online abgerufen werden, beispielsweise Ausbildungsplatzangebote und Daten der Recycling-, Kooperations-, Technologie- und Nachfolgebörse. Leitidee des Service-Centers ist das Angebot einer kun-

denorientierten und unbürokratischen Dienstleistungspalette.

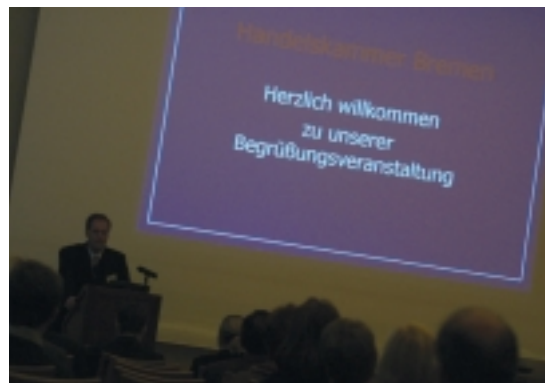
Veranstaltungen in der Kammer

Im Jahre 2001 fanden mehr als 1.000 Veranstaltungen, Seminare, Sitzungen und Workshops in der Kammer statt. Auch außergewöhnliche Firmenjubiläen können in den Räumlichkeiten des Schütting begangen werden. Veranstaltungs-Highlight waren im Oktober 2001 der Festakt zum 550-jährigen Jubiläum, bei dem Bundesaußenminister a. D. Hans-Dietrich Genscher den Festvortrag hielt, sowie der Tag der Mitglieder am 3. Oktober 2001. Insgesamt besuchten mehr als 1.500 Interessierte an den beiden Tagen die Kammer. Auf große Resonanz stieß im September 2001 die Öffnung des Hauses Schütting zum Tag des offenen Denkmals, zu dem rund 1.000 Bremer kamen.





(l.) Rückkehr der restaurierten Sandsteinfiguren an den Schütting; **(o.)** Hauptgeschäftsführer Dr. Fonger, Landesdenkmalpfleger Dr. Peter Hahn, Bildhauer Michael Paesler, Geschäftsbereichsleiter Günther Lübbe und Architekt Ernst Tschentscher begutachten die restaurierte Römer-Figur, bevor sie an ihren angestammten Platz über dem Schütting-Portal gehievt wurde.



(v. l.) Neue Glastür zum Foyer; Schütting-Fassade mit Jubiläumspakat; **(o.l.)** Begrüßungsveranstaltung für neue Mitglieder; **(o.r.)** Mehrländertreffen des Verbandes Deutscher Unternehmerinnen mit vdu-Präsidentin Inge Sandstedt; **(r.)** vier Kammerpräsidenten trafen sich anlässlich des Jubiläums zur Rückschau auf ihre Amtszeit: Dieter Berghöfer, Bernd Hockemeyer, Dr. Dirk Plump und Friedo Beringhausen.



Der Juniorenkreis der Handelskammer Bremen: Am Puls der Zeit

Als das Jahresprogramm des Juniorenkreises konzipiert wurde, war noch nicht abzusehen, welche aktuelle Brisanz das Thema (Un-)Sicherheit haben würde. Es war das erste Mal, dass der Sprecher des Kreises für 2001, Torsten Staffeldt, ein übergeordnetes Motto für sein Jahr wählte.

In den zehn Veranstaltungen zu diesem Schwerpunkt, beispielsweise zu über Versicherungen, Steuerrecht, Rechtssicherheit im Internet sowie einer Diskussion mit Innensenator Dr. Kuno Böse über „(Un-)Sicherheit in Bremen“ wurden grundlegende Fragen zu dem Themenkomplex angesprochen. Abgerundet wurde die Reihe mit Betriebsbesichtigungen bei der Firma Mapa in Zeven (Persönliche Sicherheitsprodukte), Beck & Co, der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) sowie der Feuerwehr Bremen.

Neben dem Schwerpunktthema veranstalteten die Wirtschaftsjuvenen im Jahr 2001 die Reihe „Unsere Kammer“, bei der einzelne Geschäftsbereiche der Handelskammer Bremen durch deren Leiter vorgestellt wurden. Zur Auftaktveranstaltung im Januar 2001 informierte Präses Dr. Dirk Plump über die Ziele seiner Amtszeit

Eine Besonderheit der Bremer Junioren sind die Arbeitskreise, in denen sich die Mitglieder engagieren. Zur Zeit sind dies acht Kreise, darunter „Außenwirtschaft“, „Pro Bremen“, „Schule & Wirtschaft“ oder „Einzelhandel“. Letzterer wurde erst in 2001 wieder reaktiviert und präsentierte sich auf der Berufsorientierungsbörse. Auf einem speziell entwickelten Ausstellungsstand informierte der Arbeitskreis über Ausbildungs- und Berufschancen im Einzelhandel. Mit Verlosungen von Bewerbungscoachings oder Praxistagen im Einzelhandel weckten die Wirtschaftsjuvenen zusätzlich das Interesse der Schüler und ihrer Lehrer. Ziel des Projektes ist es, die Schüler von der Schulbank zum Ausbildungsplatz zu begleiten.

Auch in der Existenzgründung oder speziellen, für Bremens Image wichtigen Arbeitskreisen, wie „Pro Bremen“ und „Event“, zeigen die Junioren für Bremen Flagge. Premiere feierte 2001 der neu gegründete Arbeitskreis „Kultur und Wirtschaft“, der als erstes kulturelles Projekt die „Hommage an Rolf Liebermann“ in Kooperation mit der Philharmonischen Gesellschaft organisierte. Im Herbst besuchte der Kreis das Musical Hair.

Neben den regionalen Aktivitäten der Wirtschaftsjuvenen und ihrer Arbeitskreise gab es 2001 zwei große Auslandsprojekte: der Business Contact in Riga und das Unternehmerforum in Tallinn. Beide waren außerordentlich erfolgreich. So nahmen insgesamt 36 deutsche Unternehmer an dem Forum in Tallinn teil, das unter der Schirmherrschaft von Bundeswirtschaftsminister Dr. Werner Müller sowie dem estnischen Ministerpräsidenten Mart Laar stand. Ziel war es, im Rahmen eines „Twinning“ Unternehmer aus Deutschland mit potenziellen estnischen Geschäftspartnern zusammenzuführen.

Zu den Projekten des Juniorenkreises gehörten ferner die Vorbereitung zu „Bremen's Best“, ein Info-Flyer mit Informativem rund um Bremen oder die Unterstützung von Lehrern durch die Wirtschaftsjuvenen bei der Einbindung von wirtschaftlichen Themen in die Unterrichtsplanung.

2002 ist für den Juniorenkreis ein Jubiläumsjahr: Als einer der ersten Wirtschaftsjuvenen-Kreise Deutschlands feiern die Bremer ihr 50-jähriges Bestehen. Der Juniorenkreis der Handelskammer Bremen ist Mitglied der Wirtschaftsjuvenen Deutschland, denen mehr als 11.000 junge Unternehmer und Führungskräfte angehören. Die Junioren fordern weniger Staat und mehr Eigenverantwortung des Einzelnen sowie eine Rückkehr zum Prinzip, dass Leistung belohnt werden muss. Sie betätigen sich als größter überparteilicher Verband der jungen deutschen Wirtschaft in verschiedensten Bereichen. Integriert sind die Wirtschaftsjuvenen Deutschlands in der Junior Chamber International mit weltweit über 400.000 Mitgliedern.





Wirtschaftswissenschaft, Universität Bremen



(v.l.) Auftaktveranstaltung der Wirtschaftsjuvenen für 2001 mit Präses Dr. Dirk Plump im Plenarsaal des Schüttings; anlässlich des 15. Schülerwettbewerbs des Juniorenkreises überreicht Vizepräses Stefan Storch dem Preisträger Carl Peters (IS Leibnitzplatz) zwei Freikarten für ein Werderspiel; Know-how-Transfer, ein neues Projekt der Junioren: Elf Jungunternehmer begleiteten elf Politiker durch die Woche.

Leistungsbilanzen

Industrie- und Handelskammer Bremerhaven

Messe „transport logistic 2001“ – ein Erfolgsmodell

Auf der 8. Internationalen Fachmesse für Logistik, Telematik, Güter- und Personenverkehr „transport logistic“ in München hat der Logistikstandort Bremerhaven wieder erfolgreich Flagge gezeigt.

Präsentiert wurde er von der Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH (BIS), der Hochschule Bremerhaven (HS) und der Industrie- und Handelskammer (IHK) Bremerhaven auf dem Gemeinschaftsstand der Bremischen Hafenvertretung.

Die „transport logistic“ endete mit der Rekordzahl von mehr als 35.000 Fachbesuchern (+ acht Prozent) aus 66 Ländern. Über 970 Aussteller aus 37 Ländern präsentierten ihre Produkte und Dienstleistungen. Nach dem erfolgreichen Debüt der BIS, HS und IHK auf der „transport 99“ kann auch die Teilnahme an der „transport logistic 2001“ als gelungen betrachtet werden. Wiederum wurde der Logistikstandort Bremerhaven mit seinen weitreichenden Möglichkeiten durch die professionelle Präsentation von Wirtschaftsförderung, Wissenschaft und Wirtschaft erfolgreich dargestellt.

Vor allem die Pflege bestehender Kundenbeziehungen, das Anbahnen neuer Geschäftsverbindungen, aber auch Vertragsabschlüsse konnten erreicht werden. Auf Zustimmung stieß die Möglichkeit der Unternehmens- und Produktpräsentation. Alle Beteiligten werden sich deshalb sicherlich auf der nächsten „transport logistic 2003“ wieder vorstellen.

IHK Bremerhaven – kompetenter Partner für die Auslandsmärkte

Das Dienstleistungsangebot der IHK Bremerhaven im Bereich der internationalen Geschäftsbeziehungen haben die Unternehmen wieder umfassend genutzt. Die

Anfragen erstreckten sich über alle Bereiche des internationalen Wirtschaftsverkehrs. So wurden beispielsweise Fragen zur Ursprungsbestimmung von technischen Anlagen beantwortet, ebenso Anfragen zu Fördermöglichkeiten bei internationalen Messeauftritten. Auch wurden die Möglichkeiten der Recherche von Firmenadressen im Ausland, der Erstellung von Länderprofilen und länderspezifischen Informationen in Anspruch genommen.

Als sehr nützliche Informationsquelle für die Unternehmen haben sich in den vergangenen Jahren die monatlich erscheinenden aktuellen Nachrichten zur Außenwirtschaft entwickelt. Das Außenwirtschaftsrundschreiben wird allen interessierten Unternehmen kostenlos per Post oder E-Mail zur Verfügung gestellt.

Mehr als 3.500 Ursprungszeugnisse und andere für die Außenwirtschaft notwendigen Papiere wurden im Jahr 2001 bearbeitet und beglaubigt. Hinzu kamen in Zusammenarbeit mit den nordwestdeutschen Kammern Informationsveranstaltungen zu außenwirtschaftlichen Themen.

Schulung, Fortbildung und Prüfung

Eine Voraussetzung für den Transport und die transportbedingte Lagerung von gefährlichen Gütern ist eine gründliche Kenntnis der Gefahrgutvorschriften. Der Gesetzgeber hat mit diversen Vorschriften den Kammern die hoheitliche Aufgabe der Überprüfung der Voraussetzungen übertragen. Die IHK Bremerhaven ist unter anderem zuständig für Durchführung, Anerkennung und Überwachung von Schulungen, Fortbildung und Prüfung von Gefahrgutfahrern und Gefahrgutbeauftragten. Ebenso werden die sogenannten „Gefahrgutführerscheine“ (ADR-Bescheinigungen) und EG-/Schulungsnachweise für Gefahrgutbeauftragte ausgestellt.

Im Jahr 2001 wurde bei etwa 40 Prü-

fungsterminen das erforderliche Fachwissen überprüft und rund 250 Gefahrgutfahrern und 15 Gefahrgutbeauftragten eine Bescheinigung ausgestellt. Die Kammer ist auch für die Sach- und Fachkundeprüfung für angehende Unternehmer im Güterkraft- und Personenverkehr zuständig. Im Laufe des Jahres 2001 wurden drei Prüfungen abgenommen.

Einführung in die Gefahrgutstrukturreform ADR/RID

Die gemeinsame Informationsveranstaltung der IHK Bremerhaven und der IHK Stade am 7. Mai 2001 zur Gefahrgutstrukturreform ADR/RID stieß auf große Resonanz. Die Teilnehmer wurden umfassend über alle grundlegenden neuen Regelungen zur internationalen Beförderung gefährlicher Güter (ADR) auf der Straße informiert.

Gefahrgut-Erfa-Kreis

Auf große Resonanz stießen im Jahr 2001 auch die Veranstaltungen des Gefahrgut-Erfa-Kreises der IHK Bremerhaven. In ihm werden Fragen rund um das Thema Gefahrgut und Gefahrstoff diskutiert. Die Veranstaltungen werden auch als Kontaktbörse zwischen Unternehmen, Behörden, Institutionen und wissenschaftlichen Einrichtungen genutzt. Zu den Themen in 2001 zählten unter anderem die Gefahrgutstrukturreform ADR/RID, Ladungssicherung und Stauung in Containern, Voraussetzungen der Abfallbeförderung in Deutschland sowie die Unfallentwicklung im Schwerlastverkehr.

Informationsveranstaltung „IT-Zollverfahren ATLAS“

Am 17. September 2001 führten die Kammern Bremerhaven und Stade sowie das

Hauptzollamt Bremerhaven im Hörsaal der Hochschule Bremerhaven eine gemeinsame Informationsveranstaltung zum elektronischen Zollabfertigungssystem ATLAS (automatisiertes Tarif- und lokales Abfertigungssystem) durch. Mit der Einführung der ATLAS-Einfuhrkomponente am 1. Dezember 2001 wurden die nicht europafähigen IT-Verfahren ALFA-Zollbehandlung und Douane abgelöst. Die Referenten informierten die Teilnehmer aus dem Bremerhavener und Cuxhavener Wirtschaftsraum über den aktuellen Projektstand und stellten die künftige Entwicklung dar. Aufgezeigt wurden auch die Möglichkeiten und die tatsächlichen Kosten der Teilnahme am elektronischen Zollverfahren. Geschildert wurden erste Erfahrungen mit dem Praxisbetrieb des Verfahrens.



(l.) Auf der internationalen Fachmesse „transport logistic“ in München präsentierte der Gemeinschaftsstand der Bremischen Hafensvertretung den Logistikstandort Bremerhaven; (l.u.) Informationsveranstaltung zur Produktzertifizierungspflicht; (r.u.) der neue Infotresen in der IHK Bremerhaven

Informationen zur Produktzertifizierungspflicht für Exportware

In Kooperation mit der Handelskammer Bremen bot die IHK Bremerhaven am 16. Oktober 2001 eine Informationsveranstaltung zur „Zertifizierungs- und Kennzeichnungspflicht für Exportware“ an. Die Teilnehmer erhielten eine Übersicht über die umfangreichen, teilweise auch komplizierten Vorschriften der Qualitätsprüfungen im Warenverkehr mit den Staaten Osteuropas, der Russischen Föderation, den GUS-Staaten, Südasiens und Südamerikas. Deutlich wurde, dass viele der Vorschriften weniger dem Verbraucherschutz dienen, sondern als zusätzliche Einnahmequelle für die Länder verstanden werden müssen. Auch lassen sich dadurch leicht Handelsbarrieren für den freien Warenverkehr aufbauen. Den Teilnehmern wurden Wege gezeigt, wie bei notwendigen Zertifizierungen die Kosten verringert werden können.

In die Zukunft investieren – Qualifikation schaffen

Im Zeichen eines schnellen technologischen Wandels und eines immer stärkeren Wettbewerbs auf den nationalen und internationalen Märkten, steigen die Anforderungen an Qualifikation, Flexibilität und Kreativität der Mitarbeiter der Unternehmen. Um die Unternehmen hier zu unterstützen, hat die IHK Bremerhaven



im Jahr 2001 wieder praxisorientierte Seminare, Infoveranstaltungen und In-House-Schulungen unter der Prämisse „Aus der Wirtschaft für die Wirtschaft“ angeboten. Um eine größtmögliche Bündelung der vielfältigen Weiterbildungsaktivitäten zu erreichen, fanden viele der Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern der „Plattform Weiterbildung“ und den nordwestdeutschen Kammern statt.

Neustrukturierung der Zollämter

Das Thema „Neustrukturierung der Zollverwaltung“ stand auch 2001 im Blickpunkt. Nach dem Verlust des Hauptzollamtes Bremerhaven sollte auch das Zollamt Fischereihafen geschlossen werden. Unter maßgeblicher Beteiligung der IHK Bremerhaven konnte eine Schließung des Zollamtes Fischereihafen verhindert werden. Um den Fortbestand zu sichern, wird es mit dem Zollamt Rotersand zusammengelegt. Unter Integration aller vorhandenen Zollämter in Bremerhaven wurde das Zollamt Bremerhaven errichtet. Die Zollämter verbleiben an ihren jeweiligen Standorten.



Infrastrukturen fortschreiben

In Bremerhaven sind im Süden mit dem Gewerbegebiet Bohmsiel und dem südlichen Fischereihafen sowie im Norden mit den Gewerbegebieten Weddewarden und Speckenbüttel sowie der ehemaligen Carl-Schurz-Kaserne ausreichend großflächige Gewerbegrundstücke vorhanden bzw. werden durch die Erschließung Bohmsiel kurz- bis mittelfristig bereit gestellt werden.

Es besteht ein Mangel an zentrumsnahen, kleinteiligen Gewerbeflächen. Dieser Mangel wird durch die Erschließung des Gewerbegebietes Van-Heukelum-Straße, die 2001/2002 umgesetzt wird, sowie durch die Vorbereitung der Erschließung weiterer Gewerbeflächen mit kleinteiligem Zuschnitt befriedigt.

Branchenbezogene Gewerbeimmobilien wie das Biotechnologiezentrum, der Technologiepark in der Innenstadt, das Gründerhaus Bau befinden sich zurzeit in der Umsetzung bzw. sind seit Sommer 2001 bezugsfertig. Es besteht weiterer Bedarf an ausgewiesenen Flächen für den Bau von Büroimmobilien. Hier werden seit 2001 Flächen in der Nähe des Arbeitsamtes/Geesteschleife angeboten; die zu sanierenden und restrukturierenden Flächen der Firma Geeste Metallbau kommen dafür ebenfalls in Betracht.



Hochschule Bremerhaven

1999 und 2000 wurden rund 23,2 Hektar Gewerbefläche verkauft bzw. Erbaurechte vergeben, das waren rund 34 Grundstücksgeschäfte. Hierdurch wurden Privatinvestitionen im Umfang von rund 58,7 Millionen Mark ermöglicht und circa 1.550 Arbeitsplätze gesichert bzw. geschaffen.

Verkehrsinfrastrukturen ausbauen

Der Ausbau der B 71 neu verläuft plan- und zeitgemäß, so dass im Jahre 2003 mit der Fertigstellung eine noch günstigere Anbindung des Gewerbegebietes Fischerhafen/Bohmsiel an das überörtliche Autobahnnetz erfolgen kann. Weiter wird der Ausbau des Wesertunnels mit der entsprechenden Anbindung die gewerbliche Erschließung des südlichen Bremerhavens

an den Weser-Ems-Bereich verbessern. Die Verkehrsanbindung an den künftigen Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven ist für den Standort Bremerhaven von außerordentlicher Bedeutung. Diese Anbindung durch den Wesertunnel ist in die Planung der Küstenautobahn zu integrieren.

Der Zeit voraus: Die Wirtschafts-junioren Bremerhaven

Unter großer Beteiligung namhafter Vertreter von insgesamt fünf niedersächsischen Landkreisen sowie Politikern der Stadt Bremerhaven, Landtags- und Bundestagsabgeordneten wurde im Spätsommer 2001 auf Initiative der Wirtschafts-junioren der erste Abschnitt der Küstenautobahn A22 durch Enthüllung eines Autobahnschildes symbolisch eingeweiht.

Die Wirtschafts-junioren, als Vertretung der überwiegend mittelständischen Interessen, bezogen mit dieser Aktion, die an dem Anschluss des neuen Wesertunnels an die A 27 stattfand, Stellung zur Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans. Insbesondere die aktuelle politische Meinungsbildung bezüglich der Verkehrssteuerung durch Mautgebühren bei Lkw stößt bei den Wirtschafts-junioren auf Kritik. Die Wirtschaft und besonders die Hafenstädte an der Nordseeküste werden dadurch in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung erheblich gehemmt. Thomas Ventzke vom Förderkreis der Wirtschafts-junioren: „Das Transportwesen muss vielmehr durch geringe Wartezeiten, direkte Verbindungen und effizienten Umschlag gefördert werden.“

Die Prognosen der Umschlagsentwick-

lungen im Containerbereich und der geplante Neubau des deutschen Tiefwasserhafens erfordern zwingend die effektive Verbindung der dann drei wesentlichen deutschen Containerhäfen. Dieses muss die einheitliche Forderung aller norddeutschen Bundesländer sein, erwarten die Wirtschaftsunioren Bremerhaven.

Informationszentrale der IHK Bremerhaven

Mit der Eröffnung der Informationszentrale im Januar 2001 hat die Industrie- und Handelskammer Bremerhaven einen weiteren Schritt in Richtung Kundenorientierung für ihre Mitglieder getan. Dort laufen alle wesentlichen Funktionsstränge eines modern geführten Unternehmens zusammen. Zum Service gehören neben der Erstinformation auch die persönliche Bedienung vor Ort – über den Verkauf von Messekarten bis zur Herausgabe von Informationsmaterial. Ebenso werden individuelle Beratungstermine mit Mitarbeitern der Geschäftsbereiche koordiniert.

Ausbildungsplätze: Einsatz für die Jugendlichen

Die Unternehmen in Industrie, Handel und Dienstleistungen haben ihre Ausbildungsaktivitäten bundesweit in diesem Jahr weiter gesteigert. Das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen hat – wie schon in den letzten fünf Jahren – zugenommen. Die Gruppe der unversorgten Bewerber ist bundesweit kleiner geworden.

Allerdings gibt es für die Problemgruppen des Ausbildungsmarktes noch keine adäquaten Angebote; auch gibt es für lernschwache Jugendliche kein hinreichendes Angebot. Noch immer bleiben zwölf bis 15 Prozent eines Jahrganges ohne Berufsabschluss. Der Übergang von der Schule in die Berufsausbildung sollte auch durch neue schlanke Berufsbilder mit weniger komplexen Anforderungen erleichtert werden.

Ausbildungssituation in Bremerhaven

Trotz des Engagements der Bremerhavener Wirtschaft und der Bemühungen der IHK

konnte zum 30. September das außerordentlich gute Ergebnis des Vorjahres an rein dualen Ausbildungsplätzen nicht ganz erreicht werden. Die Zahl der neu eingetragenen Auszubildenden in Industrie, Handel und Dienstleistungen sank um vier auf 508. Dies entspricht einem Minus von 0,8 Prozent an betrieblichen Ausbildungsplätzen. Die Zahl der Auszubildenden aus geförderten Sonderprogrammen wurde gleichzeitig erheblich heruntergefahren.

Zum Stichtag 30. September 2001 meldet die Arbeitsverwaltung Bremerhaven 1.464 Stellen (gegenüber dem Vorjahr ein Minus von 181), wovon noch 23 zum Stichtag unbesetzt sind. Von 1.935 erfassten Bewerbern für Berufsausbildungsstellen (Vorjahr 2.212) sind zum Stichtag 30. September noch 133 Bewerber nicht untergebracht.

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlich schwierigeren Situation und der strukturellen Veränderungen haben Politik und Kammern die Wirtschaft aufgefordert, auch im Jahr 2001 in ihren Ausbildungsanstrengungen nicht nachzulassen. Durch gezielte Beratungen und den Einsatz von Ausbildungsplatzwerbern konnten etliche Bremerhavener Unternehmen erstmals für die Berufsausbildung gewonnen werden.

In den neuen Berufen der Informations- und Telekommunikationswirtschaft sowie in den Berufen Mechatroniker und Automobilkaufmann ist es gelungen, durch Einzelberatungen der Unternehmen Ausbildungsplätze für die Region zu erschließen. Für die Betreuung und Beratung in den neu geschaffenen Ausbildungsberufen beschäftigen die IHK und die Kreishandwerkerschaft gemeinsam eine Fachkraft. Seine Aufgabe ist unter anderem die Erschließung von Ausbildungsmöglichkeiten im Handwerk in industriellen Ausbildungsberufen. In Kooperation mit einem Industriebetrieb kann auch im Handwerk in den neuen IT-Berufen ausgebildet werden.

Bremerhavener Einsatz in der Bildungspolitik

Zu Fragen der Bildungspolitik in Sitzungen des Landesausschusses für Berufsbildung sowie dessen Unterausschüssen, aber auch in den Schulkonferenzen, Gesamt-

konferenzen und Ausbildungsbeiräten der berufsbildenden Schulen in Bremerhaven hat die IHK den Standpunkt der Wirtschaft vertreten und die Interessen der Gesamtwirtschaft wahrgenommen. Im Rahmen des auf Landesebene gegründeten „Runden Tisches Arbeitslehre“ ist die IHK in die Umsetzung der Arbeitsergebnisse insbesondere im Bereich der Berufsorientierung in den allgemeinbildenden Schulen eingebunden.

Im August 2001 veranstaltete die IHK bei den Ausbildungsbetrieben eine Umfrage zur Ausbildungsreife der Ausbildungsplatzbewerber. Aus Sicht der Ausbildungsbetriebe sind die Eingangsqualifikationen der Schulabgänger auch im Bezirk der IHK in den letzten Jahren gesunken.

Über ihre Beteiligung an der Kammergemeinschaft Ausbildung und Bildung (KAB) ist die IHK umfangreich in die Fragen der Bildungspolitik eingebunden und engagiert sich in der wirtschaftskundlichen Fort- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern allgemeinbildender und beruflicher Schulen.

Der IHK-Berufsbildungsausschuss trat im 2001 zu zwei Sitzungen zusammen. Schwerpunkt der Beratungen war die Ausbildungsplatzsituation in verschiedenen Berufen und in der Region insgesamt. Der Ausschuss ließ sich auch über neue Berufsbilder informieren. Der Ausschuss zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Auszubildenden und Auszubildenden (Schlichtungsausschuss) wurde in zwei Fällen um Vermittlung und Schlichtung angerufen.

Prüfungen in der Berufsbildung

An den Abschlussprüfungen der IHK im Jahr 2001 nahmen insgesamt 729 Auszubildende teil. Im Vorjahr waren es 821 Prüflinge. 627 Prüflinge (86,0 Prozent) bestanden ihre Abschlussprüfung; im Vorjahr betrug die Bestehensrate 89,2 Prozent. Neben den Abschlussprüfungen nahm die IHK für 648 Auszubildende die Zwischenprüfung ab

Im Rahmen von Gruppenumschulungen hat die IHK in den Berufen Florist/-in, Trockenbaumonteur, Bürokaufmann/-frau, Kaufmann/Kauffrau für Bürokommunikation, Industriekaufmann/-frau, Speditions-



(o. l.) Symbolischer Akt: Bremerhavens Wirtschaftsjunioren weihen das erste „Schild“ der Küstenautobahn ein; (o. r.) IHK-Geschäftsführer Martin Johannsen (l.) überreicht Kapitän Hans-Joachim Möller die Ernennungsurkunde zum Sachverständigen für Traditionsschiffe; (r.) Berufsinformationsmesse



kaufmann/-frau, Verkäufer/-in insgesamt 160 Teilnehmer geprüft. Die Bestehensquote betrug 77,5 Prozent.

Fort- und Weiterbildung: Wege für die Zukunft

Fortbildungsprüfungen nahm die IHK Bremerhaven für Bilanzbuchhalter, Technische Betriebswirte, Tourismusfachwirte und Personalfachkaufleute ab. Darüber hinaus hat sie Ausbildereignungsprüfungen sowie die Prüfungen „Datenverarbeitung in der kaufmännischen Sachbearbeitung“ und „Fremdsprache im Beruf, Englisch I und II“ abgenommen.

Eigene Fortbildungs-Vorbereitungslehrgänge hat die IHK im Jahr 2001 für Bilanzbuchhalter sowie Ausbilder und Industriemeister der Fachrichtung Metall begonnen. Auch wurde erstmals in Kooperation mit einem Bremerhavener Bildungsträger der Zertifikatslehrgang Call-Center-Agent durchgeführt.

Begabtenförderung

Im Rahmen der Begabtenförderung nach den Richtlinien des Bundesministers für

Bildung und Wissenschaft fördert die IHK gegenwärtig zehn Stipendiaten, wovon vier im Berichtszeitraum neu aufgenommen wurden.

IHK-Ausbildungsberater vor Ort

Die IHK-Ausbildungsberater haben im Jahre 2001 eine Vielzahl von Betrieben besucht und etliche Ausbildungsstellen neu erschlossen. Die Beratungstätigkeit, insbesondere im Bereich der neuen Ausbildungsberufe, erforderte dabei viel Zeit, führte aber auch zu zusätzlichen Ausbildungsabschlüssen.

Einzelhandel

In der Unterweserregion führte die andauernd hohe Arbeitslosigkeit, die noch immer weit über dem Durchschnitt der westlichen Bundesländer liegt, dazu, dass 52 Prozent der befragten Einzelhandelsunternehmen ihre geschäftliche Lage als schlecht bezeichnen. 46 Prozent werten die Geschäftslage als befriedigend. Ausschlaggebend für die Beurteilung sind die schlechten Umsatzentwicklungen sowie die geringe Ausgabefreudigkeit. Die Ent-

wicklung im Jahre 2002 wird von einem Drittel der Betriebe als „befriedigend“ und von einem weiteren Drittel als „schlecht“ beurteilt.

Ursache dafür ist auch die noch immer ausstehende Entscheidung für die konkrete Nutzung des Gebietes im Bereich Alter/Neuer Hafen. Die Um- und Neugestaltung der Bremerhavener Innenstadt hat in einigen Kreisen der Kaufmannschaft eine Aufbruchstimmung erzeugt. Die bundesweit seit Jahren feststellbaren Strukturprobleme des Handels durch Konzentration, Standortfragen und neue Medien scheinen sich kaum zu entspannen. Die Wirtschafts- und Rechtspolitik muss dieser Umbruchsituation noch mehr Rechnung tragen. Zur Sicherung des Handelsstandortes Innenstadt müssen nicht nur die Regelungen der Raumordnung und des Baurechtes beachtet, sondern auch eine zwischen öffentlichen Personennahverkehr und privatem Pkw ausgewogene städtische Verkehrspolitik getroffen werden.

Großhandel

Der Großhandel in Bremerhaven beurteilt die gegenwärtige geschäftliche Lage zu

fast 80 Prozent als „befriedigend“ bis „gut“. Grundlage dieser Beurteilung ist die zufriedenstellende bis gute Umsatzentwicklung bei allerdings sinkender Ausgabefreudigkeit. Die Zahl der Großhandelsbetriebe, also die Zwischenhandelsstufe zwischen den Herstellern und Einzelhändlern, ist seit Jahren nahezu konstant. Einzig dem Großhandel mit Fisch und Fischprodukten kommt eine überregionale Bedeutung zu. Mit Fertigstellung der festen Weserquerung, des Wesertunnels, wird sich das Absatzgebiet für den Bremerhavener Großhandel nach Westen merklich öffnen.

Die zukünftige Entwicklung wird zu einem Drittel als „befriedigend“ und zu mehr als zwei Fünfteln gar als „gut“ eingeschätzt.

Existenzgründungsberatung

Die klein- und mittelständischen Unternehmen gehören zu den Leistungsträgern unserer Gesellschaft. Die Beratung dieser Unternehmen sowie potenzieller Existenzgründer ist eine der ureigenen Aufgaben der Kammerorganisation. Im Rahmen der Beratungstätigkeit für Existenzgründer, aber auch für andere Unternehmen hat der Existenzgründungsberater der IHK bis Ende Oktober 2001 rund 120 Beratungsgespräche telefonisch und persönlich geführt und 34 Stellungnahmen zu den verschiedenen Förderprogrammen des Bundes und des Landes abgegeben. Insbesondere die Begutachtung von öffentlichen Finanzierungshilfen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, aber auch die Begutachtung von Bürgerschaftsanträgen an die Bremische Bürgerschaftsbank standen dabei im Mittelpunkt.

Gründungstage 2001

Auf Initiative der Wirtschaftsjunioren bei der IHK Bremerhaven fanden am 29. und 30. September 2001 in der Hochschule Bremerhaven die vierten Gründungstage in Bremerhaven statt. Maßgeblich unterstützt wurden die Initiatoren durch die vom Senator für Wirtschaft und Häfen ins Leben gerufene Bremer Existenzgründungsinitiative (B.E.G.IN) und die Städtische Sparkasse Bremerhaven sowie die

IHK und die Handwerkskammer. An mehr als 20 Infoständen gab es vielfältige Informations-, Beratungs- und Kontaktmöglichkeiten für Existenzgründer und junge Unternehmer. Abgerundet wurde das Beratungsangebot durch Vorträge.

Wettbewerb: IHK sorgt für Fairness

Auch im Jahr 2001 sorgte die IHK für einen fairen Wettbewerb, unterband unbecarigte Sonderveranstaltungen und ahndete Wettbewerbsverstöße. Bis Ende des dritten Quartals wurden sieben Räumungsverkäufe wegen Geschäftsaufgabe, Umbau, Brand- und Wasserschadens angezeigt und durchgeführt. Wegen Verstoßes gegen wettbewerbsrechtliche Vorschriften musste die IHK Abmahnungen aussprechen und hat darüber hinaus die Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs e. V. eingeschaltet. Die Wettbewerbssituation im seestädtischen Einzelhandel kann insgesamt als fair beurteilt werden.

Vogelschutzgebiet Luneplate

Im Berichtsjahr 2001 wurde die bereits im Jahre 2000 begonnene Aktualisierung der Vogelschutzgebiete gemäß der EU-Vogelschutzrichtlinie (79/409/EWG) in Niedersachsen fortgeführt. Für Bremerhaven rückte der aktualisierte Vorschlag V27 Unterweser in den Blickpunkt, da nunmehr auch das Gebiet der Luneplate kurzfristig einbezogen wurde. Dieses Gebiet liegt in direkter Nachbarschaft zum Gewerbe- und Industriegebiet sowie dem Flugplatz Luneort und hat damit unmittelbare Auswirkungen auf die Wirtschaft Bremerhavens.

Die IHK Bremerhaven hat sich gegenüber der Bezirksregierung Lüneburg und dem Land Niedersachsen kritisch und ablehnend zum Aktualisierungsvorschlag geäußert. Jetzt bleibt abzuwarten, ob die eingerichteten Pufferzonen zwischen den beiden Interessensgebieten ausreichen werden, um auch der freien Entfaltung der Wirtschaftsinteressen zu genügen.

Neue Sachverständigen

Seit Mitte 1999 liegt die Zuständigkeit für die öffentliche Bestellung und Vereidigung von Sachverständigen im Lande Bre-

men bei der Handelskammer Bremen und der IHK Bremerhaven. Der Sachverständigenausschuss der IHK hat die Aufgabe, die Antragsteller zu hören, deren besondere Sachkunde zu beurteilen und sie der öffentlichen Bestellung und Vereidigung durch den Präsidenten der Kammer oder einen von ihm benannten Vertreter zuzuführen.

Im Jahre 2001 hat die Kammer Sachverständige für vorbeugenden baulichen Brandschutz, für Fisch- und Feinkostzeugnisse sowie für Traditionsschiffe öffentlich bestellt und vereidigt. Darüber hinaus wurden sieben Bestellungen, deren Dauer abgelaufen war, zeitlich befristet verlängert.

Informations- und Ehrungsveranstaltungen

Am 5. Februar 2001 wurden in einer Feierstunde 63 Prüfer für ihre langjährige ehrenamtliche Tätigkeit zum Wohle der Bremerhavener Wirtschaft geehrt. Die Ehrung der Prüflinge, die ihre Ausbildung mit Auszeichnung bestanden haben, war für den 12. September 2001 vorgesehen. Sie wurde aber in Anbetracht der terroristischen Angriffe gegen die USA vom 11. September kurzfristig abgesagt.

Im Oktober 2001 veranstaltete die IHK in Kooperation mit der Kreishandwerkerschaft Bremerhaven und der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Schülerinnen und Schüler der Abgangsklassen 2001/2002 an drei Tagen eine Berufsinformationsmesse. Etwa 3.000 Schüler haben sich an den drei Standorten im Hause der Kreishandwerkerschaft, der AOK und der IHK angemeldet, um sich bei Geschäftsinhabern, Ausbildern und Auszubildenden über Ausbildungsmöglichkeiten im Handwerk, in Industrie, im Handel, Dienstleistungs- und Gesundheitswesen zu informieren.

Zu neuen und neu geordneten Ausbildungsberufen bot die IHK im kaufmännischen wie im gewerblichen Bereich Informationsveranstaltungen für die Ausbildungsbetriebe an. Ausbilderforen gab es für die IT- und Medienberufe. Die Resonanz war überaus positiv.

Mitglieder des Präsidiums der Handelskammer Bremen

Dr. Dirk Plump, Präses
Bernd Hockemeyer, Vizepräses
Peter Lürßen, Vizepräses
Jürgen Roggemann, Vizepräses
Stefan Storch, Vizepräses
Dr. Patrick Wendisch, Vizepräses
Prof. Dr. h.c. Bernd-Artin Wessels, Vizepräses

Mitglieder des Plenums der Handelskammer Bremen

Detthold Aden
Dieter Ammer
Michael A. Bongartz
Matthias Claussen
Jörg Conrad
Heiner Dettmer
Sven Dose
Harald Emigholz
Berend Jürgen Erling
Annegret Hastedt
Dr. Peter Haßkamp
Irmtraud Heuß
Bernd Hockemeyer, Vizepräses
Heino Ilsemann
Karsten Kieserling
Josef Kind
Nils Koerber
Peter Koopmann
Herbert Korte
Michael Krömker
Otto Lamotte
Peter Lürßen, Vizepräses
Janina Marahrens-Hashagen
Stefan Messerknecht
Hasso G. Nauck
Jürgen Oltmann
Lutz H. Peper
Dr. Dirk Plump, Präses
Jürgen Roggemann, Vizepräses
Fritz Rößler
Hans-Herbert Saacke
Inge Sandstedt
Hans-Joachim Schnitger
Michael Schroiff
Hans-G. Schumacher
Tilman Werner Sieglin
Stefan Storch, Vizepräses
Walter Thye
Christoph Weiss
Dr. Patrick Wendisch, Vizepräses
Prof. Dr. h.c. Bernd-Artin Wessels, Vizepräses

Ausschüsse und Kommissionen der Handelskammer Bremen

Haushaltsausschuss Vorsitzender: Präses Dr. Dirk Plump,
(Rechnungsführer: Vizepräses
Dr. Patrick Wendisch)

Kommission für den Jahresbericht Vorsitzender: Präses Dr. Dirk Plump

Mittelstandsausschuss Vorsitzender: Berend Jürgen Erling

Ausschuss für Industrie, Umwelt- und Energiefragen Vorsitzender: Hans-Herbert Saacke

Ausschuss für Telekommunikation und neue Medien Vorsitzender: Stefan Messerknecht

Außenwirtschaftsausschuss Vorsitzender: Matthias Claussen

Ausschuss für Verkehr, Distribution und Logistik Vorsitzender: Harald Emigholz

Hafenausschuss Vorsitzender: Peter Koopmann

Ausschuss für Einzelhandel und verbraucherorientierte Dienstleistungen Vorsitzender: Vizepräses Stefan Storch

Ausschuss für Stadtentwicklung und Regionalplanung Vorsitzender: Michael A. Bongartz

Berufsbildungsausschuss Vorsitzender: Wolf-Dietrich Küster

Sachverständigenausschuss

Fachkreis Insolvenzfragen

Arbitrage-Kommission

Arbeitskreise der Handelskammer Bremen

Arbeitskreis Kultur-Wirtschaft; Vorsitzender: Vizepräses Bernd Hockemeyer

ERFA-Kreis Informations- und Kommunikationstechnologien

Arbeitskreis „Betriebsbeauftragter Umweltschutz“

Arbeitskreis „Umweltmanagement“

Arbeitskreis „Sofortprogramm Innenstadt/Nebenzentren“

Arbeitskreis „Tourismus“

Arbeitsgruppe „Prüfungswesen“

Arbeitsgruppe „Ausbildungsberatung und Prüfung der Arbeitsstätte“



Handelskammer Bremen

Plenum

Mitglieder aus
und Dienstleis

Präsidium

Präses: Dr. Dirk
Vizepräsidentes: B
Jürgen Roggen
Prof. Dr. h.c. B

Hauptgeschäftsführung

Dr. Matthias F
Tel. 3637-210
Grundsatzfr
Sekretariat: Ro
Gudrun Mumr

**Referat
Volkswirtschaft,
Statistik**

Andreas Köhler
Tel. 3637-207

Mittelstand, Stadtentwicklung
Geschäftsbereich I
Fax 3637-226

Uwe A. Nullmeyer, Geschäftsführer
Tel. 3637-204

Sekretariat: Juliane Klimach
Tel. 3637-259

**Grundsatzfragen der
Mittelstandspolitik**

Stadt- und Bauleitplanung

**Städtebau- und
Wohnungswirtschaft**

Förderung Kultur, Wirtschaft

Wirtschaftsjunioren

Industrie, Innovation, Umwelt
Geschäftsbereich II
Fax 3637-326

Dr. Jens Schröder, Geschäftsführer
Tel. 3637-321

Sekretariat: Auli-Maija Frank
Tel. 3637-235

**Referat I
Industriepolitik, Wirtschaftsförderung,
Existenzgründung, Umweltmanagement,
Arbeitssicherheit**
Bert-Christian Cecchia
Tel. 3637-232

**Referat II
Forschungs- und Technologiepolitik,
Innovationsberatung, Telekommunikation,
Multimedia**
Gerd Neubauer
Tel. 3637-230

**Referat III
Umweltpolitik, Umweltberatung,
Energiewirtschaft**
NN

**Auftragsberatungsstelle,
Öffentliches Auftragswesen**
Kirsten Meyer
Tel. 3637-236

**Existenzgründungsbörse,
-seminare, Recyclingbörse,
Seminare für Arbeitssicherheit**
Jutta Deharde
Tel. 3637-234

Andrea Freiwald
Tel. 3637-307

Sekretariat: Rita Kahrs
Tel. 3637-231

International
Geschäftsbereich III
Fax 3637-246

Wolfram Klein, Geschäftsführer
Tel. 3637-240

Sekretariat: Birgit Löhndorf
Tel. 3637-244

**Referat I
Import-, Export-Marketing**
Ingo Lanver
Tel. 3637-243

**Referat II
EU-Angelegenheiten**
Anja Reinkensmeier
Tel. 3637-247

**Referat III
Zoll- und Außenwirtschaftsrecht**
Sven Axel Dubitscher
Tel. 3637-252

**Referat IV
Veranstaltungen,
Auslandsinformationen**
Annabelle Girond
Tel. 3637-237

Sekretariat: Christa Herdizin
Tel. 3637-241

**Außenwirtschaftliche
Bescheinigungen,
Messekarten**
Dieter Buchholz
Tel. 3637-104

Susanne Küchenmeister
Tel. 3637-250

Ralph Schlenker
Tel. 3637-102

Handel, Dienstleis
Geschäftsbereich IV
Fax 3637-400

Dr. Torsten Slink, Ges
Tel. 3637-410

Sekretariat: Sabine Schala
Tel. 3637-411

**Referat I
Handel, Dienstleistung
Existenzgründungsbera
Räumungsverkäufe**
Karsten Nowak
Tel. 3637-406

**Überbrückungsgeldant
Unterrichtung nach der
setz, Gewerbeausübung**
Hartmut Zimmermann
Tel. 3637-402

**Referat II
Recht, Handelsregister-
Sachverständigenwesen
Schiedsgerichtsbarkeit**
Ulrich Vogel
Tel. 3637-412

Doris Menke
Tel. 3637-261

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Handelskammer erreichen Sie persönlich auch

per E-Mail unter nachname@handelskammer-bremen.de (z. B. schroeder@handelskammer-bremen.de)

den Bereichen Industrie, Handel
tungen

Plump
Bernd Hockemeyer, Peter Lürßen,
mann, Stefan Storch, Dr. Patrick Wendisch,
ernd-Artin Wessels

onger, I. Syndicus

agen der Wirtschafts- und Finanzpolitik
semarie Dähn, Tel. 3637-211
n, Tel. 3637-212, Fax 3637-258

**Öffentlichkeitsarbeit
Presse** Dr. Stefan Offenhäuser
Leiter
Tel. 3637-245, Fax 3637-226

**Firmenjubiläen
Urkunden
Archivierung** Nicolin Feldmann
Tel. 3637-332

tungen, Recht

chäftsführer

**en,
tung,**

**äge,
n Gaststättenge-
durch Ausländer**

**und
,**

n.de)

Verkehr, Häfen, Regionalplanung
Geschäftsbereich V
Fax 3637-274

Dr. Andreas Otto, Syndicus
Tel. 3637-270

Sekretariat: Kerstin Heitmann
Tel. 3637-273

**Referat I
Logistik, Städtischer Verkehr,
Gefahrgut, Personenverkehr**
Jörg Albertzard
Tel. 3637-275

**Fachkunde Personenverkehr,
ADR-Prüfungen/-Bescheinigungen,
Autobahngebühren**
Bianca Schünemann
Tel. 3637-271

**Referat II
Existenzgründungsberatung, Fachkunde
Güterkraftverkehr, Informationen zum
Gütertransport, Regionalplanung**
Olaf Orb
Tel. 3637-272

Aus- und Weiterbildung
Geschäftsbereich VI
Fax 3637-324

Karlheinz Heidemeyer, Geschäftsführer
Tel. 3637-280

Sekretariat: Elke Philippi
Tel. 3637-283

**Referat I
Grundsatzfragen und Prüfungswesen im
Bereich Ausbildung, kaufmännische, kauf-
männisch-verbundene und gewerblich-
technische Berufe**
Frank-Dieter Lutz
Tel. 3637-282

**Referat II
Grundsatzfragen und Prüfungswesen im
Bereich Fort- und Weiterbildung, kaufmän-
nische, kaufmännisch-verbundene und
gewerblich-technische Berufe**
Petra Eickhoff
Tel. 3637-281

Ausbildungsberatung für die Bereiche
– Banken, Dienstleistungen, Groß- und Außen-
handel, Industrie, Reiseverkehr, Schifffahrt,
Verkehr, Versicherungen, Wohnungswirtschaft,
Gesundheitswesen, Sport und Fitness,
Armin Goppelt, Tel. 3637-276
– Einzelhandel, Hotel- und Gaststättengewerbe,
Kosmetik, Michael Parnack, Tel. 3637-415
– Bahn, Binnenschifffahrt, Holz, Lagerwirtschaft,
Metall, Mechatronik, Oberflächenveredelung,
Post, Seegüterkontrolle, Spedition,
Henning Tolck, Tel. 3637-266
– Bau, Büro, Chemie, Druck, Elektro, Glas, IT-
Berufe, Keramik, Multimedia, Nahrungsmittel,
Textil, Veranstaltungen, Werbung
Günter Trotz, Tel. 3637-268

Ausbildungsprüfungen für die Bereiche
– Kaufmännischer Bereich, Abteilungs-
organisation, Bernhard Lock, Tel. 3637-284
– Gewerblich-technischer Bereich,
Jürgen Marzog, Tel. 3637-288
– Ausbildereignungsprüfungen
Susanne Brendel, Tel. 3637-265

Zentrale Dienste
Geschäftsbereich VII
Fax 3637-303

Günther Lübbe, Geschäftsführer
Tel. 3637-220

Sekretariat: Kirstin Huismann
Tel. 3637-208

a) Service-Bereich

Service-Center
Ruth-Izabel Janssen, Leiterin
Tel. 3637-101
Heidi Wolke, Empfang, Telefonzentrale
Tel. 3637-338
Dieter Buchholz, Tel. 3637-104
Claudia Spalkhaver, Tel. 3637-103
Ralph Schlenker, Tel. 3637-102

Bibliothek
Peter Gartelmann, Leiter
Tel. 3637-221

Archiv
Holger Bischoff, Leiter
Tel. 3637-222

Veranstaltungen
Walter Liesmann, Leiter der Hausverwaltung
Tel. 3637-225 oder 3637-238

b) Interne Dienste

**Referat I
Personal- und Projektwesen**
Kristina Kurzer, Tel. 3637-213

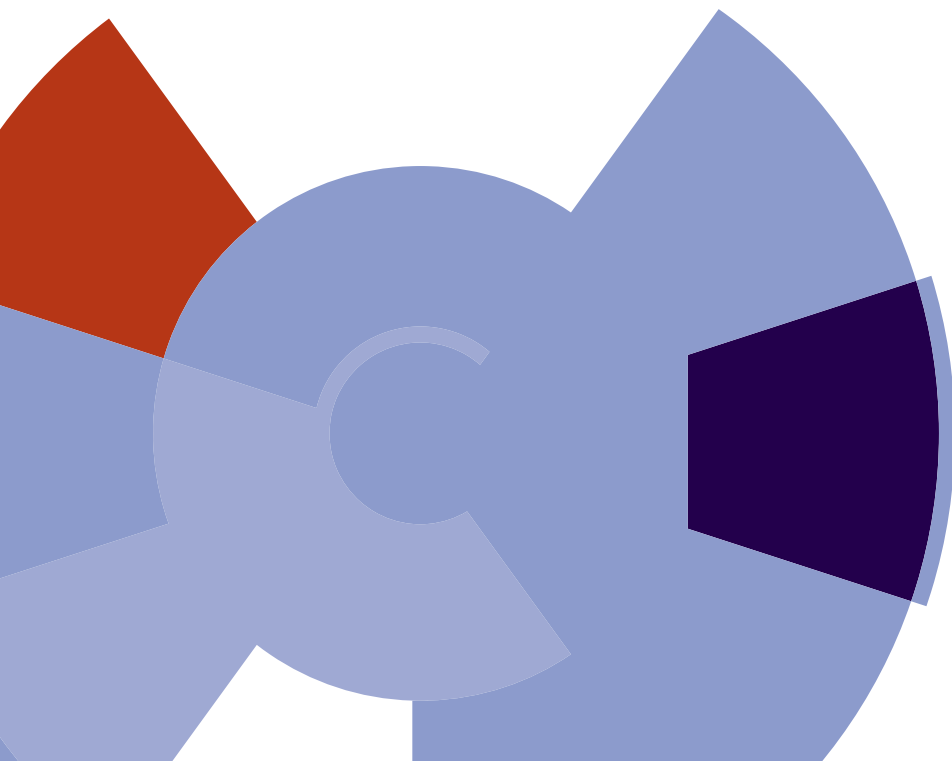
**Referat II
Haushalt, Finanzen, Liegenschaften,
Stiftungen**
Bert Suckow, Tel. 3637-214

**Referat III
Informationsverarbeitung,
Mitgliederverwaltung, Kartei**
Horst Seemann, Tel. 3637-318

**Referat IV
Beitragswesen**
Sylvia Meyer-Baumgartner, Tel. 3637-217

Hausverwaltung, Service, Botenzentrale

*Organigramm
Handelskammer Bremen*



Mitglieder des Präsidium der IHK Bremerhaven

Ingo Kramer, Präsident
Claus Brüggemann, Vizepräsident
Peter H. Greim, Vizepräsident
Rolf Niemeyer, Vizepräsident
Dr. Ulrich Nußbaum, Vizepräsident
Emanuel Schiffer, Vizepräsident
Dr. Joachim Ditzen-Blanke,
Ehrenpräsident

Mitglieder der Vollversammlung der IHK Bremerhaven

Martin Billhardt
Claus Brüggemann
Günther Coordes
Roswitha Ditzen-Blanke
Peter Döll
Christian Ehlers
Gerhard Figge
Lars Giesecking
Peter H. Greim
Jens Grotelüschen
Wolfgang Grube
Klaus Hartmann
Claus von der Heide
Dr. Hartmut Hesel
Dr. Rainer Huismans
Hans-Jürgen Iben
Ingo Kramer
Heinrich F. Kistner
Jürgen Krömer
Werner Lüken
Eva Naber
Rolf Niemeyer
Dr. Ulrich Nußbaum
Prof. Dr. Thomas Rogge
Emanuel Schiffer
Stephan Schulze-Aissen
Folkert Tienken
Tasso Weber
Monika Weerts
Gerd Welge
Horst Wübben
Gert Würfel

Arbeitskreise und Ausschüsse der IHK Bremerhaven

Arbeitskreis „Wirtschaftsstruktur
Region Bremerhaven“

Vorsitzender: Prof. Dr. Thomas Rogge

Verkehrsausschuss

Vorsitzender: Wolfgang Grube

Hafenwirtschaftlicher Ausschuss

Vorsitzender: Prof. Dr. Thomas Rogge

Fischwirtschaftlicher Ausschuss

Vorsitzender: Achim Schön

Absatzwirtschaft, Handel, Dienstleistungen

Vorsitzende: Heidemarie Jelden

Sachverständigen Ausschuss

Vorsitzender: Gerhard Feld

Berufsbildungsausschuss

Vorsitzender: Peter Goldschmidt

Tourismusausschuss

Vorsitzender: Hennig Goes

übergreifende Funktionen

Geschäftsbereiche

Hauptgeschäftsführung

Grundsatzfragen, Standortpolitik,
Tourismus, Marketing

- Michael Stark 0471.924 60.22
Hauptgeschäftsführer

Tourismus-Ausschuss
Arbeitskreis Wirtschaftsstruktur Region Bremerhaven
Koordinierungskreis Personalentwicklung
Geschäftsführung Wirtschaftsunioren

Organisation

Sekretariat / Terminplanung
Service-Stelle „Ehrenamt“
kammereigene Veranstaltungen

- Petra Niecznick 0471.924 60.21

Information

Presse-Service, Publikationen
IHK-Magazin, Internet, Intranet

- Karin Rink 0471.924 60.27
Internetbeauftragte

Kommunikation

DV-Service, Netzwerktechnik
Technischer Dienst, Haustechnik, Einkauf

- Peter Lippold 0471.924 60.28
DV-Beauftragter

Auszubildende

- Marion Baryga
- Natalia Felker

GB I - Fax 0471. 924 60.22

Aus- und Weiterbildung, Handel, F
Starthilfe und Unternehmensförde

- Martin Johannsen
Geschäftsführer

Ausschuss für Wettbewerbsfragen
Sachverständigenausschuss
Ausschuss für Absatzwirtschaft, H
Dienstleistungen
Berufsbildungs-Ausschuss

Sachgebiete

Ausbildung, Weiterbildung
Arbeitsmarkt, Absatzwirtschaft
Existenzgründung
Unternehmensförderung
Wirtschaftsrecht, Wettbewerbsrech
Sachverständigenwesen

Sachbearbeitung Ausbildung

Ausbildungsberatung, Prüfungsw
Verzeichnis der Ausbildungsverhäl
– kaufmännisch
• Petra Homann-Zaller
– gewerblich-technisch
• Günter Schleuder
– Einzelhandel / Wettbewerb, Beg
• Hinrich Stöver
– neue Berufe
• Gerd Baaken

Sachbearbeitung Weiterbildung

Lehrgänge und Prüfungen
kaufmännisch
AEVO, Bilanzbuchhalter
• Hinrich Stöver
gewerblich-technisch
Industriemeister, Techn. Betriebsw
• Günter Schleuder
kaufmännische und neue Berufe
• Gerd Baaken

Team-Assistenz

- Britta Elsmann
Ausbildungsverträge, Zertifikate

Ehrenamt Vollversammlung

Mitglieder aus den Bereichen Industrie, Handel
und Dienstleistungen

Präsidium

Präsident Ingo Kramer

Vizepräsidenten:

Claus Brüggemann

Peter H. Greim

Rolf Niemeyer

Dr. Ulrich Nußbaum

Emanuel Schiffer

Ehrenpräsident

Dr. Joachim Ditzen-Blanke

91	GB II - Fax 0471. 924 60.90	GB III - Fax 0471.924 60.45
recht, rung 0471.924 60.33 andel und	International, Innovation/Umwelt, Industrie • Wilfried Allers Bereichsleiter Hafenwirtschaftlicher Ausschuss Fischwirtschaftlicher Ausschuss Verkehrsausschuss Sachgebiete	Zentrale Dienste • Hans-Hermann Witthohn Verwaltungsleiter Datenschutzbeauftragter Eurogeldbeauftragter Qualitätsbeauftragter Sachgebiete
t 0471.924 60. 44	Außenwirtschaft/Messen, Förderprogramme Ausland, Gefahrgut, Logistik, Hafen-, Verkehrs- und Ernährungswirtschaft Seminare/Veranstaltungen, Bewachungsgewerbe, Bundeswehr, Öffentliches Auftragswesen Sachbearbeitung	Firmendaten, Beitragswesen, Mitgliederverwaltung, Haushalt, Abgrenzung Handel/Handwerk, Controlling, Finanzbuchhaltung, Euro, Kosten- und Leistungsrechnung Archiv, Registratur, Datenschutz Sachbearbeitung
sen, nisse 0471.924 60.51 0471.924 60.50 abtenförderung 0471.924 60.54 0471.924 60.53	Außenwirtschafts- und Zollinformationen und -bescheinigungen, Datenbankrecherche, Gaststättenunterrichtung, Gefahrgut, Messen, Seminare, Sach- und Fachkundeprüfungen im Verkehrswesen, Selektionen, Veranstaltungen • Heike Behrens 0471.924 60.14 • Dörte Frey 0471.924 60.11 Forschung, Technologie, Umwelt	Beitragsbuchhaltung, Mitgliederverwaltung • Marion Haidinger 0471.924 60.42 Mahnwesen, Sachverständigenwesen • Waltraud Hillje 0471.924 60.44 Beitragswidersprüche • Sabine Meyer 0471.924 60.43 Firmendaten / Firmenjubiläen, Hafenfirmen • Linde Bockelmann 0471.924 60.44 Rechnungswesen
ng 0471.924 60.54 0471.924 60.50 0471.924 60.53	• Reiner Wettje 0471.924 60.52 Info-Center	Finanzbuchhaltung, Controlling, Kosten- und Leistungsrechnung, Euro-Umstellung • Andrea Scheper 0471.924 60.41 Personalverwaltung, Konventsbuchhaltung • Sabine Meyer 0471.924 60.43 Registratur/Archiv
0471.924 60.31	• Brigitta Rydzy 0471.924 60.10 Erst-Information, Kasse, Formularverkauf, Messekartenverkauf, Firmenrecherchen	• Mariola Markiewicz 0471.924 60.26

Organigramm IHK Bremerhaven

Stellungnahmen der Handelskammer Bremen (Auswahl)

Stellungnahmen der fachkundigen Stelle zur Tragfähigkeit der Existenzgründung nach §57 Abs. 2 Nr. 2 SGB III (Arbeitsamt Bremen)	Neubau der BAB A 281, BA 2/1 im Abschnitt zwischen Warturmer Heerstraße und Neuenlander Ring/Neuenlander Straße (Senator für Bau und Umwelt)
Anträge auf Gewährung von Investitionszuschüssen an kleine und mittlere Unternehmen im Rahmen des Landesinvestitionsförderungsprogramms, LIP (WFG, Bremer Wirtschaftsförderung GmbH)	Erhöhung der Hafенlotstarife in der Bremischen Hafengebührenordnung für die Hafengruppen in Bremen, I und II (Senator für Wirtschaft und Häfen)
Anträge auf Ausstellung von Unbedenklichkeitsbescheinigungen im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (Arbeitsamt Bremen)	Richtlinie des Europäischen Parlamentes und des Rates über den Marktzugang für Hafendienste – Vorschläge der Europäischen Gemeinschaften Beratung im Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen (Bremische Bürgerschaft)
Fachliche Stellungnahmen im Zusammenhang mit einem Antrag auf Eigenkapitalhilfe bei Existenzgründungs- und Unternehmensübernahmehvorhaben (Deutsche Ausgleichsbank)	LKW-Maut (Bremer Abgeordnete im Deutschen Bundestag)
Stellungnahmen zu Ausfallbürgschaften (Bürgschaftsbank Bremen GmbH)	Trilaterale Wattenmeer-Konferenz (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie)
Stellungnahme zur Änderung der sogenannten Maschinenrichtlinie (DIHK)*	Gründung der BremenPORTS Management + Services GmbH & Co. KG (Senator für Wirtschaft und Häfen)
Stellungnahme zur Gründung eines E-Business-Beratungszentrums (Bremer Innovations-Agentur GmbH, Senator für Wirtschaft und Häfen)	Planfeststellungsverfahren nach §17 Bundesfernstraßengesetz für den Umbau und die Erweiterung der Anschlussstelle Bremen-Hemelingen an die BAB A 1 (Senator für Bau und Umwelt)
Stellungnahme zur Neubesetzung von Lehrstühlen im Fachbereich II der Universität (Universität Bremen)	Flächennutzungsplan Bremen 1983, 26. Änderung, Bebauungsplan 1981 (Amt für Stadtplanung und Bauordnung)
Stellungnahme zum Jahresbericht 1999 des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung (DIHK)	Planfeststellungsverfahren nach §18 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) für Lärmschutzmaßnahmen (Senator für Bau und Umwelt)
Stellungnahme zum Jahresbericht 1999 des Beschaffungsamtes des Bundesministeriums des Inneren (DIHK)	Bebauungsplan 2196, Flächennutzungsplan Bremen, 91. Änderung (Amt für Stadtplanung und Bauordnung)
Stellungnahme zum Gesetz zur tariflichen Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen (DIHK)	Planfeststellungsverfahren nach §28 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) für die Umgestaltung der Straßenbahnanlagen im Straßenzug Sögestraße/Schüsselkorb/Domshof (Nordseite) bis zur Bischofsnadel (Senator für Bau und Umwelt)
Stellungnahme zur Beteiligung deutscher Firmen an NATO-Aufträgen (Senator für Wirtschaft und Häfen)	Anpassung der Fährtarife der Fähren Bremen-Stedingen GmbH zum 1. Januar 2001 (Senator für Wirtschaft und Häfen)
Stellungnahme zur Privatisierung der Bremen Briteline Projekte GmbH (Senator für Wirtschaft und Häfen)	Anhörverfahren zur Sanierung und Umgestaltung des Marktplatzes einschließlich Gleiserneuerung und Umgestaltung der Marktstraße mit Teilstück der Wachtstraße (Amt für Straßen und Verkehr)
Stellungnahme zur Fortführung des Patent- und Normenzentrums (Senator für Wirtschaft und Häfen)	Erhöhung der Abfallentsorgungsgebühren in der Bremischen Hafengebührenordnung (Senator für Wirtschaft und Häfen)
Stellungnahme zum Entwurf einer Verordnung über Deponien und Langzeitlager (DIHK)	Aufgabe der Güterverkehrsstelle Bremen Hohentorshafen (Senator für Wirtschaft und Häfen)
Stellungnahme zum Entwurf zur Änderung des Gesetzes über die Erhebung einer Grundwasserentnahmegebühr – Einbeziehung von Oberflächenwasser (Senator für Bau und Umwelt)	Ausbau A 1 (Senator für Wirtschaft und Häfen)
Stellungnahme zum Entwurf eines Bremischen Bodenschutzgesetzes (Senator für Bau und Umwelt)	Weserquerung im Zuge der BAB A 281 (Senator für Bau und Umwelt, Senator für Wirtschaft und Häfen)
Stellungnahme zum Entwurf einer Verordnung zur Umsetzung des neuen EU-Abfallverzeichnisses (DIHK)	
Neustrukturierung der Zollverwaltung (Oberfinanzdirektion Hannover)	
Planfeststellungsverfahren nach §17 Bundesfernstraßengesetz für den Ausbau der B 74 zwischen Kreinsloger und Farger Straße (Senator für Bau und Umwelt)	
Änderung der Ladeentgelte für den Verkehrsflughafen Bremen (Senator für Wirtschaft und Häfen)	
Küstenautobahn (Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Bundesminister Kurt Bodewig, Landkreis Rotenburg)	
BAB A 281 – BA 3/1 (Bremer Gesellschaft für Projektmanagement im Verkehrswegebau mbH)	
Planfeststellungsverfahren nach §17 Bundesfernstraßengesetz für den	

*Deutscher Industrie- und Handelskammertag

Stellungnahmen der IHK Bremerhaven (Auswahl)

(in der Reihenfolge: Ursprung, Adressat, Betreff)

- Oberfinanzdirektion Hannover, Hauptzollamt Bremerhaven, Stellungnahme Neustrukturierung der Zollämter/Schließung des Zollamtes Fischereihafen
- Amt für Stadtplanung und Bauordnung, Bremen, Amt für Stadtplanung und Bauordnung, Bremen, Stellungnahme zum Flächennutzungsplan Carl-Schurz-Kaserne und Weserportsee und zum Bebauungsplan für ein Gebiet im Stadtbremischen Überseehafengebiet Bremerhaven
- Seestadt Bremerhaven, Verwaltungspolizei Seestadt Bremerhaven, Verwaltungspolizei, Änderung der Beförderungsentgelte im Taxenverkehr der Seestadt Bremerhaven
- Bremer Investitions-Gesellschaft mbH / WfG Bremer Wirtschaftsförderung GmbH, Bremer Investitions-Gesellschaft mbH / WfG Bremer Wirtschaftsförderung GmbH, Stellungnahmen zu Außenwirtschaftsförderanträgen
- Senator für Wirtschaft und Häfen, Bereich UK-Angelegenheiten, Senator für Wirtschaft und Häfen, Bereich UK-Angelegenheiten, Stellungnahmen zu Zurückstellungs- und Unabkömmlichkeitsanträgen vom Wehrdienst
- Senator für Wirtschaft und Häfen, Bereich Wirtschaft, Senator für Wirtschaft und Häfen, Bereich Wirtschaft Fischetikettierungsgesetz
- Bundesumweltministerium, DIHK, Stellungnahme zum Entwurf einer Verordnung über Deponien und Langzeitlager
- Senator für Bau und Umwelt Bremen, Senator für Bau und Umwelt Bremen, Stellungnahme zum Entwurf zur Änderung des Gesetzes über die Erhebung einer Grundwasserentnahmegebühr - Einbeziehung von Oberflächenwasser
- Senator für Bau und Umwelt Bremen, Senator für Bau und Umwelt Bremen, Stellungnahme zum Entwurf eines Bremischen Bodenschutzgesetzes
- Senator für Bau und Umwelt Bremen, Senator für Bau und Umwelt Bremen, Stellungnahme zum Entwurf für ein Gesetz zur Umsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie und weiterer europarechtlicher sowie bundesrechtlicher Vorschriften zum Umweltschutz (UVP, IVU, FFH, Zoo)
- Bundesumweltministerium, DIHK, Stellungnahme zum Entwurf einer Verordnung zur Umsetzung des neuen EU-Abfallverzeichnisses
- Senator für Bau und Umwelt Bremen, Senator für Bau und Umwelt Bremen, Stellungnahme zur Umsetzung des Art. 7 der Richtlinie 76/464/EWG über die Einleitung bestimmter gefährlicher Stoffe in die Gewässer - Erlass einer Verordnung über die Qualitätsziele für bestimmte gefährliche Stoffe und zur Verringerung der Gewässerverschmutzung durch Programme



Comfort-Hotel, Schaufenster
Fischereihafen, Bremerhaven



) **Handelskammer
Bremen**

Haus Schütting
Am Markt 13
28195 Bremen
Telefon 0421.3637-0
www.handelskammer-bremen.de
service@handelskammer-bremen.de



**Industrie- und Handelskammer
Bremerhaven**

Friedrich-Ebert-Straße 6, 27570 Bremerhaven, Telefon 0471.9 24 60-0,
Telefax 0471.924 60.90, www.bremerhaven.ihk.de, info@bremerhaven.ihk.de